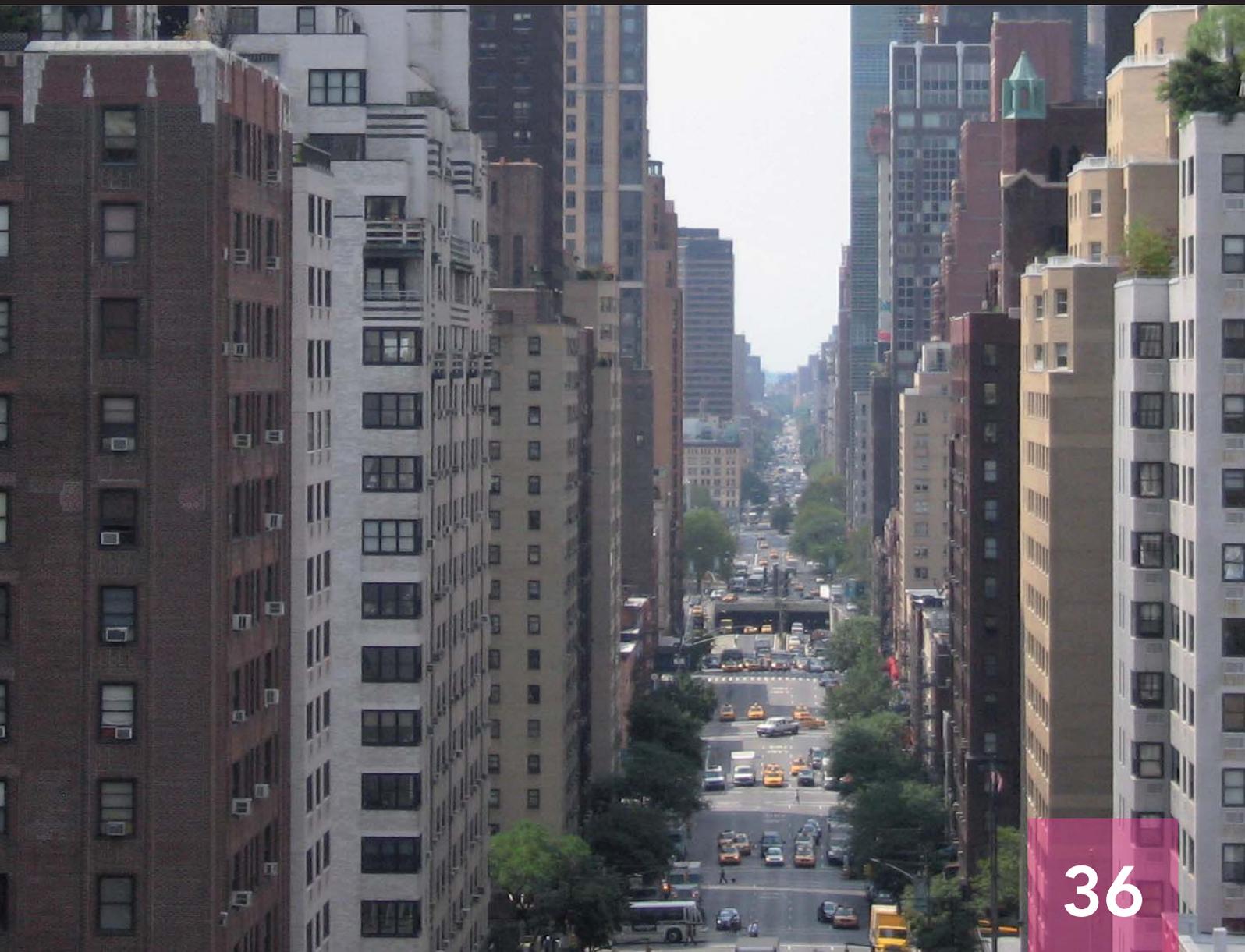


Anne Volkmann

Quartierseffekte in der Stadtforschung und in der sozialen Stadtpolitik

Die Rolle des Raumes bei der Reproduktion sozialer Ungleichheit



GRAUE REIHE DES
INSTITUTS FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG
Technische Universität Berlin

FORUM STADT- UND REGIONALPLANUNG E.V.
Herausgeber der Schriftenreihe

Heft 36
Berlin 2012

Die Beiträge der Grauen Reihe dienen der zeitnahen Publikation von Arbeiten im Internet, die aktuelle wissenschaftlich oder planungsbezogen relevante Themen angehen und sich mit unterschiedlichen Positionen in Politikbereichen der Stadt- und Regionalplanung, Stadtgeschichte und Stadtentwicklung, des Wohnungswesens und des Planungs- und Baurechts auseinandersetzen. In dieser Reihe finden Sie u. a. Diplomarbeiten, Tagungs- und Veranstaltungsdokumentationen oder Forschungsberichte.

HERAUSGEBER DER GRAUEN REIHE
Forum Stadt- und Regionalplanung e.V.
c/o Institut für Stadt- und Regionalplanung
Sekretariat B7
Hardenbergstr. 40a, 10623 Berlin
▷ www.isr.tu-berlin.de

VERLAG UND VERTRIEB
Universitätsverlag der Technischen Universität Berlin
Universitätsbibliothek im VOLKSWAGEN-Haus
Fasanenstraße 88, 10623 Berlin
▷ publikationen@ub.tu-berlin.de

LAYOUT
Anne Volkmann

TITELBILD
Straßenzug in New York City, Fotografie von Anne Volkmann

PRODUKTION UND UMSCHLAGGESTALTUNG
Thomas Rutschke
Publikationsstelle
Institut für Stadt- und Regionalplanung
▷ publikationen@isr.tu-berlin.de

Anne Volkmann

**Quartierseffekte in der Stadtforschung
und in der sozialen Stadtpolitik**

Die Rolle des Raumes bei der
Reproduktion sozialer Ungleichheit

Inhaltsverzeichnis

I. Einführung	7
II. Quartierseffekte in der Stadtforschung	13
1. Konzentration, Segregation und sozialräumliche Polarisierung in den Städten.....	15
1.1. Die historische Dimension der sozialräumlichen Segregation.....	15
1.2. Eine neue städtische Unterklasse?.....	16
1.3. Der Diskurs um die Ursachen und Folgen der sozialräumlichen Segregation.....	17
1.4. Zusammenfassung.....	18
2. Die Hypothese der Quartierseffekte.....	19
2.1. Die historische Dimension der Quartierseffekte.....	21
2.3. Zusammenfassung.....	23
III. Sozialräumliche Interventionen	25
3. Die politische Reaktion auf sozialräumliche Segregation: Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“.....	27
3.1. Vorläufermodelle des Programms „Soziale Stadt“	28
3.2. Entwicklungsstufen des Programms.....	29
3.3. Inhaltliche Grundlage.....	30
3.4. Inhaltliche Ausgestaltung.....	32
3.5. Strategische Ansätze und organisatorische Ausgestaltung.....	32
3.6. Evaluation und Kritik.....	34
3.7. Zusammenfassung.....	35
4. Raumkonzepte in der sozialen Stadtpolitik.....	37
4.1. Stadt-Raum: Der Raumbezug in Stadtsoziologie und -planung.....	37
4.2. Theoretische Raumkonzepte.....	39
4.3. Der Raum als Handlungsebene: Der Quartiersansatz in der Sozialpolitik.....	41
4.4. Die Konzeption des Raumes im Programm „Soziale Stadt“.....	42
4.5. Zusammenfassung.....	42

IV. Analyse empirischer Studien zur Wirkung von Quartierseffekten.....	45
5. Methodik der Analyse und Auswahl der Studien.....	47
5.1. Auswahl und Vorstellung der empirischen Studien.....	47
5.2. Methodik der Analyse.....	51
5.3. Methodische Schwierigkeiten.....	55
6. Analyse von empirischen Studien zum Thema „Quartierseffekte“.....	58
6.1. Physische Dimension.....	58
6.2. Soziale Dimension.....	63
6.3. Symbolische Dimension.....	74
V. Diskussion der Ergebnisse und Schlussfolgerungen.....	77
7. Diskussion der Ergebnisse: Quartierseffekte und der räumliche Ansatz von Sozialpolitik.....	78
8. Fazit.....	84
VI. Literaturverzeichnis.....	87



Einführung

Einführung

Eine Überwindung der „sozialen Zugehörigkeit“ war über Jahrhunderte hinweg kaum möglich und stellte keineswegs den Normalfall dar. Sozialer Status war relativ unflexibel und es fanden sich kaum anerkannte Wege und Instrumente, diesen zu überwinden. Er war nicht von individueller Bildung und Einkommen oder dem Wohnort abhängig sondern meist durch die Geburt vorherbestimmt und relativ statisch. Gesellschaftlicher Auf- oder Abstieg bewegte sich in engen Grenzen, kaum jemals über den sozialen Status hinweg – der verarmte Adel blieb doch immer noch Adel. Mit der Aufhebung der Leibeigenschaft und der Emanzipation des Bürgertums begann jedoch eine allmähliche Neuausrichtung des Reproduktionsprozesses sozialer Zugehörigkeit.

Der Übergang zur Industrialisierung ging einher mit neuen sozialen Grenzziehungen: Marx und Engels beschreiben vor allem diejenige zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die soziale Zugehörigkeit wurde dabei im Wesentlichen durch eine ökonomische Ungleichheit, welcher in dem Verhältnis zwischen Besitz und Produktion von Kapital Ausdruck verliehen wurde, definiert.

Die Reproduktion sozialer Zugehörigkeit ist jedoch nicht nur in der historischen Betrachtung, sondern auch in den zeitgenössischen demokratisch und sozialstaatlich organisierten Gesellschaften ein empirisch vielfach belegtes Phänomen, obwohl Chancengleichheit und die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs mittlerweile zu den ideellen Grundsätzen dieser Gesellschaften zählen. Nicht die Abwesenheit sozialer Differenzen sondern die Möglichkeit einer individuellen Verortung innerhalb der sozial ausdifferenzierten Gesellschaft sowie die Chance zur Überwindung individueller sozialer Benachteiligung sind dabei die Versprechen der westlichen Gesellschaften.

Dass diese Versprechen bisher nicht umfassend eingelöst werden, zeigt sich unter anderem im dritten Armutsbericht der Bundesregierung. Hier wird der Anspruch des Staates auf Chancengleichheit wie folgt formuliert: „Kern sozial gerechter Politik ist es, ökonomische und soziale Teilhabe- und Verwirklichungschancen für alle Mitglieder in der Gesellschaft zu ermöglichen. Politik, die dazu beitragen will, Armut und soziale Ausgrenzung zu verhindern, kann sich daher nicht in der Sicherung materieller Grundbedürfnisse erschöpfen. Dauerhafte Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge führt zur Verfestigung von Armut – teilweise über Generationen hinweg – und muss vermieden werden. [...] Alle müssen die Chance erhalten, ihre individuellen Möglichkeiten auszuschöpfen.“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008: I). Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass dieser Anspruch noch nicht erfüllt sei, da zum Beispiel das Armutsrisiko von Kindern und deren Bildungserfolge nach wie vor wesentlich vom Erwerbsstatus und den Bildungserfolgen der Eltern abhängig sind (vgl. ebd.: V, XIX). Auch die OECD-Studie „Growing Unequal“ weist auf den starken Zusammenhang zwischen der Benachteiligung von Kindern und der sozialen Situation der Eltern hin (vgl. OECD 2008: 16). Die in den beiden Studien aufgezeigten mangelnden Entwicklungschancen und gestiegenen Armutsrisiken von Kindern sind nicht der einzige, doch ein besonders deutlicher Hinweis auf die eingeschränkten Möglichkeiten zur Überwindung sozialer Benachteiligung und damit auf eine Reproduktion sozialer Ungleichheit.

Die Frage danach, wodurch sich soziale Benachteiligung beständig reproduziert, ist Gegenstand vieler sozialwissenschaftlicher Untersuchungen und Theorien. Neben politischen und gesamtgesellschaftlichen Aspekten sowie individuellen Faktoren, wird zunehmend auch der Raum als möglicher Faktor bei der Reproduktion sozialer Benachteiligung betrachtet. Damit hat das Thema unter Schlagworten wie ‚Problemkiez‘, ‚Sozialräumliche Benachteiligung‘ und ‚Sozialer Brennpunkt‘ auch Einzug in die Stadtforschung und die Stadtsoziologie gehalten.

Sozialräumliche Differenzen sind seit jeher kennzeichnend für die Stadt und seit der Industrialisierung ein immer wiederkehrender Gegenstand der Stadtforschung. Die räumliche Nähe bzw.

Distanz von Wohnstandorten in der Stadt drückt meist auch eine soziale Nähe oder Distanz der BewohnerInnen aus. Statusniedrigere Gruppen sind durch die vorwiegend marktförmige Organisation des Wohnungsmarktes in der Regel auf schlechter ausgestattete Wohngebiete verwiesen. Dadurch kommt es zu einer Konzentration von individuellen Problemlagen in diesen Gebieten und zur Entstehung von sogenannten „Armutsquartieren“. Ob es sich dabei jedoch lediglich um eine (zum Teil ökonomisch erzwungene) Wohnstandortwahl von sozial Benachteiligten handelt, bei der individuelle Probleme durch eine räumliche Konzentration sichtbar werden, oder ob die räumliche Konzentration von sozial Benachteiligten an sich ein Problem darstellt, da sie die Benachteiligung verstärkt, ist umstritten.

Mit empirischen Untersuchungen zum Einfluss des Raumes auf die soziale Benachteiligung leistet die Stadtforschung in den letzten Jahren einen Beitrag dazu, den Ursachen für eine Reproduktion sozialer Benachteiligung nachzugehen, um politische Interventionen zu ermöglichen. Ausgangspunkt für die Untersuchungen ist die Hypothese der Quartierseffekte, also die Annahme, dass der umgebende Raum Wirkungen auf seine BewohnerInnen entfaltet. Entsprechende Wirkungen werden vor allem in den Bereichen der baulichen und infrastrukturellen Ausstattung, der sozialen Zusammensetzung der Bewohnerschaft und deren Netzwerken sowie der symbolischen Wirkung des Quartiers nach Innen und Außen vermutet. Für die Stadtforschung sind in diesem Zusammenhang vor allem negative Quartierseffekte von Interesse. Die Annahme, benachteiligte Quartiere – in der Regel verstanden als Quartiere mit einer hohen Konzentration sozial benachteiligter BewohnerInnen – werden für ebendiese BewohnerInnen zu benachteiligenden Quartieren, hat sich weitestgehend etablieren können und im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ (im Folgenden: „Soziale Stadt“) bereits Einzug in die Stadtpolitik gefunden.

Das Programm „Soziale Stadt“ wurde 1999 initiiert um Stadtteile, die infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits zu rutschen, wieder zu stabilisieren. Das Programm will auf die vermuteten negativen Auswirkungen von räumlich konzentrierten individuellen Problemlagen reagieren, indem es versucht, eine ganzheitliche Verbesserung im Quartier zu erreichen. Es hat dabei zwar keine Einflussmöglichkeiten auf strukturelle Probleme wie Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit, die als Ursache für eine Problemkonzentration vor Ort erkannt werden, soll aber gegen eine Verstärkung dieser individuellen Problemlagen durch ihre räumliche Konzentration wirken, damit es nicht zu einer sozialen „Abwärtsspirale“ und zur Wirkung negativer Quartierseffekte kommt. Der dem Programm zugrundeliegende Quartiersansatz (neighbourhood approach) hat sich in den letzten Jahrzehnten verstärkt gegenüber einem klassischen Individuenbezug in der Sozialpolitik durchgesetzt. Damit wurden auch deren Aufgabefelder zunehmend zu Handlungsbereichen der Stadtplanung, was im Programm „Soziale Stadt“ deutlich zum Ausdruck kommt. Das Quartier wird zur Handlungs- und Bezugsebene, wobei es einerseits als konkreter geographischer Ort und andererseits als soziales Beziehungsgeflecht von Nachbarschaften, Netzwerken und Sozialkapital verstanden wird.

Die Popularität der Hypothese zur Wirkung von Quartierseffekten sowohl in der Wissenschaft als auch in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung lässt auf ihre weitgehende Unstrittigkeit schließen. Eine Betrachtung von empirischen Studien, welche die Hypothese der Quartierseffekte untersuchen, gibt jedoch wenig Anlass, dieser Annahme zu folgen. Ein eindeutiger und pauschaler Zusammenhang zwischen dem Wohnquartier und der Reproduktion von sozialer Benachteiligung lässt sich in den Studien kaum nachweisen. Damit ist auch die empirische Basis des Programms „Soziale Stadt“ fraglich, welches von der Existenz benachteiligender Quartierseffekte ausgeht.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht eine Sekundär- und Inhaltsanalyse von insgesamt zwölf empirischen Studien zum Thema Quartierseffekte. Damit soll der Frage nachgegan-

gen werden, in welchen Bereichen Wirkungen des Quartiers auf seine BewohnerInnen empirisch nachgewiesen werden können. Ziel dieser Arbeit ist es dabei nicht, Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung des Programms „Soziale Stadt“ zu geben, sondern vielmehr, zum wissenschaftlichen und politischen Diskurs über die Wirkung des Raumes bei der Reproduktion sozialer Ungleichheit und dem auf dieser Annahme basierenden Quartiersansatz beizutragen.

Aufbau der Arbeit

Die folgenden beiden Kapitel widmen sich der Hypothese der Quartierseffekte und ihrer Einbettung, die auf den Forschungen und Theorien zur Segregation und sozialräumlichen Polarisierung basiert. Dabei wird deutlich, dass es sich bei den Quartierseffekten keineswegs um ein neues Themenfeld der Stadtforschung handelt, sondern dass die Hypothese auf lang etablierten Annahmen zur Funktionsweise von Stadt und Stadtgesellschaft basiert. Das Programm „Soziale Stadt“ kann als Reaktion auf die Hypothese negativ wirkender Quartierseffekte gesehen werden, da in der Programmphilosophie ein klarer Bezug dazu erkennbar ist. Dementsprechend werden im Rahmen des Programms bereits praktische Antworten auf empirisch bisher nicht eindeutig feststellbare Sachverhalte entwickelt. Die Entwicklung des Programms „Sozialen Stadt“ und die darin formulierten Antworten auf negative Quartierseffekte sind Inhalt des vierten Kapitels. Im darauf folgenden Abschnitt wird als theoretische Einbettung des Quartiersansatzes im Programm „Soziale Stadt“ das Raumverständnis in der Stadtsoziologie und Stadtplanung thematisiert. Dabei werden unterschiedliche Konzeptionen von Raum vorgestellt, aus denen heraus sich für den Bereich der sozialen Stadtpolitik ein spezifisches Quartiersverständnis entwickelte, was sich an der Schnittstelle von geographischem und sozial konstruiertem Raum bewegt.

Kapitel sechs und sieben umfassen die Sekundär- und Inhaltsanalyse von zwölf ausgewählten Studien aus Deutschland, Europa und den USA. Alle diese Studien beschäftigen sich mit der Wirkung des Raumes auf die individuelle Benachteiligung und die Reproduktion sozialer Ungleichheit, allerdings mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und Methodik. Die Ergebnisse der Studien werden in drei Dimensionen dargestellt: der physischen, der sozialen und der symbolischen Dimension. Damit wird die Bandbreite der vermuteten Wirkungen des Raumes auf seine BewohnerInnen weitgehend abgedeckt. Zur Spezifizierung der Hypothese werden elf Unter-Hypothesen in diesen Wirkungsdimensionen zusammengetragen (siehe Tabelle 1), die als Ausgangspunkt der Analyse dienen. In ihnen spiegeln sich die allgemein anerkannten und wissenschaftlich geäußerten Annahmen zur Wirkung der Quartierseffekte wider.

Abschließend wird diskutiert, welche Konsequenzen aus den empirischen Ergebnissen für die soziale Stadtpolitik gezogen werden können. Zum einen geht es dabei um die Frage, ob im Rahmen der „Sozialen Stadt“ auf tatsächliche Gegebenheiten und Zusammenhänge reagiert wird – ob es sich also um eine evidence based policy handelt – und zum anderen um eine Diskussion der Potenziale und Probleme des Quartiersansatzes in der sozialen Stadtpolitik vor dem Hintergrund der Analyseergebnisse.

Tabelle 1: Hypothesen zu Wirkung von Quartiereffekten

Physische Dimension	
Hypothese 1	In den benachteiligten Quartieren gibt es eine schlechtere Ausstattung mit physischer und sozialer Infrastruktur als in nicht-benachteiligten Quartieren.
Hypothese 2	Die BewohnerInnen der benachteiligten Quartiere versuchen die schlechtere physische und infrastrukturelle Ausstattung durch Mobilität in andere Quartiere zu kompensieren.
Hypothese 3	Eine Verwahrlosung in den benachteiligten Quartieren spiegelt sich auch in den Wohnungen der BewohnerInnen.
Hypothese 4	Eine schlechte physische Ausstattung in den benachteiligten Quartieren ist Ursache von sozialer und gesundheitlicher Benachteiligung sowie abweichendem Verhalten (Devianz).
Soziale Dimension	
Hypothese 5	Die vorwiegend sozial homogenen Netzwerke in den benachteiligten Quartieren wirken benachteiligend auf die BewohnerInnen.
Hypothese 5a	Die Netzwerke und Freundeskreise von Erwerbslosen in benachteiligten Quartieren setzen sich vor allem aus anderen Erwerbslosen zusammen, was die Chancen auf einen Wiedereinstieg in das Erwerbsleben behindert.
Hypothese 5b	Durch die kleineren und qualitativ schlechteren Netzwerke in den benachteiligten Quartieren fehlen den BewohnerInnen Sozialkapitalressourcen.
Hypothese 6	Die Netzwerke von BewohnerInnen benachteiligter Quartiere beschränken sich (vor allem durch eine eingeschränkte Mobilität) im Wesentlichen auf das Quartier.
Hypothese 7	Räumliche Nähe generiert soziale Nähe.
Hypothese 8	Für Kinder und Jugendliche hat das Quartier – vermittelt durch Schule, Familie und Freundeskreis – eine besonders große Bedeutung.
Hypothese 9	In den benachteiligten Quartieren gibt es ein höheres Maß an und eine größere Duldung von Devianz und Delinquenz durch den Verlust sozial integrierter Gruppen und fehlender positiver Rollenvorbilder.
Symbolische Dimension	
Hypothese 10	Die Stigmatisierung der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere wirkt sich nachteilig auf deren Arbeitsmarktchancen aus.
Hypothese 11	Die Stigmatisierung der benachteiligten Quartiere wirkt sich negativ auf das Selbstwertgefühl der BewohnerInnen, ihre Identifikation mit dem Quartier und ihre Wohnzufriedenheit aus.



Quartierseffekte in der Stadtforschung

Quartiereffekte in der Stadtforschung

Die Verteilung von sozialen Gruppen im Raum geschieht nicht zufällig, sondern sie wird durch den Wohnungsmarkt, Belegungspolitik, durch die Wünsche und Gewohnheiten der BewohnerInnen und durch Restriktionen gesteuert. „Sag‘ mir wo du wohnst und ich sag‘ dir wer du bist“; so beschreibt Jens Dangschat den Zusammenhang zwischen Wohnort und sozialem Status (Dangschat 1997). Soziale Gruppen verteilen sich in der Stadt und es kommt dabei oft zur Konzentration von statusähnlichen Gruppen in einem Quartier und somit zur Entstehung von segregierten Gebieten. Dass dies keineswegs ein neues Phänomen ist, wird im folgenden Kapitel aufgezeigt. Dennoch wird dieses Phänomen in der wissenschaftlichen Literatur der letzten Jahrzehnte (wieder) verstärkt thematisiert. Dabei wird vom räumlichen Abbild des gesellschaftlichen Wandels in der Stadt gesprochen. Es wird davon ausgegangen, dass sich eine zunehmende Polarisierung der Schichten und Einkommen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene in einem immer stärkeren Auseinanderdriften der Stadt in „Armutsquartiere“ und „stabile Quartiere“ widerspiegeln (vgl. Farwick 2002: 292; Häußermann/Kronauer 2005: 11; Schnur 2008a: 30). Aufbauend auf den Analysen zur sozialräumlichen Polarisierung hat die Segregationsforschung ihren Blick in den letzten Jahren von den Ursachen und Mustern der sozialräumlichen Segregation verstärkt auf die Untersuchung ihrer Auswirkungen gerichtet. Unter dem Begriff „Quartiereffekte“ werden bereits seit längerem Annahmen zur Wirkung des Raumes auf seine BewohnerInnen formuliert. Die Hypothese der Quartiereffekte und die Entwicklung dieses Themas wird im zweiten Kapitel in diesem Teil dargestellt.

1. Konzentration, Segregation und sozialräumliche Polarisierung in den Städten

Soziale Ungleichheit zwischen den BewohnerInnen ist seit jeher kennzeichnend für die Stadtgesellschaft und bildet sich in der Stadt meist auch räumlich ab. Oft kommt es dabei zu einer räumlichen Konzentration von ähnlichen sozialen Gruppen, die unter dem Begriff der sozialräumlichen Segregation einen wichtigen Forschungsgegenstand der Stadtsoziologie und einen Ausgangspunkt des Städtebauförderungs-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ darstellt. Dabei rücken insbesondere Quartiere mit einer hohen Konzentration von prekären sozialen Gruppen, die gleichermaßen eine räumliche Manifestation der sozialen Ungleichheit in der Stadt darstellen, in den Blick der Wissenschaft und Politik. Seit langem wird in der Stadtforschung nach Mustern gesucht, die den Segregationsprozessen zugrunde liegen. Neben der Ursachenforschung spielt auch die Untersuchung der Auswirkungen von sozialräumlichen Segregationen eine tragende Rolle. Die Entwicklung der sozialräumlichen Segregation in den Städten und der Einzug dieses Themas in die Diskussion um Stadtentwicklung und soziale Benachteiligung in den Städten soll im Folgenden dargestellt werden. Dieses Themenfeld bildet die Basis für die Hypothese der Quartierseffekte, die im Mittelpunkt der Arbeit steht.

1.1. Die historische Dimension der sozialräumlichen Segregation

Die sozialräumliche Segregation in den Städten ist keineswegs ein neues Phänomen. Seit der Industrialisierung ist sie als Wohnungsfrage und soziale Frage zunehmend ins Blickfeld politischer Steuerung geraten. Der Ausgangspunkt dafür war einerseits die Angst vor der politischen Radikalisierung und Organisation des Proletariats in den Armutsgebieten, andererseits die Angst vor einer Ausweitung der dort herrschenden schlechten hygienischen und gesundheitlichen Zustände auf die gesamte Stadt. Die Maßnahmen zur Gegensteuerung waren im Wesentlichen baulicher, fürsorglicher und philanthropischer Natur; neben der Armenfürsorge kam es zum Bau von zahlreichen Arbeiter- und Werkssiedlungen sowie Gartenstädten. Der soziale Wohnungsbau ist eine Folge dieser Entwicklung.

In der Soziologie kam es mit Karl Marx, Max Weber, Georg Simmel und Emile Durkheim zu einer ersten wissenschaftlichen Thematisierung von sozialer Ungleichheit. Sie orientierten sich vor allem an ökonomischen und kulturellen Parametern: dem Klassegegensatz und der Arbeitsteilung in der Industrialisierung sowie den Fragen von Lebensstil und Lebensführung. Diese Ansätze wurden in den 1920er Jahren von Robert E. Park auf die sozialen Ungleichheiten im Raum übertragen (vgl. Dangschat 1997: 620f.). Die Konzentration von sozialen Gruppen in bestimmten Quartieren (natural areas) in Chicago beschreibt er anhand von Kriterien des Grundstücksmarktes, Landnutzung, Wohnwünschen und Gewohnheiten sowie ökonomischen Interessen der BewohnerInnen wie folgt: “Under our system of individual ownership, for instance, it is not possible to determine in advance the extent of concentration of population which is likely to occur in any given area. The city cannot fix land values, and we leave to private enterprise, for the most part, the task of determining the city’s limits and the location of its residential and industrial districts. Personal tastes and convenience, vocational and economic interests, infallibly tend to segregate and thus to classify the populations of great cities. In this way the city acquires an organization and distribution of population which is neither designed nor controlled.” (Park 1925: 5). In der Chicago School of Sociology wurden damit erstmals Theorien über die Verteilung von sozialen Gruppen im Raum aufgestellt, einhergehend mit der Annahme, dass die physische Distanz von Gruppen ein Indikator für deren soziale Distanz sei. Diese Ansätze zeigen auch heute noch ihren Einfluss in der Segregationsforschung (vgl. Dangschat 1998: 209).

In der fordistischen Ära wuchs der Anspruch auf Wohlstand für Alle; ein Anspruch, dem nach dem zweiten Weltkrieg in den westlichen Gesellschaften auch weitestgehend entsprochen werden konnte. Armut, soziale Ausgrenzung und Marginalisierung waren aufgrund der fast vollständigen Abwesenheit von Arbeitslosigkeit in der BRD in den 1960er Jahren kein gesellschaftliches Thema. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung war davon betroffen und wurde kaum als Bedrohung für das System wahrgenommen (vgl. Häußermann/Kronauer/ Siebel 2004: 10; Paugam 2004: 81ff.). Im Zuge der Entwicklung hin zu einer breiten Mittelschicht war auch die räumliche Abgrenzung von sozialen Gruppen kein Thema der gesellschaftlichen und politischen Diskussion. In dem Maße in dem sie vorhanden war, wurde sie nicht als problematisch bewertet, da es sich im Wesentlichen um eine Ausdifferenzierung von unterschiedlichen „sozial stabilen“ Gruppen handelte.

1.2. Eine neue städtische Unterklasse?

In den letzten Jahrzehnten wird die sozialräumliche Segregation in den Städten wieder verstärkt thematisiert, einhergehend mit einem festgestellten Zuwachs von Armut und Ausgrenzung in den westlichen Gesellschaften. Als Ursachen dafür werden der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, die Globalisierung von ökonomischen Beziehungen, der Rückzug des Sozialstaates, das Verschwinden von informellen Systemen, die Erosion sozialer Netzwerke und der Strukturwandel der Städte genannt (vgl. Häußermann/Kronauer/Siebel 2004: 11ff.; Häußermann 2003: 147). Die OECD-Studie aus dem Jahr 2008 stellt fest, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland weiter wächst, trotz staatlicher Umverteilung. Hier werden vor allem Arbeitslosigkeit und veränderte Arbeitsmarktstrukturen als Ursachen genannt (vgl. OECD 2008).

In diesem Zuge wird in der wissenschaftlichen Literatur auch vom räumlichen Abbild des gesellschaftlichen Wandels in der Stadt gesprochen. Es wird davon ausgegangen, dass sich eine zunehmende Polarisierung der sozialen Schichten und Einkommen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene in einem immer stärkeren Auseinanderdriften der Stadt in „Armutsquartiere“ und „stabile Quartiere“ widerspiegeln (vgl. Dangschat 1998: 207; Farwick 2002: 292). Thematisiert wird im Zusammenhang mit dem sozialen Wandel die residentielle Segregation, also die ungleiche Verteilung von Wohnstandorten nach Klassen, Schichten, Haushalts- und Milieutypen, Altersgruppen und ethnischen Gruppen (vgl. Dangschat 1997: 620). Diese wird unter anderem mit den Theorien einer dual-city (Mollenkopf/Castells), einer Segmentierung (quartered city - Marcuse) oder dreigeteilten Stadt (Häußermann/Siebel) beschrieben. Die Theorien bilden jeweils Ansätze für eine Untersuchung der Ursachen und Auswirkungen von sozialräumlicher Segregation, sie unterscheiden sich lediglich in den Annahmen darüber, nach welchen (räumlichen und sozialen) Kriterien sich die Segregation entwickelt. Für den deutschen Kontext hat sich vor allem das Analysemodell von Häußermann und Siebel durchgesetzt. Sie beschreiben drei Dimensionen der Spaltung der (Stadt-) Gesellschaft: eine ökonomische Spaltung nach Eigentum, Einkommen und Position auf dem Arbeitsmarkt, eine soziale Spaltung in Bezug auf Bildung, sozialer Integration und Position auf dem Wohnungsmarkt sowie eine kulturelle Spaltung nach ethnischer Zugehörigkeit, Religion und normativen Orientierungen. Diese Kategorien übertragen sie auf die Stadtstruktur und beschreiben hier eine Dreiteilung in die international wettbewerbsfähige Stadt, die „normale“ Arbeits-, Versorgungs- und Wohnstadt und die „ausgegrenzte Stadt“ der marginalisierten Randgruppen (vgl. Dangschat 1997: 631ff.).

Die Analyse von Segregation vermischt sich oft schon mit einer impliziten Bewertung. Um aber den Versuch unternehmen zu können, Segregationen zu bewerten, muss zunächst ihre Struktur betrachtet werden. Eine wichtige Differenzierung liegt erstens zwischen der freiwilligen und der unfreiwilligen Segregation. Wer segregiert sich? Geschieht dies als frei gewählter Prozess oder beruht die Segregation auf unfreiwilligen Ursachen wie zum Beispiel einem beschränkten Zu-

gang zum Wohnungsmarkt oder Diskriminierung? Beruht die Abspaltung auf Ausgrenzung oder Privilegien? Zweitens stellt sich die Frage, ob die sichtbaren Muster der Segregation wirklich die Ursachen für die Segregation sind. Dafür muss nach unterschiedlichen Merkmalen unterschieden werden: Handelt es sich um eine residentielle, funktionale, soziale, ethnische Segregation oder einer Segregation nach Alter oder Lebensstil? Segregationen können nach unterschiedlichsten Merkmalen stattfinden und sich dabei auch überlagern. Drittens kann Segregation als Prozess und Zustand verstanden und beschrieben werden. Beim Prozess der Segregation werden die Muster betrachtet, nach denen sich eine ungleiche Verteilung über den Raum herausbildet und nach den Ursachen geschaut. Die Segregation als Zustand betrachtet, fragt dagegen vor allem nach den Strukturen der sozialräumlichen Trennung und den Auswirkungen auf die segregierten Gruppen und die Stadt(-gesellschaft).

1.3. Der Diskurs um die Ursachen und Folgen der sozialräumlichen Segregation

Im Segregationsdiskurs wird in erster Linie die räumliche Konzentration sozial schwacher Gruppen thematisiert. Häufig überlagert sich diese mit der Konzentration ethnischer Gruppen, beziehungsweise (für den deutschen Kontext zutreffender) der Konzentration von Personen unterschiedlicher Herkunft. Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass es gerade auch bei sozial stabilen und starken Gruppen deutliche Tendenzen zur sozialräumlichen Konzentration und räumlichen Abschottung gibt. Diese werden jedoch selten als bedrohlich oder besorgniserregend angesehen, während die Konzentration sozial schwacher Gruppen als „Armutsquartier“, „Problemkiez“, „überforderte Nachbarschaft“ oder „sozialer Brennpunkt“ deutlich negativ und problematisch bewertet wird: „Die Herausbildung von stark segregierten innerstädtischen Gebieten, in denen sich eine sozial benachteiligte Bevölkerung konzentriert, gehört zu den besorgniserregenden Erscheinungen gegenwärtiger Stadtentwicklung in allen westlichen Ländern.“ (Häußermann 1999: 11).

Dangschat stellt (neben einem feministischen Ansatz) zwei wissenschaftliche Ansätze der Segregationsforschung gegenüber, die sozialräumliche Segregation auch jeweils unterschiedlich bewerten: den sozialökologischen Ansatz in der Tradition der Chicago School und den polit-ökonomischen Ansatz, der sich als Analyse- und Bewertungsbasis der sozialen Stadtpolitik in Deutschland durchgesetzt hat (vgl. Dangschat 1997). Der sozialökologische Ansatz sucht vor allem nach sozialen Gesetzmäßigkeiten in der Segregation und hält sich dabei eng an statistische Dimensionen. Große Aufmerksamkeit erlangte dieser Ansatz mit der Bestimmung von sogenannten „tipping points“: Schwellenwerte, ab denen eine Entmischung des Quartiers unaufhaltsam stattfindet. Dies wurde als „Grenzen der Zumutbarkeit“ mit der Folge von Zuzugssperren zeitweise in der deutschen Kommunal- und Integrationspolitik aufgenommen. Als Ausgangspunkt des sozialökologischen Ansatzes steht die Annahme Parks, dass die räumlichen Distanzen der Wohnorte von Menschen auch deren soziale Distanz widerspiegeln. Zur Untersuchung dieser Hypothese werden Einkommensungleichheiten, die Ungleichheit von Schulabschlüssen, der Anteil an Minoritäten und die Zahl der Gesamtbevölkerung herangezogen (vgl. Friedrichs 1988: 57ff.). Im Allgemeinen strebt der sozialökologische Ansatz sozialräumliche Gleichgewichtszustände an; die Folgen einer Segregation sozial marginalisierter Gruppen werden damit tendenziell negativ bewertet. Im Wesentlichen geht es jedoch um eine Operationalisierung, Beschreibung, Messung und Kartierung der sozialräumlichen Segregation. Der polit-ökonomische Ansatz beschäftigt sich dagegen eher mit den Makro-Erklärungen zur Segregation. Die Ursachen für die Segregation werden dabei vor allem im kapitalistischen ökonomischen System und dessen politischer Regulation gesehen. Häußermann unterscheidet hier zwei Formen der Segregation: die primäre Segregation

(Fahrstuhleffekt), mit der er einen sozialen Abstieg von ehemaligen Arbeitervierteln zu Arbeitslosenvierteln beschreibt, und die sekundäre Segregation (Mobilitätseffekt), die das Fortziehen von sozial stabilisierenden Bevölkerungsschichten aus dem problembehafteten Quartieren meint (vgl. Häußermann 1999: 13f.). Auch der polit-ökonomische Ansatz ist nicht rein deskriptiv und wertfrei: Während die Chancen und Vorteile von bestimmten Segregationen betont werden, findet eine überwiegend negative Bewertung von unfreiwilligen Segregationen sozial schwacher Gruppen statt¹.

Es wird im Segregationsdiskurs seit den 1990er Jahren vermutet, dass die sozialräumliche Segregation in der Stadt nicht (nur) Abbild einer sozialen Ungleichheit ist sondern diese auch verstärkt. Die Annahme lautet, dass benachteiligte Quartiere für deren BewohnerInnen auch zu benachteiligenden Quartieren werden (vgl. Häußermann 1999: 15; Dangschat 1998: 211). Diese Hypothese appelliert an das Ideal der sozial gemischten europäischen Stadt, das durch die analysierten Entwicklungen zunehmend bedroht scheint. Bestärkt wird diese Annahme durch das Konzept der „new urban underclass“ von Wilson, was mit den Figuren der „Abwärtsspirale“ und der Quartiereffekte weitgehend adaptiert wurde (vgl. Güntner 2006: 85ff.) (Dazu ausführlicher in Kapitel 4).

Sozialräumliche Segregation ist seit den 1980er Jahren, insbesondere seit dem Programmstart von „Soziale Stadt“ im Jahr 1999, mehr und mehr ein politisches Thema geworden (vgl. dazu Kapitel 5) Es knüpft an politische Grundsatzdebatten wie Chancengleichheit, Ausgrenzung, Marginalisierung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration an. In diesem Zusammenhang lassen sich ein zunehmender Quartiersbezug in der Sozialpolitik und eine Abkehr vom traditionellen Individuenbezug feststellen. Dem Raum kommt damit eine neue Bedeutung als Handlungsebene zu (vgl. dazu Kapitel 2).

1.4. Zusammenfassung

Die Sozialräumliche Segregation macht soziale Unterschiede in der Stadtgesellschaft zuerst einmal sichtbar. Diese haben sich schon immer im Stadtraum abgebildet. Ein sichtbarer Unterschied zwischen verschiedenen sozialen Gruppen ist dabei aber nicht notwendiger Weise Auslöser der Segregation. Nicht nur Einkommensunterschiede, sondern auch andere Differenzen wie zum Beispiel in Herkunft, Lebensstil und Alter bilden sich in der Verteilung der Bevölkerung im Raum ab. Zudem ist nicht immer klar erkennbar, ob es sich um eine freiwillige oder eine unfreiwillige Segregation handelt. Von sozialwissenschaftlichem Interesse ist die sozialräumliche Segregation besonders dann, wenn sie sich auf sozial benachteiligte Gruppen bezieht. Aufgrund der zunehmenden Komplexität der Gesellschaft lässt sich aber kaum von einer Spaltung in „benachteiligte“ und „stabile“ Quartiere reden, es handelt sich zum einen um graduelle Unterschiede und zum anderen um unterschiedliche Aspekte der Segregation. Dennoch hat sich die Hypothese etabliert, dass benachteiligte Quartiere (verstanden als Quartiere mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter BewohnerInnen) gleichzeitig auch eine benachteiligende Wirkung auf ihre BewohnerInnen entfalten. Diese Hypothese ist zum Ausgangspunkt der Sozialen Stadtpolitik in Deutschland geworden. Sie ist nicht unumstritten, steht aber meist im Kontext einer angestrebten Vermeidung von Chancenungleichheit, Ausgrenzung und Benachteiligung durch den Wohnort und das soziale Umfeld.

¹ Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass die sozialräumliche Segregation von sozial schwachen Gruppen nicht auf freiwilliger Basis beruht. Dazu unter anderem Pauser: „Kaum jemand wird ernsthaft behaupten wollen, dass sich die Bewohner der benachteiligten Quartiere wirklich freiwillig danach gedrängt hätten, gemeinsam mit der kulturell vollständig heterogenen Gruppe der Chancenärmsten der Gesellschaft in einem Stadtteil zu leben – alle Konflikte des täglichen Zusammenlebens inklusive.“ (Pauser 2008: 149)

2. Die Hypothese der Quartierseffekte

Die Untersuchungen, die im sechsten Kapitel einer Sekundäranalyse unterzogen werden, haben eine gemeinsame Hypothese: Die Annahme, dass sich das soziale Umfeld und die räumlichen Gegebenheiten im Quartier auf dessen BewohnerInnen auswirken. Vereinfacht wird diese Annahme oft zu der Frage, ob das Leben in einem sozial benachteiligten Quartier eine zusätzliche Benachteiligung für die BewohnerInnen mit sich bringt und das Quartier somit einen eigenständigen benachteiligenden Effekt auf die individuellen Perspektiven und Lebenschancen seiner BewohnerInnen hat (vgl. Nieszery 2008: 107f.; Häußermann 2003: 147; Kronauer 2004: 17). Der untersuchte Effekt wird in der Literatur als Quartierseffekt, Nachbarschaftseffekt, Kontexteffekt oder Ortseffekt beschrieben. Dieser ist zunächst einmal wertfrei. Da vor allem negative Quartierseffekte von Interesse für die Stadtforschung und Politik sind, liegt der Fokus auf Quartieren, die eine Konzentration von sozialen Problemlagen aufweisen. Dies wird im Wesentlichen an sozialen und baulichen Parametern wie Arbeitslosigkeit, Armut, Sozialhilfeabhängigkeit, Migrantenanteil, Verwahrlosung und Kriminalität festgemacht. Diese „Problemlagen“ werden dort, wo sie räumlich konzentriert auftreten, zuerst einmal sichtbar. Die räumliche Konzentration von Problemlagen lässt aber weder Schlüsse darüber zu, worin die Ursachen dafür liegen, noch darüber, wie sich diese Konzentration auf die BewohnerInnen auswirkt. Die möglichen Ursachen für die Problemlagen der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere können auf unterschiedlichen Ebenen verortet sein: auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, auf individueller Ebene und potentiell auch auf räumlicher Ebene. Obwohl die empirischen Studien zu Quartierseffekten versuchen, die räumliche Ebene als Verursacher von Benachteiligung zu extrahieren, lässt sich diese jedoch nie ganz klar von der gesamtgesellschaftlichen und individuellen Ebene trennen. Es fällt oft schwer zu sagen, ob Effekte aus dem Raum heraus entstehen oder ob sie sich nur dort beobachten lassen.

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gibt es eine Reihe von Entwicklungen, in denen eine soziale Spaltung der Gesellschaft und eine Ausweitung von Problemlagen ursächlich verortet werden: Die Globalisierung der Märkte führt mit der Auslagerung von Produktion in Niedriglohnstaaten zu einem Verlust an Arbeitsplätzen im produktiven Sektor in den westlichen Staaten. Gleichzeitig kommt es zu einer Konzentration der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor und zu einer Einkommenspolarisierung. Im Staatshandeln findet ein Paradigmenwechsel statt: Der fürsorgende Sozialstaat ist auf dem Rückzug und wird durch den aktivierenden Staat ersetzt, der seine Aufgabe verstärkt in der Aktivierung gesellschaftlicher Potenziale und weniger in der Umverteilung gesellschaftlicher Ressourcen sieht. Auch demographische Entwicklungen haben einen Einfluss: Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft steigt und auch die zunehmende Alterung der Gesellschaft führt zu neuen Herausforderungen. Hinzu kommt eine ungleiche Verteilung von Ressourcen wie Bildungschancen, politischer Teilhabe und rechtlichem Status (vgl. Häußermann/Kronauer/Siebel 2004: 11f.; Häußermann 2008: 123ff.; Dangschat 1995: 51ff.).

Besonders die Ursachen für die sozialen Problemlagen auf individueller Ebene lassen sich nur sehr schwer von den Ursachen auf räumlicher Ebene trennen. Oft fällt es schwer, festzustellen, ob ein Effekt durch die räumlichen und sozialen Gegebenheiten des Quartiers oder durch die individuellen Merkmale der BewohnerInnen entsteht. Es wird dann häufig auf mögliche Konzentrations- oder Sortierungsprozesse verwiesen: Ein Effekt des Quartiers erscheint möglicherweise nur als ein solcher, obwohl er tatsächlich durch die Konzentration einer Bevölkerungsgruppe mit ähnlichen individuellen Merkmalen entsteht.²

² Ein Sortierungseffekt (auch Selektionseffekt oder Konzentrationseffekt) besteht, wenn das gehäufte Vorkommen einer Eigenschaft oder eines Phänomens nicht ursächlich auf das Quartier (dessen Ausstattung und soziale Zusammensetzung) zurückzuführen ist, sondern auf die Konzentration von in bestimmter Hinsicht „ähnlichen“ Personen in einem Quartier. Diese Ähnlichkeit muss dabei unabhängig von der räumlichen Nähe bestehen, sie darf also nicht durch eine allmähliche Anpassung der Quartiersbewohner aneinander zustande gekommen sein.

Auf der individuellen Ebene spielt der familiäre Hintergrund genauso eine Rolle für die soziale Benachteiligung wie die persönlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Formal bestimmt vor allem der Bildungsabschluss über die sozialen Aufstiegschancen. Dieser wird jedoch durch eine Reihe von Faktoren ergänzt, die sich formal nur schwer erfassen lassen. Dazu zählt zum Beispiel das Elternhaus und die dort erfahrene Erziehung und Förderung, die intellektuellen Fähigkeiten, Sprachkenntnisse und der Einfluss des sozialen Umfelds auf die individuelle Sozialisation.

Die Vermutung liegt nahe, dass es sich bei einer räumlichen Konzentration von Personen mit einem ähnlichen sozialen Status auch zu einem gewissen Grad um eine Konzentration von Personen mit ähnlichen individuellen Merkmalen handelt. Um die Hypothese der Wirkung von negativen Quartiereffekten zu prüfen, muss jedoch versucht werden, den Raum als eigenständige Ursache für die soziale Benachteiligung von den individuellen Ursachen getrennt zu betrachten.

Worin die Wirkungen der räumlichen Ebene auf die individuellen Lebenschancen bestehen, ist Untersuchungsgegenstand vieler Studien. Darüber hinaus gibt es dazu vielfältige Annahmen, die nicht empirisch belegt werden, sich aber relativ stark als „Allgemeinwissen“ etabliert haben. Quartiereffekte werden dabei in verschiedenen Bereichen vermutet und beschrieben. In der wissenschaftlichen Literatur findet sich bei mehreren Autoren eine Unterteilung in drei Dimensionen: die physische Dimension des Quartiers (bauliche und infrastrukturelle Ausstattung), die soziale Dimension (Bevölkerungszusammensetzung und Netzwerke) und die symbolische Dimension (Stigmatisierung und Image), teilweise ergänzt durch eine politische Dimension (vgl. Häußermann 2003: 149; Nieszery 2008: 109f.). Im „Allgemeinwissen“ werden die vermuteten Effekte meist weniger differenziert thematisiert. Die angenommenen negativen Wirkungen der „Sozialen Brennpunkte“, „Problemkieze“ und „Armutsquartiere“ bleiben relativ diffus.

Neben dieser öffentlichen Darstellung wird sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik oftmals von negativen Quartiereffekten in benachteiligten Quartieren ausgegangen, ohne die Wirkungszusammenhänge, die solche Effekte hervorrufen könnten, explizit zu untersuchen. Aus der Existenz und Sichtbarkeit von Quartieren mit einem hohen Anteil benachteiligter Bevölkerungsgruppen wird oft schon darauf geschlossen, dass diese Konzentration aus sich heraus wiederum benachteiligende Effekte verursachen müsse, dass sich also mit „[...] anhaltender Dauer dieser verstärkten sozialen Segregation [...] sozialräumliche Milieus [bilden, Anm. d. Verf.], die selbst weitere Benachteiligung und Probleme mit sich bringen. Die räumliche Konzentration von Benachteiligten mündet also in benachteiligenden Quartieren, die Ausgrenzungsprozesse hervorrufen und verstärken.“ (Häußermann 2003: 147).

Damit zeigt sich auch die politische Dimension der Hypothese: Wenn negative Quartiereffekte auf die BewohnerInnen von benachteiligten Quartieren wirken würden und diese somit einer zusätzlichen Benachteiligung durch den Raum unterliegen, wäre der Raum eine Ursache für die Reproduktion und Verstärkung sozialer Ungleichheit. Dies wiederum wäre ein Argument, mit dem sich eine politische Intervention zur Beseitigung der räumlichen Benachteiligung begründen ließe. Auf diese Begründung stützt sich unter anderem das Programm „Soziale Stadt“, ohne jedoch einen empirischen Nachweis über die vermuteten negativen Wirkungen zu erbringen. In der Zwischenevaluation zum Programm „Soziale Stadt“ wird die Hypothese der Quartiereffekte (dort Kontexteffekte) folgendermaßen beschrieben: „Aus der Sicht der „Kontext-Theorie“ bildet das Quartier ein soziales und kulturelles Milieu, das erheblichen (negativen) Einfluss auf die Lebenschancen, Mentalitäten, Lebensweisen und das Verhalten seiner Bewohner hat (Kontexteffekte). Es geht also um eine zusätzliche Beeinträchtigung der Lebenschancen, die aus dem Wohnen in einem benachteiligten Quartier entsteht. Das Quartier bildet eine Umwelt für soziale, kulturelle und ökonomische Prozesse – und diese Umwelt ist selbst geprägt durch die darin ablaufenden sozialen, kulturellen und ökonomischen Prozesse. Die Qualität dieser Umwelt ist sowohl durch soziale und kulturelle Merkmale seiner Bewohner als auch durch die ökonomische und bauli-

che Situation bestimmt. Die Perspektiven der Container Theorie und der Sozialgruppentheorie werden hier miteinander verwoben. Wenn die Situation geändert werden soll, muss der Kontext verändert werden: durch eine Veränderung des Erscheinungsbildes eines Quartiers und der sozialen Situation bzw. des „Milieus.“ (IfS 2004: 37) Diese Hypothese bildet die politische Grundlage des Programms „Soziale Stadt“ (vgl. ebd.: 38)³. In der Sekundäranalyse im siebenten Kapitel soll untersucht werden, ob und in welchen Bereichen die Hypothese der (negativen) Quartierseffekte empirisch gestützt werden kann.

2.1. Die historische Dimension der Quartierseffekte

Der Raum wird seit dem 20. Jahrhundert verstärkt als eine mögliche Ursache für die Benachteiligung sozialer Gruppen betrachtet. Ansätze für die Hypothese der Quartierseffekte lassen sich schon Mitte des 19. Jahrhunderts bei Friedrich Engels finden. In seinem Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ beschreibt er dies wie folgt: „Hier wohnen die Aermsten der Armen. Die am schlechtesten bezahlten Arbeiter mit Dieben, Gaunern und Opfern der Prostitution bunt durch einander – die meisten sind Irländern oder Abkömmlinge von Irländern, und diejenigen, die selbst noch nicht in dem Strudel moralischer Verkommenheit, der sie umgibt, untergegangen sind, sinken doch täglich tiefer, verlieren täglich mehr und mehr die Kraft den demoralisierenden Einflüssen der Noth, des Schmutzes und der schlechten Umgebung zu widerstehen.“ (Engels 1845: 41).

Erste empirische Untersuchungen der Annahme, dass sich Problemlagen durch deren räumliche Konzentration verstärken, wurden in den USA vorgenommen. Wichtige Beiträge kamen zum einen aus dem Kreis der Chicago School und zum anderen von William Julius Wilson (vgl. Nieszery 2008: 113f.; Dangschat 2000: 141). Auch wenn es sich kaum um systematische Untersuchungen handelt sondern zu einem großen Teil auf der Grundlage von Indizien und Vermutungen Schlüsse gezogen werden, so sind doch die Hypothesen und theoretischen Ansätze für die heutige Untersuchung von Quartierseffekten nicht von geringer Bedeutung.

Da die Zuwanderung in Chicago um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert stark segregierte Gebiete hervorbrachte, rückte die Segregationsforschung in den Fokus der Chicago School. Armut und Segregation wurden dabei als naturgegebener Teil des Lebens in der Stadt wahrgenommen. Diese Sichtweise brachte eine weitgehende Ignoranz der ökonomischen, politischen und institutionellen Einflüsse und des Einflusses von rassistischen Ressentiments mit sich. Im Zuge der Erklärungsmodelle zur Stadtentwicklung stellten die Armutsgebiete jedoch ein ergiebiges Untersuchungsfeld dar. Anhand von ethnographischen, quantitativen und qualitativen Studien wurde erforscht, welcher Mechanismus hinter der Organisation der benachteiligten Wohngebiete stand. Im Zuge dessen entstand die Annahme einer sozialen Desorganisation als Ursache für die Verarmung und den sozialen Abstieg der betroffenen BewohnerInnen. Sie geht davon aus, dass einige Einwohner der benachteiligten Gebiete dem sozialen Druck und den destruktiven Einflüssen ihrer Umgebung nicht widerstehen können und damit eine soziale Desorganisation um sich greift, die mit einer weiteren Verarmung, Delinquenz, Abhängigkeit von Wohlfahrtseinrichtungen und weiteren „Lastern“ einhergeht. In der Chicago School wird damit ein negativer Einfluss des benachteiligten Wohngebietes auf seine BewohnerInnen angenommen. Dieser negative Quartierseffekt kommt neben positiven Effekten durch die ethnische Konzentration und einer damit einhergehenden sozialen Integration zur Wirkung. Das sozialökologische Modell geht aber gleichzeitig von einem natürlichen Kreislauf aus, der durch Konkurrenz, Konflikt, Anpassung und

³ Eine genauere Darstellung der Bezugnahme des Programms „Soziale Stadt“ auf die Hypothese der Quartierseffekte findet sich im Kapitel 3.4.

Assimilation letztlich zur Überwindung der individuellen Benachteiligung führt und daher kein politisches Eingreifen erfordert (vgl. O'Connor 2004: 48ff.).

Während in den Anfängen der Chicago School der Aspekt der rassistischen Diskriminierung weitestgehend ignoriert wurde, rückte er seit den 1920er Jahren immer stärker ins Bewusstsein der ForscherInnen. Dies lag zum einen an der zunehmenden Konzentration der afro-amerikanischen Armutsbevölkerung in städtischen „Ghettos“ und zum anderen an dem wiederholten Auftreten von Rassenunruhen. Bei der Suche nach Erklärungen für die anhaltende Benachteiligung und soziale Desorganisation in den „Ghettos“ rückten immer stärker kulturalistische Deutungsmuster in den Vordergrund. Dies führte bei einigen Wissenschaftlern dazu, die Kultur und Struktur der Afro-Amerikaner in den Ghettos als pathologisch zu betrachten. Dieses Deutungsmuster wurde auch auf andere soziale Armutsgruppen ausgeweitet und führte zur Etablierung des Konzepts einer Armutskultur (culture of poverty) durch Oscar Lewis (1959), die ein pathologisches „Anderssein“ der Armen als Ursache für deren andauernde Benachteiligung sah (vgl. ebd.: 50ff.; Nieszery 2008: 111f.).

Vor diesem Hintergrund unternahm William Julius Wilson seit den 1980er Jahren den Versuch, die Debatte um die Benachteiligung in den „Ghettos“ von einer Rassenfrage wieder verstärkt zu einer Klassenfrage zu machen. Er plädierte damit für eine stärkere Betonung der strukturalistischen und sozialen gegenüber den kulturalistischen Deutungsmustern (vgl. O'Connor 2004: 64f.). Dabei nahm er auch den Raum als Determinante der Benachteiligung in den Blick. Wilson suchte jedoch nicht direkt nach Effekten des Quartiers auf die Bevölkerung sondern – andersherum – nach den Ursachen der Benachteiligung der BewohnerInnen in den „Ghettos“. Dass es dort eine Konzentration von Benachteiligung gab, war offensichtlich.

In Wilsons Hauptwerk von 1987, „The Truly Disadvantaged“, analysierte er die liberalen und die konservativen Argumentationen in Bezug auf die Benachteiligung in den „Ghettos“. Die Argumentationslinie der Konservativen, die sich im Wesentlichen auf ein Zusammenspiel der kulturellen Tradition, der Familienbiographie und des individuellen Charakters als Ursache der Benachteiligung stützt, wurde von den Liberalen scharf kritisiert, da sie die Ursache für die Benachteiligung in den „Ghettos“ vor allem in der Segregation und Isolation sowie den strukturellen Beschränkungen und Behinderungen der BewohnerInnen sahen. Damit kam auch dem Raum als Ursache der Benachteiligung eine erneute Aufmerksamkeit zu.

Die Situation in den amerikanischen Städten beschreibt Wilson wie folgt: “If I had to use one term to capture the differences in the experiences of low-income families who live in inner-city areas from the experiences of those who live in other areas of the central city today, that term would be concentration effects. The social transformation of the inner city has resulted in a disproportionate concentration of the most disadvantaged segments of the urban black population, creating a social milieu significantly different from the environment that existed in these communities several decades ago.” (Wilson 1987: 58). Damit beschreibt er zunächst die Konzentration von Benachteiligten in den innerstädtischen „Ghettos“. Diese Gruppe der Benachteiligten bezeichnet er als urban underclass. Die Ursachen für die Benachteiligung sieht er zunächst in einer langanhaltenden Arbeitslosigkeit, unzureichenden Qualifikationen, der Verwicklung in Straßenkriminalität und andere Formen von Delinquenz und einer langanhaltenden Abhängigkeit von Wohlfahrtsleistungen. Dies wird ergänzt durch eine zusätzliche Benachteiligung durch das Wohnquartier in Form von sozialer Isolation, fehlenden Nachbarschaftseinrichtungen und fehlenden positiven Rollenvorbildern sowie Informationsmangel durch eingeschränkte Netzwerke – also fehlendem Sozialkapital. Besonders Kinder sind Wilsons Ansicht nach stark durch das Quartier benachteiligt (vgl. Nieszery 2008: 113f.; Häußermann/Kronauer/Siebel 2004: 13ff.). Damit liefert Wilson Hypothesen über die Wirkungszusammenhänge zwischen Quartier und Benachteiligung, auf die bei dem Thema „Quartiereffekte“ immer wieder Bezug genommen wird.

Wilson spricht sich für eine neue liberale Linie in der Bewertung der benachteiligten Quartiere aus, die sowohl kulturelle Erklärungsmuster als auch soziale und ökonomische Faktoren umfasst: „[...]factors associated with the recent increasing social dislocation among the ghetto underclass are complex and cannot be reduced to the easy explanation of racism or racial discrimination. Although present-day discrimination undoubtedly has contributed to the increasing social and economic woes of the ghetto underclass, [...] these problems have been due far more to a complex web of other factors that include shifts in the American economy – which has produced extraordinary rates of black joblessness that have exacerbated other social problems in the inner city – the historic flow of migrants, changes in the urban minority age structure, population changes in the central city, and the class transformation of the inner city.” (Wilson 1987: 62). Mit dem Konzept der urban underclass entzieht Wilson die Diskussion um die „Ghettos“ in den USA der kulturalistischen Deutung wobei ihm immer wieder vorgeworfen wurde, dass er die rassistischen Diskriminierungen komplett ausblende (vgl. O’Connor 2004: 65ff.; Häußermann/Kronauer/Siebel 2004: 15). Auch seine Handlungsempfehlungen zur Begegnung der Probleme in den benachteiligten Quartieren bewegen sich weitestgehend auf struktureller Ebene und zeigen, dass ihm sehr an einer Überwindung der kulturalistischen Deutungsmuster gelegen war: „[...] the problems of the ghetto underclass can be most meaningfully addressed by a comprehensive program that combines employment policies with social welfare policies and that features universal as opposed to race- or group-specific strategies. [...] the hidden agenda for liberal policymakers is to enhance the chances in life for the ghetto underclass by emphasizing programs to which the more advantaged groups of all class and racial backgrounds can positively relate.” (Wilson 1987: 163).

Für die aktuelle Diskussion um Quartierseffekte sind vor allem zwei Aspekte dieser frühen Betrachtungen noch immer von Bedeutung: Das Quartier wird nicht nur als räumlicher sondern auch als sozialer Zusammenhang wahrgenommen. Zudem wird versucht, zwischen einer reinen Konzentration von Benachteiligung (als Zustand) und einer Verstärkung dieser Benachteiligung durch die Konzentration (als Effekt) zu differenzieren. Es werden in der Betrachtung aber auch die Unterschiede zwischen amerikanischen und europäischen Städten deutlich, die bei der Vergleichbarkeit von Hypothesen und empirischen Ergebnissen berücksichtigt werden müssen: In den Städten der Vereinigten Staaten gab und gibt es ein viel größeres Ausmaß an Segregation nach sozialen und ethnischen Attributen und eine radikalere Herausbildung von Armutsgebieten, wie sie in europäischen Städten in dieser Ausprägung weitestgehend unbekannt sind. Ein Hauptgrund dafür ist die vergleichsweise starke Regulierung des Wohnungs- und Grundstücksmarktes in Europa. Desweiteren hat sich bei den Afro-Amerikanern in den USA durch ein starkes Ausmaß an Diskriminierung und Rassismus eine strukturelle soziale und räumliche Benachteiligung herausgebildet. Ähnliche Anzeichen gibt es zwar auch in Europäischen Städten für einige ethnische Gruppen, die Zuwanderung in Europa basiert aber auf einer anderen historischen Entwicklung; eine strukturelle Verfestigung von Benachteiligung ist deswegen (bisher) nicht so stark ausgeprägt wie in den USA (vgl. Nieszery 2008: 118; O’Connor 2004: 69f.; Drever/Clark 2006: 3).

2.2. Zusammenfassung

Die möglichen negativen Effekte von benachteiligten Quartieren auf die individuellen Lebenschancen der BewohnerInnen sind in den letzten Jahrzehnten verstärkt in den Blick der Stadtforschung und Stadtpolitik gerückt. Der Ausgangspunkt der Untersuchungen und politischen Interventionen ist die Annahme, dass die benachteiligten Quartiere eine eigenständige benachteiligende Wirkung auf die BewohnerInnen entfalten, unabhängig von individuellen und strukturellen Ursachen für eine Benachteiligung. Der räumlichen Ebene würde damit ein eigenständiger Effekt bei der Benachteiligung und der Reproduktion sozialer Ungleichheit zukommen. Oftmals wird ein solcher Effekt angenommen, ohne dass jedoch die Wirkungszusammenhänge empirisch

untersucht werden. So ist die Hypothese der Wirkung von negativen Quartiereffekten auch zur Grundlage des Programms „Soziale Stadt“ geworden, ohne dafür jedoch einen empirischen Nachweis zu bringen.

Die Untersuchung der Hypothese von (negativen) Quartiereffekten ist im Sinne einer sozial gerechten Gesellschaft von großer Bedeutung. Ob der Raum tatsächlich eine Ursache für Benachteiligung ist, kann nur durch empirische Studien festgestellt werden. Diese Studien stehen dabei vor der generellen Schwierigkeit, dass die Wirkungszusammenhänge im Quartier sehr komplex sind und sich auf unterschiedlichsten Ebenen entfalten. Das Quartier ist kein Container, in dem in sich geschlossene Prozesse ablaufen, sondern nur eine von vielen möglichen Wirkungsebenen bei der Produktion und Reproduktion sozialer Benachteiligung, die sich untereinander kaum klar voneinander abgrenzen lassen (vgl. Drilling 2008).



Sozialräumliche Interventionen

Sozialräumliche Interventionen

Sozialräumliche Segregation und die damit einhergehende Annahme der Wirkung negativer Quartierseffekte bilden die Basis für politische Interventionen in benachteiligten Quartieren. Dies spiegelt sich vor allem im Städtebauförderungsprogramm „Die Soziale Stadt“. Dabei werden das Quartier und seine BewohnerInnen zur politischen Handlungsebene. In den folgenden beiden Kapiteln wird zunächst das Programm in seinen Grundzügen vorgestellt. Darüber hinaus wird das Raumverständnis im Programm „Soziale Stadt“ genauer betrachtet. Da es sich bei der „Sozialen Stadt“ nicht um ein klassisches baulich-investives Programm der Städtebauförderung handelt, findet sich hier auch ein anderer räumlicher Ansatz. Nicht allein das Quartier als geographischer Raum ist Gegenstand der Intervention sondern auch der Sozialraum, verstanden als die sozialen Netzwerke und Verflechtungen der BewohnerInnen und Akteure. Damit löst sich die Stadtplanung zum Teil von ihrem klassischen Raumbegriff: einem Container-Raum mit klaren geographischen Grenzen und öffnet sich mit dem Quartiersansatz auch gegenüber sozialwissenschaftlich geprägten Raumbegriffen. Da die Unterscheidung zwischen räumlicher und sozialer Nähe einen wichtigen Aspekt bei der Analyse der Studien zur Wirkung von Quartierseffekten darstellt, soll den unterschiedlichen zugrundeliegenden Raumkonzepten in diesem Teil ein eigenes Kapitel gewidmet werden. Darin wird auch auf die Konzeption des Raumes im Programm „Soziale Stadt“ wird folgend im Kapitel genauer eingegangen.

3. Die politische Reaktion auf sozialräumliche Segregation: Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“

Die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ schließt an eine jahrzehntelange Tradition der Stadterneuerung in (West-) Deutschland an. Nachdem mit dem Ende des zweiten Weltkrieges zunächst die generelle Wohnraumversorgung der Bevölkerung im Fokus der Stadtplanung stand, rückte zum Ende der 1960er Jahre verstärkt die Behebung von funktionellen und baulichen Mängeln im Bestand in das Blickfeld der kommunalen Politik und Planung. Dazu wurde 1971 das Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) als Grundlage einer baulich-investiven Stadterneuerung verabschiedet. Damit fand ein Wandel der Städtebaupolitik von der räumlichen Extensivierung durch Neubau zur Stadterneuerung im Bestand statt. Im Spannungsfeld der zum Teil sehr radikalen Sanierungs-, Umbau- und Abrissmaßnahmen bot das Städtebauförderungsgesetz für die BewohnerInnen der betroffenen Quartiere eine Schutzfunktion gegenüber den planerischen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Die Forderung nach einem Sozialplan für die betroffenen Gebiete stellte einen ersten wichtigen Schritt in Richtung einer sozial orientierten Stadterneuerungspolitik dar, war aber noch weit davon entfernt, die soziale Komponente im Planungsprozess als eigenständige Handlungsebene zu begreifen. Im Wesentlichen handelte es sich zunächst um einen Wandel des Aufgabenverständnisses der Planung von einer baulich-technischen Sanierung, die mit großflächigen Abrissen einherging, zu einer behutsamen Stadterneuerung, die den Anspruch hatte, sozialverträglich gestaltet zu sein (vgl. Göttsche-Stellmann/Kocks 2007: 391; Walther 2002: 26; Güntner 2006: 73ff.; IfS 2004: 21).

Nach einer vorübergehenden Ausklammerung aus dem Baugesetz ab 1987 wurde die Städtebauförderung 1997 im Rahmen des besonderen Städtebaurechts wieder dort verankert. Programmatisch wurde sie kontinuierlich ausgeweitet, wobei die städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen stets den Großteil der Förderung ausmachten. Neben einem Sofortprogramm für die neuen Länder nach der Wiedervereinigung (1990) wurde sie auch um die Programme „Städtebaulicher Denkmalschutz“ (1991), „Stadtumbau Ost“ (2002) und „Stadtumbau West“ (2004) erweitert. Mit der Einführung des Programms „Soziale Stadt“ im Jahr 1999 wurde die Städtebauförderung um eine soziale Komponente erweitert. Damit wurde der Mitteleinsatz über den Einsatzbereich für baulich-investive Maßnahmen hinaus ermöglicht (vgl. Güntner 2006: 73ff.; Göttsche-Stellmann/Kocks 2007: 391).

Mit dieser neuartigen Verknüpfung von Stadtentwicklungspolitik und Stadterneuerung fällt das Programm „Soziale Stadt“ aus dem Rahmen der klassischen Städtebauförderung heraus, da es auf komplexe und unterschiedliche Problemlagen in den einzelnen Quartieren reagiert. Dafür wird die investive und baulich orientierte Herangehensweise, wie sie im Rahmen der Städtebauförderung vorherrscht, als eher ungeeignet empfunden. Vielmehr wird hier ein sozialräumlich orientierter, integrierter Ansatz gewählt (vgl. Walther 2002: 23ff.; Göttsche-Stellmann/Kocks 2007: 392). In der Zwischenevaluation des Programms aus dem Jahr 2004 heißt es dazu: „Das Programm Soziale Stadt stellt zwar insofern keinen vollkommen neuen Ansatz in der bundesdeutschen Städtebauförderung dar, als einerseits während der ersten 40 Jahre Stadterneuerung ein stetiger, wenn auch zunächst nur langsamer Bedeutungszuwachs die investiven Maßnahmen ergänzender Strategien in der Stadterneuerung zu verzeichnen war. Andererseits hatten sich der Stadtteilbezug und wesentliche Instrumente wie die Einbeziehung externer Akteure, Mittelbündelung und Bürgerbeteiligung bereits während der 70er- und 80er- Jahre in der Praxis herausgebildet. Jedoch ist insofern von einem Paradigmenwechsel zu sprechen, als mit dem neuen Programm die Verbesserung der Situation in den Quartieren in allen ihren Dimensionen gleichzeitig zum Gegenstand von Stadtpolitik werden soll.“ (IfS 2004: 25).

Im Bundeshaushalt für das Jahr 2011 wurden von der schwarz-gelben Regierung drastische Kürzungen der Städtebauförderung vorgenommen. Während im Jahr 2010 noch 534,5 Mio. Euro, davon 94,9 Mio. Euro für das Programm „Soziale Stadt“ bereitgestellt wurden, hat sich die Gesamtsumme in 2011 auf 455 Mio. Euro reduziert. Davon bekommt die „Soziale Stadt“ lediglich 28,5 Mio. Euro, was eine Kürzung um fast 70 % der Mittel im Programm darstellt. (vgl. VV Städtebauförderung 2010 und 2011) Die Kürzungen der Städtebauförderung fielen insgesamt zwar niedriger aus als befürchtet, treffen aber das Programm „Soziale Stadt“ besonders hart. Damit wird ein Paradigmenwechsel in der Städtebauförderung besiegelt, die ihr Aufgabenfeld verstärkt im baulichen und weniger im sozialen Bereich verortet.

3.1. Vorläufermodelle des Programms „Soziale Stadt“

Das Programm „Soziale Stadt“ konnte neben Erfahrungen aus unterschiedlichen europäischen Staaten auch auf unterschiedliche Vorläuferprogramme in einigen deutschen Bundesländern aufbauen. Im europäischen Ausland gab es zahlreiche Initiativen und Programme, die in die Konzeptionierung des Programms „Soziale Stadt“ mit einfließen. Die wichtigsten Einflüsse kamen dabei aus Großbritannien (New Deal for Communities/ Neighbourhood Renewal Fund), Frankreich (Contrat de Ville), den Niederlanden (Grootstededenbeleid) und Dänemark (Kvarterløft). Daneben wirkten sich auch die Initiativen der Europäischen Kommission (vor allem die Gemeinschaftsinitiative URBAN) auf die Konzeptionierung des deutschen Programms zur sozialen Stadtpolitik aus (vgl. Walther/Güntner 2007: 351; Franke 2008: 128). Im deutschen Kontext hatten die Programme „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ in Nordrhein-Westfalen und „Soziale Stadtentwicklung“ in Hamburg einen besonderen Einfluss.

In Nordrhein-Westfalen wurde im Jahr 1993 auf Initiative der Staatskanzlei, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Innenministeriums und des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ eingeführt. Dieses Programm beinhaltete schon wesentliche Elemente, die auch bei dem Programm „Soziale Stadt“ eine entscheidende Rolle spielen: Das Land und die Kommunen stellten Anschubfinanzierungen für Projekte in sozial benachteiligten Quartieren bereit. In Ergänzung dazu sollten jedoch auch sonstige zur Verfügung stehende Förderinstrumente zum einen flexibilisiert und zum anderen gebündelt werden. Das Ziel war der Aufbau von selbsttragenden Strukturen in den Stadtteilen. Organisatorisch wurde dies hauptsächlich durch eine interministerielle Koordinationsstelle und (die erstmals in der deutschen Stadtplanung eingesetzten) Stadtteilmanagements gesteuert. Das Programm hatte einen integrativen und ressortübergreifenden Ansatz. Auch die inhaltlichen Handlungsfelder weisen viele Überschneidungen mit denen von „Soziale Stadt“ auf. Neben investiven Maßnahmen der Stadterneuerung standen vor allem die Handlungsfelder Beteiligung, Integration, Kinder und Jugendliche, Umwelt, soziale Infrastruktur und Wirtschaftsförderung im Fokus des Programms (vgl. Krummacher et al. 2003: 59ff.; IfS 2004: 23).

Ein gleichermaßen integrierter Ansatz wurde auch in Hamburg verfolgt. Dort wurde 1998 vor dem Hintergrund einer zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung im Rahmen des Armutsbekämpfungsprogramms das Programm „Soziale Stadtentwicklung“ aufgelegt. Auch hier ging es darum, mithilfe von Mittelbündelungen eine nachhaltige und selbsttragende Entwicklung des Quartiers auf der Basis von endogenen Potentialen anzustoßen. Auch hier wurden dafür vor Ort Quartiersmanagements eingerichtet. Hamburg erfasste jedoch, stärker als das Programm in Nordrhein-Westfalen, Armut und Arbeitslosigkeit als Ursache der Benachteiligung. Dementsprechend stellten auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Erhalt preiswerten Wohnraums neben der Aktivierung und der Entwicklung selbsttragender Strukturen im Quartier zentrale Ziele dar. Eine weitere Besonderheit des Hamburger Programms waren die Verfügungsfonds, mit denen

den beteiligten Bürgern ein finanzieller Entscheidungsrahmen gegeben wurde (vgl. Krummacher et al. 2003: 65ff.; IfS 2004: 23).

Auch in Hessen wurden seit 1997 unterschiedliche Modellprojekte mit einem integrierten Ansatz gefördert, die sowohl städtebauliche als auch soziale, kulturelle und wirtschaftliche Ziele im Quartier verfolgten. Berlin orientierte sich mit dem Programm „Sozialorientierte Stadtentwicklung – Quartiersmanagement“ an den Programmen in Nordrhein-Westfalen und im europäischen Ausland. Hier wurde ebenfalls das Ziel einer ressortübergreifenden Kooperation und Integration verfolgt. Weitere Initiativen gab es in Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein (vgl. IfS 2004: 23f.).

3.2. Entwicklungsstufen des Programms

Die Entwicklung des Programms „Soziale Stadt“ lässt sich in vier Stufen einteilen (vgl. Güntner 2006: 96): Auf die Forderung einer Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ (1995 bis 1998) durch die ARGEBAU (Arbeitsgemeinschaft des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens des vereinigten Wirtschaftsgebietes, seit 1999: Bauministerkonferenz) folgte die Formulierung des Programms „Soziale Stadt“ durch die Bundesregierung (1998/99). Als dritte Entwicklung nennt Güntner die Programmumsetzung und -begleitung während der ersten Jahre und zuletzt die Phase der Versteigerung des Programms.

Die ARGEBAU forderte, als Sprachrohr der Länder, schon früh eine Gemeinschaftsinitiative des Bundes und der Länder für benachteiligte Quartiere. Sie konnten dafür auf die Erfahrungen der schon bestehenden Initiativen in Nordrhein-Westfalen und Hamburg sowie in verschiedenen europäischen Staaten zurückgreifen. Ihnen ging es vorrangig auch um die Abstimmung unterschiedlicher Förderprogramme auf Quartiersebene. Der Vorschlag der ARGEBAU richtete den Blick der Stadtpolitik auf die Quartiersebene. Der Sozialraum sollte als Aktionsfeld somit eine Stärkung gegenüber der kommunalen Sozialpolitik erfahren (vgl. Güntner 2006: 97ff.). Im Jahr 1996 beschloss die ARGEBAU die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ und bat den Bund und die Länder, im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (EXWOST) Beispielprojekte zu fördern. Ziel der Gemeinschaftsinitiative war die nachhaltige Entwicklung von Quartieren mit besonderen sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen (Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ vom 02.04.1998). Mit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 nahm die Koalition aus SPD und Die Grünen die Forderung der ARGEBAU nach einer Gemeinschaftsinitiative in den Koalitionsvertrag auf. Daraufhin wurde die Städtebauförderung um das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ erweitert. Mit der Verwaltungsvereinbarung (VV Städtebauförderung) vom 17.09.1999 trat dieses Programm in Kraft (vgl. Güntner 2006: 110ff.). In der Vereinbarung heißt es zur Begründung des Programms: „In immer mehr Stadtteilen verschärfen sich soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Probleme. Es sind Stadtteile, die infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits abzurutschen.“⁴ (VV Städtebauförderung 1999).

4 Und weiter: „Es handelt sich dabei meist um hochverdichtete, einwohnerstarke Stadtteile in städtischen Räumen, die im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den baulichen Bestand, das Arbeitsplatzangebot, das Ausbildungsniveau, die Ausstattung mit sozialer und stadtteilkultureller Infrastruktur, sowie die Qualität der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Umwelt erhebliche Defizite aufweisen. Hinzu kommen auch Gebiete in Gemeinden, die z.B. aufgrund ihrer peripheren Lage und – zum Teil hierdurch bedingt – durch ihre Einwohnerstruktur ganz ähnliche Defizite aufweisen. Bund und Länder stimmen deshalb unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der ARGEBAU Ministerkonferenz vom 29. November 1996 und 25. Juni 1998 zur Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘ darin überein, daß die Städtebauförderung als Investitions- und Leitprogramm für die städtebauliche Gesamtmaßnahme durch ein Bund-Länder-Programm ‚Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt‘ ergänzt und mit anderen stadtentwicklungspolitisch relevanten Politikfeldern zu einem neuen integrativen Ansatz verknüpft wird. Ziel eines Programms mit einem umfassenden Förderungsansatz ist es, investive und nichtinvestive Maßnahmen mit dem Schwerpunkt der städtebaulichen Erneuerung ‚aus einer Hand‘ zu kombinieren und zu integrieren.“ (VV Städtebauförderung 1999)

Das Programm „Soziale Stadt“ startete im Jahr 1999 mit insgesamt 164 Gebieten in 125 Gemeinden. Die Fördermittel pro Gebiet lagen für den ersten Förderzeitraum bei etwa 1 Million Euro (vgl. IfS 2004: 29). Zu Beginn des Programms lag der Großteil der Maßnahmen vor allem im städtebaulichen Bereich. Dies steht im Zusammenhang mit einer Unsicherheit hinsichtlich des integrierten Ansatzes des Programms und den Erfahrungen aus einer bis dato rein baulich-investiven Ausrichtung der Städtebauförderung. Daneben gab es aber auch schon eine nennenswerte Anzahl von Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenlebens. Desweiteren zeigte sich eine Unsicherheit beim Instrument des Quartiersmanagements, welches einerseits in der Tradition der behutsamen Stadterneuerung stand, andererseits aber auch eine neue Form der Gemeinwesenarbeit verkörpern sollte (vgl. Güntner 2006: 114f.).

„Soziale Stadt“ war von Beginn an als ein lernendes Programm konzipiert. Dieser Charakter wurde durch einen ständigen Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zwischen den Beteiligten, Best-Practice-Analysen, einer Programmbegleitung vor Ort in ausgewählten Quartieren und regelmäßige Evaluationen des Programms unterstützt. Diese umfassende Programmbegleitung wurde im Wesentlichen vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIfU) durchgeführt (vgl. Güntner 2006: 116). Nach den Erfahrungen der ersten Jahre wurde schnell deutlich, dass für ein integriertes Programm die vorrangig investiven Maßnahmen verstärkt mit nicht-investiven Maßnahmen gekoppelt und dafür die Mittel des Programms „Sozialen Stadt“ stärker mit Fördermitteln aus anderen Ressorts, wie zum Beispiel Gesundheit, Soziales, Jugendarbeit, Bildung, Wirtschaft, etc., zusammengeführt werden müssen (vgl. Göddecke-Stellmann/Kocks 2007: 393f.). Dies zeigte auch die erste Zwischenevaluation aus dem Jahr 2004: Besonders für die bauliche und städtebauliche Situation in den Quartieren konnten positive Wirkungen festgestellt werden, während bei einer Orientierung an typischen Auswahlkriterien, wie Armut und Arbeitslosigkeit, kaum eine Wirkung des Programms festgestellt werden konnte (vgl. Güntner 2006: 120f.).

Seit 2004 haben sich viele Ansätze des Programms zunehmend verstetigt. Mit der Verankerung der als eigenständiger Teil der Städtebauförderung im Baugesetzbuch (BauGB) im Jahr 2004 wurde das „Soziale Stadt“ auch rechtlich auf eine neue Stufe gestellt. Der integrierte Ansatz des Programms setzt sich immer stärker durch und es kommt zunehmend zu den angestrebten Mittelbündelungen. Auch die Zahl der Programmgebiete erweitert sich ständig: Im Jahr 2008 gab es insgesamt 498 Programmgebiete in 318 Kommunen (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008: 8). In den Maßnahmenbereichen zeigt sich der integrative Charakter in einer verstärkten Hinwendung zu den Themen Schule und Bildung sowie Integration von MigrantInnen. Auch die Beteiligung der BewohnerInnen und die Stärkung der Eigeninitiative rücken stärker in den Mittelpunkt. Defizite gibt es allerdings noch bei der Verstetigung in den Programmgebieten selbst. Die Sicherung von zentralen Projekten und der Aufbau von selbsttragenden Strukturen, die auch ohne die Förderkulisse der „Sozialen Stadt“ weiter bestehen bleiben, ist insgesamt noch wenig vorangetrieben worden (vgl. Göddecke-Stellmann/Kocks 2007: 398f.; IfS 2004: 24).

Mit den drastischen Kürzungen im Programm im Rahmen des Bundeshaushalts 2011 ist die Zukunft der „Sozialen Stadt“ ungewiss geworden. Es wird insbesondere befürchtet, dass die jahrelangen Bemühungen um soziale Integration und bürgerschaftliches Engagement durch die fehlenden Mittel im Sande verlaufen und viele Projekte vor dem Aus stehen. Damit wäre weder der Stadtentwicklung noch dem sozialpolitischen Ansatz geholfen.

3.3. Inhaltliche Grundlage

Die sozial gemischte europäische Stadt dient als Leitbild für das Programm „Soziale Stadt“ (vgl. Güntner 2006: 85ff.; Walther 2002: 24). Diese Mischung wird durch eine zunehmende Polarisie-

nung und sozialräumliche Spaltung der Städte als bedroht angesehen (vgl. Kapitel 2), woraus sich wiederum der Ansatz für das Programm „Soziale Stadt“ ergibt. Dabei wird auf eine Annahme zurückgegriffen, die zentral für diese Arbeit ist: die Hypothese der Quartierseffekte. In der Zwischenevaluation zum Programm aus dem Jahr 2004 wird diese Annahme folgendermaßen beschrieben: „Bei der Problemdefinition der ‚Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf‘ geht es um die Frage der sozialräumlichen Segregation. [...] Sie wird üblicherweise als unproblematisch angesehen, solange sie keine krassen Formen annimmt (‚Polarisierung‘), und solange daraus keine negativen Wirkungen auf die Lebenschancen der Bewohner entstehen. Die Annahme, dass dies heute der Fall sei, liegt der Begründung für die Einrichtung des Programms Soziale Stadt zugrunde.“ (IfS 2004: 35). Diese Hypothese der Quartierseffekte wurde in der Figur der „sozialen Missstände“ auch in der Verwaltungsvereinbarung und dem Baugesetzbuch festgeschrieben, wobei eine empirische Stützung der Hypothese dabei weitgehend fehlt: „Trotz des empirisch unklaren – und nur von sehr wenigen Studien gezeichneten – Bildes hat sich die (Hypo-) These der Quartierseffekte als politikbegründendes Konzept (die sog. Kontexttheorie) der sozialen Stadtpolitik durchgesetzt.“ (Güntner 2006: 89). Als adäquater Lösungsansatz wird eine soziale Mischung in den Quartieren favorisiert: „Um die Kontexteffekte zu verringern oder zu neutralisieren, ist die Bekämpfung der sozialen Segregation das richtige Mittel. Eine ‚soziale Mischung‘ würde die Zusatzbenachteiligung beseitigen, die durch ein homogenes Milieu der Benachteiligung entsteht. Damit wären zwar noch nicht die individuellen sozialen Probleme beseitigt, aber doch ihre Überhöhung und Verfestigung durch Kontexteffekte.“ (IfS 2004: 42).

Die inhaltliche Begründung für das Programm lautet: „Die Initiative soll den Rahmen bilden für eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte Strategie gegen die soziale Polarisierung in den Städten. [...] Die Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘ gilt Stadt- und Ortsteilen, die infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits abzurutschen.“ (Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, Stand: 29.08.2005: 2)⁵ Auch in Literatur und Statements zum Programm „Soziale Stadt“ findet sich fast durchgehend ein Verweis auf die sozialräumliche Spaltung der Städte und die damit einhergehende „Abwärtsspirale“ in den benachteiligten Stadtquartieren (vgl. u.a. Götdecke-Stellmann/Kocks 2007: 401; Franke 2008: 128; Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 253; Wagner 2000: 12; Becker 2003: 5). Das Programm soll diese „Abwärtsspiralen“ in „sozialen Brennpunkten“ stoppen und zu einer Revitalisierung dieser Quartiere beitragen: „Bei den ‚benachteiligten Quartieren‘, die die Zielgebiete des Programms Soziale Stadt sind, sind nicht (mehr) in jedem Fall bauliche Probleme der Ausgangspunkt für die ‚problematische Entwicklung‘, vielmehr besteht das Problem in einer verhängnisvollen Verschränkung von sozialen, baulichen und räumlichen Entwicklungen, die eine ‚Abwärtsspirale‘ bewirken [...]. Das Ergebnis der ‚Abwärtsspirale‘ sind ‚Quartierseffekte‘, die die Lebenschancen der Bewohner beeinträchtigen und in der Folge auch ein Problem für die Stadtentwicklung insgesamt hervorbringen.“ (IfS 2004: 38). Diese Deutung der Stadtentwicklungsprozesse wurde durch das Programm aufgegriffen und gilt als dessen argumentative Basis. Damit wird auf eine Diskussion Bezug genommen, die seit dem Ende der 1980er Jahre in Deutschland eine Krise der sozialen Stadt durch zunehmende sozialräumliche Spaltung prognostiziert und feststellt (vgl. Kapitel 3) (vgl. Walther 2002: 29; Güntner 2006: 88f., 92ff.).

Die Diskussion um die sozialräumliche Spaltung der Städte ging eng einher mit einem wandelnden Staatsverständnis. Der umfassend fürsorgende Sozialstaat stieß in den 1990er Jahren zunehmend an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit und wurde durch ein neues Staatsverständnis

⁵ Ähnlich auch im BauGB § 171e (2): „Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebiets, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht. Soziale Missstände liegen insbesondere vor, wenn ein Gebiet aufgrund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt ist. Ein besonderer Entwicklungsbedarf liegt insbesondere vor, wenn es sich um benachteiligte innerstädtische oder innenstadtnah gelegene Gebiete oder verdichtete Wohn- und Mischgebiete handelt, in denen es einer aufeinander abgestimmten Bündelung von investiven und sonstigen Maßnahmen bedarf. (BauGB, 37. Auflage, 2005)

nis abgelöst, was unter dem Begriff aktivierender Staat seit dem Regierungswechsel 1998 mit der Agenda 2010 in Deutschland politisch implementiert wurde. Ein Rückbau des umfassenden Sozialstaates gilt seitdem sowohl ökonomisch als auch moralisch als notwendig (vgl. Lessenich 2003: 86). Unter dem Leitbild „Fördern und Fordern“ setzt der aktivierende Staat auf eine weitgehende Verantwortungsteilung und –übertragung: „In einer allgemeinen Formel bedeutet ‚Aktivierender Staat‘ eine neu gelebte Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft zur Realisierung gemeinsamer Ziele in Hinblick auf Fortschritt und Solidarität. Dabei geht es um Kooperation und Koproduktion staatlicher, halbstaatlicher und privater Akteure in der Verfolgung des öffentlichen Interesses.“ (Blanke 2001: 8). In diesem Rahmen steht auch der Ansatz des Programms „Soziale Stadt“ zur Aktivierung, Beteiligung und Kooperation in lokalen Partnerschaften und Schaffung von zivilgesellschaftlichen Strukturen (vgl. Güntner 2006: 71f.; Becker 2003: 5).

3.4. Inhaltliche Ausgestaltung

Die erklärten Ziele des Programms „Soziale Stadt“ sind neben einer Verbesserung der physischen Wohn- und Lebensbedingungen vor allem sozialer Art: Im Allgemeinen wird auf eine Verbesserung der Lebenschancen der BewohnerInnen abgezielt, einhergehend mit der Schaffung stabiler Sozialstrukturen. Zunehmend gewinnen Integration und Förderung des Zusammenlebens im Quartier, Verbesserung des Bildungsangebots und Gesundheitsförderung als inhaltliche Handlungsfelder an Bedeutung (vgl. ARGEBAU-Leitfaden 2005: 4). Die Ziele sollen durch Interventionen in unterschiedlichen Handlungsfeldern erreicht werden, die durch die förderfähigen Maßnahmengruppen der VV Städtebauförderung festgelegt werden. Zu den Handlungsfeldern gehören die Verbesserung der Wohnverhältnisse, die Einleitung neuer wirtschaftlicher Tätigkeiten, die Schaffung und Sicherung der Beschäftigung auf lokaler Ebene, die Verbesserung der sozialen Infrastruktur, eine Verbesserung des Angebots an bedarfsgerechten Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, die Integration von MigrantInnen, Maßnahmen für eine sichere Stadt, zur Umweltentlastung und im öffentlichen Personennahverkehr sowie Maßnahmen im Bereich der Wohnumfeldverbesserung, der Stadtteilkultur und der Freizeit (vgl. VV Städtebauförderung 2008: 15).

Obwohl das Programm „Soziale Stadt“ einen sehr umfassenden Ansatz zur Bearbeitung von sozialen Missständen hat, kann es jedoch keine ursächliche Problemlösung herbeiführen. Die Ursachen, die der Marginalisierung und Benachteiligung der Quartiere und der darin lebenden Bevölkerung zugrunde liegen, werden vor allem auf nationaler und globaler Ebene verortet und liegen damit außerhalb des Einflussbereiches des Programms (vgl. Alisch 1999: 23). Die ursächliche Lösung von individuellen Problemen wie Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfeabhängigkeit zählt jedoch auch nicht zu den erklärten Zielen des Programms. Der Fokus liegt vielmehr auf einer Bekämpfung der Verfestigung und Verstärkung dieser Probleme durch Quartierseffekte. (vgl. IfS 2005: 37; Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008: 8)

3.5. Strategische Ansätze und organisatorische Ausgestaltung

Das Programm „Soziale Stadt“ ist eine Gemeinschaftsinitiative von Bund und Ländern im Rahmen der Städtebauförderung. Die finanzielle Grundlage des Programms ist eine jährlich zu schließende Verwaltungsvereinbarung (VV) zwischen Bund und Ländern. Dort wird jedoch kaum auf die inhaltliche Ausgestaltung des Programms Bezug genommen, diese ist im Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ (ARGEBAU-Leitfäden) geregelt (vgl. Walther 2002: 31ff.; IfS 2004: 25ff.). Die Basis für die Programmfinanzierung bietet der Artikel 104b des

Grundgesetzes über die Zuweisung von Finanzmitteln des Bundes an die Länder. Das Programm „Soziale Stadt“ ist als Leitprogramm angelegt, wobei die zur Städtebauförderung gewünschten ergänzenden sozialen Maßnahmen aus anderen Ressorts und Fördertöpfen finanziert werden sollen (vgl. Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 254). Die Finanzierung des Programms „Soziale Stadt“ verteilt sich zu einem Drittel auf den Bund und zu zwei Dritteln auf die Länder und die Kommunen. Die Bundesfinanzhilfen werden nach einem Verteilungsschlüssel auf die Länder verteilt, der auf der Zahl der Bevölkerung und Wohnungen sowie einem Sozial- und Integrationsfaktor basiert. Seit dem Programmstart 1999 bis zum Jahr 2007 wurden für das Programm „Soziale Stadt“ mehr als zwei Milliarden Euro durch Bund, Länder und Kommunen aufgebracht (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008: 11f.). Zusätzlich zu der Finanzierung durch Bund, Länder und Kommunen im Rahmen von „Soziale Stadt“ sollen weitere finanzielle Ressourcen genutzt werden. Dazu findet mittlerweile eine weitreichende Bündelung von Mitteln aus unterschiedlichen Programmen statt; vor allem aus der Wohnraumförderung, der Gemeindeverkehrsfinanzierung und aus den Programmen „Städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen“, „Stadtumbau Ost und West“, „Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier“ (BIWAQ), „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) sowie „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C). Zusätzlich können im Rahmen von Modellvorhaben Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ bereitgestellt werden. Auch die EU bietet im Rahmen der EU-Stadtpolitik Ergänzungsförderungen zum Programm „Soziale Stadt“ aus dem Europäischen Strukturfond (ESF), dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Kohäsionsfond (vgl. Gödecke-Stellmann/Kocks 2007: 394; Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008: 13f.). Durch diese Mittelbündelung werden der ressortübergreifende Charakter des Programms und die Rolle der „Sozialen Stadt“ als Leitprogramm für eine umfassende Quartierspolitik immer stärker gefestigt.

Das Programm zielt konkret auf sozial benachteiligte Stadtteile ab. Im Paragraph 171e des Baugesetzbuches ist geregelt, dass sich die Maßnahmen des Programms „Soziale Stadt“ auf diejenigen Quartiere beziehen sollen, in denen ein „besonderer Entwicklungsbedarf“ (§171e BauGB) besteht. Für diese Quartiere gilt dann ein zeitlich befristetes Sonderrecht. Die Gebietsauswahl erfolgt durch die Kommunen und im Wesentlichen auf Grundlage von sozialen Indikatoren, wie dem Arbeitslosenanteil und dem Anteil an SozialhilfeempfängerInnen und MigrantInnen. Dazu kommen Missstände hinsichtlich der städtebaulichen Struktur und der infrastrukturellen Ausstattung, Probleme im Bereich der lokalen Ökonomie, nachbarschaftliche Probleme und ein negatives Image. Entscheidend ist, dass ein Quartier eine statistische Abweichung vom gesamtstädtischen Durchschnitt aufweist, um somit den besonderen Entwicklungsbedarf begründen zu können (vgl. Walther/Güntner 2007: 353; Franke 2008: 128). Für die Gebiete müssen die Kommunen integrierte Entwicklungskonzepte erstellen, in denen die Probleme und Potentiale der Stadtteile dargestellt werden, die Ziele, Maßnahmen und Projekte zur Problemlösung und die dafür notwendigen Organisationsstrukturen und Verfahren vorgestellt werden (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008: 15). Das Quartier dient als Bezugsrahmen für das Programm „Soziale Stadt“ und soll dies durch den ressortübergreifenden Ansatz auch für andere Fachpolitiken werden.

„Soziale Stadt“ erprobt darüber hinaus neue Governance-Strukturen. Im Zuge einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft werden auch neue Formen des Verwaltungshandelns angestrebt, die sich im Programm „Soziale Stadt“ wiederfinden und stark an Vernetzung, Management und ebenen- und ressortübergreifender Kooperation orientiert sind. Zudem wird das Spektrum der Akteure über den institutionellen Bereich hinaus erweitert, indem auch verwaltungsexterne und zivilgesellschaftliche Akteure in die Ausgestaltung des Programms einbezogen werden (vgl. Franke 2008: 129; Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008: 19f.). In diesem Kontext steht auch der Fokus des Programms auf Aktivierung und Beteiligung; Beteiligung ist hier nicht mehr als Schutz vor Maßnahmen gedacht sondern vielmehr als Aktivierung für Projekte. Sie dient dem Empowerment und soll die endogenen Potentiale des Quartiers nutzbar machen und stärken (vgl. Walther 2005: 115; Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008: 21). Ein strategischer

Ansatz dafür ist das Quartiersmanagement, was sich mittlerweile in fast allen Programmgebieten durchgesetzt hat. Es soll einerseits die Kooperation und Vernetzung unterschiedlicher Akteure im Quartier und auf kommunaler Ebene unterstützen, andererseits den Aufbau von selbsttragenden nachhaltigen Strukturen im Quartier ermöglichen (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008: 23). Bei all dem ist „Soziale Stadt“ als ein lernendes Programm angelegt. Dies wurde von Anfang an durch Programmbegleitungen, Erfahrungsaustausche, Informationsveranstaltungen und Evaluationen gestützt und durch die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2005 erneut bestätigt (Güntner 2006: 116, 123ff.). Monitoring und Evaluation finden dabei sowohl auf der Ebene des Gesamtprogramms als auch auf der Ebene der Programmgebiete und der Kommunen statt (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008: 27). Somit ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Anpassung des Programms gewährleistet.

Zusammenfassend ist das Programm „Soziale Stadt“ im Wesentlichen durch folgende strategische Ansätze gekennzeichnet: eine Mittelbündelung vor Ort, einen ressortübergreifenden Ansatz, einen Quartiersfokus, die Erprobung neuer Governance-Formen, die integrierten Handlungskonzepte, den Fokus auf Aktivierung und Beteiligung und den Ansatz als lernendes Programm.

3.6. Evaluation und Kritik

Das Programm „Soziale Stadt“ steht in verschiedener Hinsicht und auf unterschiedlichen Ebenen in der Kritik. Zum einen gibt es kritische Stimmen hinsichtlich des Ansatzes der sozialen Stadtpolitik und zum anderen wird die Programmgestaltung und -umsetzung kritisiert. Kritik ist für die Weiterentwicklung von „Sozialen Stadt“ auch innerhalb des Programmes strukturell vorgesehen – einerseits durch wissenschaftliche Begleitforschung und andererseits durch Monitoring und Evaluation. Die Erfolgsbeurteilung des Programms „Soziale Stadt“ steht jedoch immer auch vor der generellen Schwierigkeit einer Messbarkeit von Wirkungen.

Im Jahr 2003 fand nach vier Jahren Programmlaufzeit eine erste Zwischenevaluation statt (ausgeführt durch das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik unter Leitung von Hartmut Häußermann). Ein zentrales Ergebnis in dieser Evaluation war die Feststellung einer erhöhten Aufmerksamkeit und öffentlichen Wahrnehmung von Problemlagen in Städten und Quartieren. Dieser „Wahrnehmungseffekt“ sei umso erstaunlicher als das Programm einen vergleichsweise geringen Mittelumfang hat (vgl. IfS 2004: 177f.). Daneben waren die Erfolge der Programmumsetzung vor allem im instrumentell-strategischen Bereich zu finden. In Bezug auf die inhaltlichen Handlungsfelder wurde besonders die positive Wirkung des Programms auf die städtebauliche und bauliche Situation, die allgemeine Stimmungslage, die Qualität des Zusammenlebens und das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum betont. Kaum Einfluss hat „Soziale Stadt“ dagegen auf die wirtschaftliche Lage der Quartiere und der Einwohner. Als zentrale Empfehlung standen die Stärkung der Themenbereiche Bildung, Integration und lokale Ökonomie. (vgl. Güntner 2006: 120f.; Becker 2003: 8) Die Ergebnisse dieser Evaluation werden im Statusbericht zum Programm aus dem Jahr 2008 in weiten Teilen bestätigt⁶. (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008: 73; Gödecke-Stellmann/ Kocks 2008: 399)

⁶„Vor allem im baulich-städtebaulichen Bereich (Wohnumfeldgestaltung und Wohnungsqualität) und beim Angebot sozialkultureller Infrastruktur hat das Programm Soziale Stadt bisher positive Veränderungen erreicht. Auch die Qualität des Zusammenlebens konnte in vielen Gebieten – oftmals in Verbindung mit einem aufgewerteten Quartiersimage – verbessert werden. Erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten und wachsende Eigeninitiative von Bewohnerschaft und anderen zentralen Akteuren sind weitere Erfolge des Programms. Bei den Handlungsfeldern, die sich für die Programmumsetzung als zentral herausgestellt haben, zeigt sich jedoch ein differenzierteres Bild: Während für „Schule und Bildung“ sowie „Integration von Zuwanderern“ durchaus Fortschritte und Verbesserungen verzeichnet werden, klaffen im Handlungsfeld „Lokale Ökonomie“ Wunsch und Wirklichkeit nach wie vor weit auseinander. Auch im politisch-administrativen bzw. strategischen Bereich der Programmumsetzung kann eine Vielzahl positiver Programmwirkungen beobachtet werden. Hierzu zählen die Initiativfunktion des Programms für eine stärker

Misst man den Erfolg von „Soziale Stadt“ an den Indikatoren die zur Auswahl der Programmgebiete herangezogen werden und an der Verbesserung der allgemeinen Lebenslagen und –chancen der BewohnerInnen, zeigt sich eine weitgehende Wirkungslosigkeit des Programms. Möglicherweise verhilft das Programm einigen Bewohnergruppen hinsichtlich der Verbesserung ihrer individuellen Lage und ermöglicht somit Ausstiegchancen aus dem Quartier, eine Wirkung gegen die sozialräumliche Polarisierung der Stadt lässt sich jedoch kaum oder gar nicht feststellen (vgl. Güntner 2006: 120; Becker 2003:8; Böltken 2008: 675).

Diese Wirkungslosigkeit beruht zum Teil auf einem Widerspruch in der Programmkonstruktion. Das Programm ist „wenig geeignet, soziale Ziele, bzw. die im Gebiet Ansässigen direkt zu erreichen [...]. Denn Städtebauförderung ist vor allem Investition in Sachen [...] nicht jedoch in deren Personal. Das neue Programm soll hingegen direkt auf soziale Sachverhalte [...] einwirken. Dafür ist es jedoch gar nicht ausgestattet“ (Walther 2002: 36; vgl. auch Walther 2005: 29f.). Auch der Quartiersbezug von „Soziale Stadt“ steht in einem Gegensatz zu maßgeblichen Politikfeldern, wie zum Beispiel der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die einen starken Individuenbezug aufweisen. Indem das Quartier zum Handlungsraum bestimmt wird, nimmt das Programm eine konträre Position zur „herkömmlichen“ Politik ein. Dies führt zu einem verengten städtebaulichen Blick (vgl. Güntner 2006: 130).

Das Programm „Soziale Stadt“ hat sich zum Ziel gesetzt, die negativen Folgen einer sozialräumlichen Polarisierung in den Städten einzudämmen. Mit der Implementierung des Programms wurde gleichzeitig jedoch ein wichtiges Instrument der sozial-regulativen Stadtplanung weitestgehend aufgegeben: der soziale Wohnungsbau. In diesem Bereich wurden drastische Kürzungen vorgenommen, während „Soziale Stadt“ eine vergleichsweise geringe Mittelausstattung hat. Die Programmziele sollen nun mit anderen Mitteln und wesentlich beschränkteren Ressourcen umgesetzt werden (vgl. Walther 2002: 29f.; Güntner 2006: 91).

Das Programm „Soziale Stadt“ wird zum Teil auch als „soziales Feigenblatt der Stadtentwicklung“ (Walther 2002: 38) und symbolische Beruhigungspolitik vor dem Hintergrund einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung kritisiert. Es diene dazu, die Nebenfolgen einer unternehmerischen Stadtentwicklungspolitik lediglich zu mindern und bürde gerade den gesellschaftlichen Gruppen eine Verantwortungsübernahme und Selbstorganisation auf, die ohnehin benachteiligt und mit geringerem Sozialkapital ausgestattet sind. Angesichts der globalen und gesamtgesellschaftlichen Problemursachen sei das Quartier zudem die falsche Bearbeitungsebene (vgl. Zimmermann 2005: 72ff.; Alisch 1999: 22f.).

Kritikpunkte an der Ausgestaltung des Programms sind unter anderem die kurzen Vertragslaufzeiten für das Personal im Quartiersmanagement und eine damit einhergehende fehlende Planungssicherheit und die bisher weitgehend vernachlässigten Überlegungen zur Verstetigung durch eine Sicherung zentraler Projekte sowie den Erhalt tragfähiger Selbstorganisationskräfte (vgl. Becker 2003: 6; Göttsche-Stellmann/Kocks 2008: 399).

3.7. Zusammenfassung

Das Programm „Soziale Stadt“ basiert auf einer Problemdeutung, wonach die Städte einer zunehmenden sozialräumlichen Spaltung unterliegen und es in den sozial benachteiligten Quartie-

kooperativ agierende Verwaltung, Erfolge bei der Bündelung der Soziale-Stadt-Mittel mit solchen für nicht-bauliche Maßnahmen sowie Fortschritte bei der Vernetzung lokaler Akteure, Institutionen und Initiativen. Verbesserungswürdig erscheinen jedoch die Gebietsorientierung einiger Kommunalressorts sowie die Erreichbarkeit verschiedener Bevölkerungs- bzw. Akteursgruppen (z.B. Zuwanderer, Wirtschaftsakteure, Hauseigentümer).“ (Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008: 73)

ren zu einer „Abwärtsspirale“ durch die Wirkung von verstärkenden Quartierseffekten kommt. Das Quartier wird mit der Annahme, dass es eine eigenständige Wirkung auf die Lebenschancen der BewohnerInnen entfaltet, somit zur entscheidenden Handlungsebene erklärt. Diese Grundannahme ist in der politischen Konzeption und Begründung des Programms „Soziale Stadt“ bisher jedoch wenig empirisch gestützt. „Soziale Stadt“ reagiert auf die Hypothese der negativen Quartierseffekte durch eine ressortübergreifende Stadtpolitik mit Quartiersbezug, die einem ganzheitlichen, integrierten Entwicklungsansatz folgt. Kooperation, Aktivierung und Beteiligung sind dabei zentrale Elemente. Das Programm ist als Leitprogramm zur Ressourcenbündelung und für einen integrierten quartiersbezogenen Ansatz unterschiedlicher Politikfelder angelegt. Der Quartiersbezug der „Sozialen Stadt“ steht dabei im Gegensatz zu maßgeblichen Politikfeldern, wie zum Beispiel der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die einen starken Individuenbezug aufweisen.

4. Raumkonzepte in der sozialen Stadtpolitik

Raumplanung und Stadtsoziologie verbindet ein Raumbezug, der darüber hinausgeht, konkrete, statische Tatsachen an konkreten Orten zu verorten, wie es in Architektur und Städtebau der Fall ist. Vielmehr sehen sie den Raum als Bezugsebene auf der sich unterschiedlichste gesellschaftliche Prozesse abspielen und manifestieren. Immer geht es dabei um die Wechselwirkungen zwischen dem Raum (der Stadt, dem Quartier, der Region) und der Gesellschaft. Der Raum, auf den sich bezogen wird, ist jedoch trotz etlicher Versuche und Annäherungen bisher kaum umfassend und zufriedenstellend theoretisch beschrieben worden. Krämer-Badoni beschreibt diesen Zustand für die Stadtsoziologie wie folgt: „Paradoxerweise hat die Stadtsoziologie nie einen Raumbegriff benötigt. Genauer gesagt: der ihr implizite Raumbegriff ist immer der eines Raumes gewesen, innerhalb dessen sich bestimmte Prozesse abspielen, die ihrerseits zum Gegenstand der Analyse gemacht wurden. Sie hat ihren Gegenstand als einen sozialen begriffen, der in einer bestimmten räumlichen Begrenzung untersuchbar wurde. [...] Offen blieb immer, ob es sich bei dem Gegenstand der Stadtsoziologie um Gesellschaft handelt, die sich in Städten oder in anderen räumlichen Konstellationen konkretisiert, oder ob die Stadt einen eigenständigen Gegenstand bildet. Wie auch immer man aber diese Frage beantwortet – den Raum brauchte man dafür nicht. Er blieb ein Rahmen, etwas Äußeres.“ (Krämer-Badoni 2003: 277).

Dennoch beziehen sich die Stadtsoziologie und die Stadtplanung auf konkrete Stadträume. Dieser Bezug spiegelt sich nicht nur in der Theorie sondern auch in der politischen Praxis wider. Besonders die Sozialpolitik begreift den Raum in den letzten Jahren verstärkt als Handlungsebene. Durch den räumlichen Zuschnitt von politischer Intervention auf Quartiere und Stadtteile gewinnt der Raum eine steigende Bedeutung gegenüber dem Individuum. Allgemein treffen dabei zwei Raumkonzepte aufeinander, die im Folgenden grob unterschieden werden: Der Raum als physisch-geographische Gegebenheit – als Ort (*place*) – und der Raum als soziales Konstrukt (*space*)⁷. Der konkrete Ort (*place*) ist der Handlungsrahmen der sozialräumlichen Politik während der Sozialraum (*space*) in der Regel Adressat der inhaltlichen Ausgestaltung ist. Damit nähern sich Soziologie, Planung und Politik dem Raum zum einen von einer konkreten Ebene und zum anderen von einer abstrakten Ebene.

In den nächsten Abschnitten soll zuerst die Entwicklung des Raumbezugs in der Stadtplanung und Stadtsoziologie nachgezeichnet werden, ergänzt um einen Exkurs zu Raumkonzepten in Philosophie und Soziologie.

4.1. Stadt-Raum: Der Raumbezug in Stadtsoziologie und -planung

Die ersten sozialwissenschaftlichen Thematisierungen von Stadt werden in der Zeit der Industrialisierung und der damit einhergehenden Urbanisierung im 19. Jahrhundert verortet. In dieser Zeit setzte sich der Kapitalismus als Gesellschaftsform durch. Karl Marx und Friedrichs Engels, als die Theoretiker dieser Entwicklung, werden oft in Verbindung mit der Herausbildung einer Stadtsoziologie genannt, obwohl die Stadt für sie nicht der zentrale Untersuchungsgegenstand war. Für sie war die Stadt vielmehr der Ort, an dem sich die Entwicklung des Kapitalismus materialisierte und der Voraussetzung für die Bildung des Proletariats als politische Klasse war (vgl. Krämer-Badoni 1992: 5ff.). Die Stadt wurde also nicht in erster Linie als spezifischer Raum wahrgenommen, sondern als Bühne und Ausdruck von gesellschaftlicher Entwicklung.

⁷ Mit dieser Unterscheidung in *space* und *place* wird eine Anlehnung an Manuel Castells vorgenommen, der in seinen Forschungen zur Geographie von Netzwerken eine Einteilung von Räumen in „*space of flows*“ und „*space of places*“ vorgenommen hat (vgl. Castells 2001).

Mit der zunehmenden Manifestation gesellschaftlicher Prozesse in der Stadtstruktur (vor allem in Form von Arbeiterquartieren und bourgeois Wohnquartieren, Verelendung und Konsum, industriellen Arbeitsstätten und Finanzmärkten) wurde immer mehr der Ort dieser Manifestation, also die Stadt selbst, zum Rahmen und Gegenstand der Untersuchungen. Es kam damit bei der Thematisierung von Stadt zu einer Verschiebung des Fokus von der gesellschaftlichen Entwicklung hin zur Stadtentwicklung (vgl. ebd.: 3ff.).

Mit dieser Verschiebung geht einher, dass die Arbeiten von klassischen Vertretern der Soziologie, wie Max Weber, Georg Simmel und Ferdinand Tönnies, im Nachhinein als stadtsoziologische Arbeiten gedeutet wurden. Ähnlich wie bei Marx und Engels haben diese drei Soziologen die Stadt in ihren Arbeiten zwar thematisiert, sie blieb jedoch in erster Linie die räumliche Kulisse für gesellschaftliche Entwicklungen und wurde nicht als eigenständiges soziales Konstrukt wahrgenommen (vgl. als Überblick Krämer-Badoni 1992). Dennoch zeigt sich bei ihnen eine allmähliche Annäherung an den Gegenstand Stadt.

Weber, Simmel und Tönnies bewegten sich Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Spannungsfeld von Kapitalismus, Urbanisierung und Individualisierung. Weber konzentrierte sich auf die Suche nach den spezifischen Voraussetzungen der westeuropäischen Gesellschaft für die Durchsetzung des Kapitalismus. Die Stadt spielte für ihn dabei als Sitz einer besonderen rationalen Herrschaftsform eine Rolle (vgl. Weber 1983). Simmel betrachtete die Stadt ebenfalls als Ort von rationalen Beziehungen, die sich durch die Geldwirtschaft, die Arbeitsteilung und eine Verstandesherrschaft etablieren. Damit einher geht eine spezifisch urbane Lebensweise, die sich durch Blasiertheit, Reserviertheit, Distanz und Extravaganz auszeichnet (vgl. Simmel 1998). Die Stadt ist hier auch in erster Linie der Ort gesellschaftlicher Entwicklungen. Sie wird also nicht als räumliche Tatsache mit soziologischer Wirkung behandelt, sondern soziologische Tatsachen werden in ihrer räumlichen Formierung betrachtet (vgl. Frisby 1984 nach Krämer-Badoni 1992). Auch für Tönnies war die Stadt der Ort von gesellschaftlichen Prozessen: Er untersuchte die Prozesse der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung und setzte sie in Bezug zum Dorf und zur Stadt (vgl. Tönnies 1983). An diese Gegenüberstellung schloss sich eine Bewegung der allgemeinen Großstadtkritik an, die in der Stadtgesellschaft einen Verlust von Gemeinschaftsidealen befürchtete (vgl. Häußermann/Siebel 2004: 103ff.).

Den Wandel in der Thematisierung von Stadt brachte im Wesentlichen die Chicago School of Sociology zu Beginn des 20. Jahrhunderts. So schreibt Robert E. Park in seinem Essay „The City“, dass Untersuchungen über die Stadt notwendig sind, um ein Verständnis von gesellschaftlichen Prozessen zu entwickeln (vgl. Park 1964: 3). Unter dem Eindruck einer massiven Zuwanderung und des damit einhergehenden raschen Wachstums der Stadt Chicago kam es zu einer zunehmenden Thematisierung der Stadtentwicklung und der Stadt als Ort sozialer Prozesse. Die Chicago School nutzte einen sozialökologischen Ansatz um diese Prozesse zu verdeutlichen. Mit Hilfe biologischer Begrifflichkeiten wie Invasion, Selektion, Sukzession, Segregation und Assimilation beschrieben die Forscher so Stadtentwicklungsprozesse (vgl. Krämer-Badoni 1992: 17ff.). Die Stadt wurde dabei eine geographische, ökonomische und soziale (bzw. sozialökologische) Einheit dargestellt: „The city is not [...] merely a physical mechanism and an artificial construction. It is involved in the vital processes of the people who compose it: it is a product of nature, and particularly of human nature.” (Park 1994: 1). Die Chicago School betrachtete neben der Stadt als Gesamtgebilde vor allem die einzelnen Teilräume (natural areas) in der Stadt und ihre Beziehungen untereinander. In den einzelnen Teilgebieten der Stadt verorten sie wiederum Prozesse der Vergemeinschaftung, wie sie Tönnies als der Stadt fehlend beschrieben hat: “In the course of time every section and quarter of the city takes on something of the character and qualities of its inhabitants. Each separate part of the city is inevitably stained with the peculiar sentiments of its population. The effect of this is to convert what was at first a mere geographical expression into a neighborhood, that is to say, a locality with sentiments, traditions, and a history of its own. Within

this neighborhood the continuity of the historical processes is somehow maintained. The past imposed itself upon the present, and the life of every locality moves on with a certain momentum of its own, more or less independent of the larger circle of life and interests about it.” (Park 1994: 6).

Mit der zunehmenden Fokussierung auf die Nachbarschaft bekamen auch die Sozialbeziehungen der BewohnerInnen einen immer stärkeren Stellenwert in der Thematisierung des städtischen Raumes. Nachdem durch die Chicago School erstmals ein relativ enger Bezug zwischen der geographischen Nachbarschaft und der sozialen Nachbarschaft hergestellt wurde, setzte sich in der Stadtplanung und Stadtsoziologie während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer stärker ein Fokus auf die sozialen Aspekte von Nachbarschaft – die Netzwerke und Lebenswelten von Personen – durch. Dabei ist das Quartier zu einem zentralen Bezugspunkt der Stadtsoziologie und -planung geworden: einerseits als geographischer Raum in dem sich gesellschaftliche Prozesse manifestieren, andererseits als sozialer Raum, der durch Handlung, Kommunikation und Deutung konstruiert und bestimmt wird (vgl. Schnur 2008a).

Zusammenfassend lässt sich für die Thematisierung der Stadt in der Stadtsoziologie und Stadtplanung also feststellen, dass sie ausgehend von der Kulisse gesellschaftlicher Entwicklungen immer stärker als eine eigenständige Kategorie für diese Entwicklungen betrachtet wurde.

4.2. Theoretische Raumkonzepte

Für einen besseren Überblick über die Konzeptionierung von Raum im Spannungsfeld zwischen place und space werden die historischen und theoretischen Hintergründe von unterschiedlichen Raumkonzepten im Folgenden überblickartig vorgestellt. Diese Raumkonzepte sollen die Ausprägungen einer Diskussion in der Philosophie und Soziologie verdeutlichen.

Raum wurde von den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften in fast jeder ideengeschichtlichen Epoche in seiner Bedeutung für die Konstitution der Gesellschaft thematisiert. Nicht immer wurde ihm dabei die gleiche Bedeutung zugemessen. Während der Raum in der griechischen Philosophie vorrangig als mentale Kategorie verstanden wurde, war das Verständnis von Raum bei den Philosophen der Aufklärung (vor allem bei Kant) stark an geometrischen Kategorien orientiert (vgl. Shields 2006: 148). Diese beiden Pole lassen sich in der Diskussion um Raum bis heute finden: Auf der einen Seite steht ein relativistisches, subjektives Raumverständnis, welches den Raum als ein durch Kommunikation und Handeln bestimmtes, soziales Konstrukt begreift. Auf der anderen Seite findet sich ein absolutistischer, objektiver Standpunkt, wobei der Raum durch Nähe und Distanz geometrisch definiert wird. In der theoretischen Konzeptionierung von Raum lässt sich eine Entwicklung von einem absolutistischen a priori-Raumbegriff hin zu einem relativistischen sozial konstruierten Raumbegriff feststellen (vgl. Löw/Steets/Stoetzer 2007: 9; Kuhm 2003: 13f.).

Das Verständnis von Raum als absolutistische Kategorie lehnt sich stark an ein physikalisches und mathematisch-geometrisches Raumbild an. Der Raum wird dabei als Verbindung von Objekten und Elementen betrachtet. Er besteht aus konkreter Materie, ist „Konglomerat fester Partikel“ (Kuhm 2003: 13), woher auch sein objektiver Status resultiert. Der Raum ist etwas Externes, Leeres, wie auch die Zeit; er ist a priori gesetzt (vgl. Shields 2006: 148; Kuhm 2003: 13ff.; Stichweh 2003: 95). Dieser Raumbegriff lässt sich auch als geographische Kategorie nutzen: Raum als Ort, als place.

Von diesem Verständnis des Raumes haben sich Sozialwissenschaftler und Philosophen des zwanzigsten Jahrhunderts mehr und mehr gelöst: „[...] in the late 20th century, social scientists

began to understand space not as a void but as a qualitative context situating different behaviours and contending actions.“ (Shields 2006: 147). Die Konzeption von Raum wird seitdem stark von relativistischen und konstruktivistischen, sowie systemtheoretischen Theorien bestimmt (vgl. Kuhm 2003: 27; Löw/Steets/Stoetzer 2007: 9).

Soziologen und Philosophen schenken dem Raum in den letzten Jahrzehnten eine relativ große Beachtung. Nachdem der Soziologie vorgeworfen wurde, an „Raumblindheit“ zu leiden, sucht sie ausgleichend, einen Raumbezug herzustellen und zu einer eigenen Theorie des Raumes zu gelangen (vgl. Berking 2006: 7). Bisher jedoch wenig erfolgreich, wie Kuhm resümiert: „Irritierend an all diesen Überlegungen [zur Thematisierung des Raums in der Soziologie; Anm. d. A.] ist nur die Erfahrung, dass bei den entsprechenden Forschungen in der Vergangenheit eigentlich recht wenig herausgekommen ist, was das soziologische Nachdenken über den Raum gegen den Kontext einfacher Vorstellungen des Alltagserlebens distanzieren könnte [...]“⁸ (Kuhm 2003: 13).

Oft wird bei der theoretischen Konzeption von Raum und dem Bedeutungszuwachs in der Soziologie Bezug auf Foucault genommen. Er prophezeite in seinem Essay „Of other Spaces“ / „Des Espaces Autres“ eine steigende Bedeutung von Raum in der aktuellen Epoche, die durch zeitliche Simultanität geprägt ist. Er gab damit dem Raum eine einflussreichere Rolle gegenüber der Zeit. Gleichzeitig grenzte er sich in seinem Raumbegriff von einer absolutistischen Vorstellung von Raum ab und betrachtete Raum vielmehr als relationales und heterogenes Konstrukt: „The space in which we live, which draws us out of ourselves, in which the erosion of our lives, our time and our history occurs, the space that claws and gnaws at us, is also, in itself, a heterogeneous space. In other words, we do not live in a kind of void, inside of which we could place individuals and things. We do not live inside a void that could be colored with diverse shades of light, we live inside a set of relations that delineates sites which are irreducible to one another and absolutely not superimposable on one another.“ (Foucault 1967). Die Thematisierung von Raum nahm in Foucaults Werk jedoch insgesamt eher eine marginale Rolle ein; Raum war für ihn eher integraler Part bei anderen theoretischen Themen wie Macht und Wissen. Deshalb kann eine verstärkte Raumorientierung in der Soziologie kaum auf Foucault zurückgeführt werden (vgl. Elden/Crampton 2007).

Soziologen wie Lefèbvre, Harvey, Giddens, Werlen und Löw, die sich – im Gegensatz zu Foucault – explizit mit dem Raum auseinandersetzten, gelangten zu einem ähnlich relativistischen Raumbegriff. Raum wird auch von ihnen vor allem als soziale Kategorie verstanden, die wesentlich durch gesellschaftliche Strukturen definiert ist, als space. Der konkrete Ort wird dabei eher als Hintergrund für den gesellschaftlich produzierten Raum verstanden (vgl. Löw/Steets/Stoetzer 2007: 52ff.).

Unter einem relativistischen Raumbegriff wird Raum als Voraussetzung und Ergebnis sozialen Handelns begriffen. Er ist durch Kommunikation, Handeln und Wahrnehmung Einzelner oder gesellschaftlicher Gruppen bestimmt und es kann zu einer Überlagerung von unterschiedlichen Räumen am gleichen Ort kommen (vgl. ebd.: 9f, 63ff.). Damit wird der Raum als relatives Konstrukt in der soziologischen Theorie vom geographischen Ort als absolutes Konstrukt weitestgehend abgekoppelt. Dieser relativistische Standpunkt bleibt jedoch nicht ohne Kritik. So schreibt Krämer-Badoni, dass die Handlungen und das Leben, trotz allem Relativismus, dennoch in einer realen Welt verortet sind. Der Gegenstand der Soziologie sei dabei nicht die Konstruktion oder Dekonstruktion des Raumes sondern die sozialen Beziehungen und ihre Verortung im Raum: „Dieser Konstruktivismus erklärt die Möglichkeit des Sozialen, nicht aber dessen Bedingungen und Ausprägungen. Die Soziologie ist der Möglichkeit des Sozialen nachgelagert, ihr Interesse richtet sich nicht auf die Bedingungen der Möglichkeit, sondern auf das Soziale selbst.“ [Hervorhebungen im Original] (Krämer-Badoni 2003: 280). Damit plädiert Krämer-Badoni für eine Ab-

8 Zu einem ähnlichen Resümee gelangte auch Krämer-Badoni in Bezug auf den Raumbegriff in der Stadtsoziologie.

wendung der Soziologie von der Suche nach einem Raumbegriff und versteht den Raum als eine (von vielen) Randbedingungen, die das Soziale und damit auch die Gesellschaft prägen.

4.3. Der Raum als Handlungsebene: Der Quartiersansatz in der Sozialpolitik

Dem Raum wird über die Raumplanung hinaus in unterschiedlichen politischen Bereichen, insbesondere aber in der Sozialpolitik, seit einiger Zeit eine immer stärkere Bedeutung als Handlungsebene zugemessen. Der klassische Individuenbezug wird damit durch einen Raumbezug mehr und mehr abgelöst (vgl. Güntner 2006: 87). Die soziale Stadtpolitik zielt direkt auf Quartiere in der Stadt und auch die Soziale Arbeit gewinnt unter dem Stichwort „Vom Fall zum Feld“ einen immer stärkeren Raumbezug. Dabei wird die Einzelfallhilfe um eine gemeinwesenbezogene und sozialraumorientierte Betrachtung erweitert: „Während die traditionelle Einzelfallhilfe vorrangig den Hilfesuchenden im Blickfeld hat, geht der Feldbezug von den sozialräumlichen Bindungen aus, bezieht also den Raum in seine Verortung mit ein.“ (Preis/Thiele 2002: 36).

Einerseits ist diese Entwicklung eine Folge aus der zunehmenden Wahrnehmung von Individuen und Gruppen in ihrem sozialen Umfeld. Andererseits gibt es Hoffnungen auf eine Lösung struktureller Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut durch einen raumbezogenen Ansatz. Damit wird angenommen, dass die Quartiere und ihre soziale Zusammensetzung eine eigenständige Wirkung auf strukturelle Problemlagen entfalten (vgl. Duyvendak 2004: 158). Mark J. Stern beschreibt für die USA drei politische Linien, die jeweils eigene Erwartungen mit einem räumlichen Ansatz verbinden und die sich zum Teil auch auf die soziale Stadtpolitik in Deutschland übertragen lassen. Sein Fokus liegt auf den sozialen Netzwerken und Ressourcen, die meist im Zentrum von räumlicher Sozialpolitik stehen. Für die Konservativen und Neo-Liberalen stelle die Stärkung des Sozialkapitals (und damit der Quartiersansatz) einen Weg der Verantwortungsübertragung an das Quartier und dessen BewohnerInnen dar. Die Linken sehen in der Stärkung des sozialen Kapitals dagegen vor allem das Potential einer politischen Mobilisierung der QuartiersbewohnerInnen zur Veränderung des Status Quo. Die politische Mitte verbinde mit dem Quartiersansatz dagegen die Hoffnung auf einen Mittelweg zwischen Marktkapitalismus und Wohlfahrtsstaat: Die Ziele des Wohlfahrtsstaates – so die Annahme – ließen sich mit geringerem Aufwand und geringeren Kosten auch über eine Stärkung des Sozialkapitals mithilfe des Quartiersansatzes erreichen (vgl. Stern 2004: 214f.). Der letzte Ansatz beschreibt wahrscheinlich auch am besten die Hoffnungen, die mit der sozialen Stadtpolitik im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ in Deutschland verbunden werden.

Ein zentraler Aspekt des Quartiersansatzes sind die sozialen Ressourcen des Quartiers für dessen BewohnerInnen. Das Quartier wird dabei als Sozialraum gefasst, in dem sich durch Nachbarschaften soziale Netzwerke bilden. Gleichzeitig bietet der Quartiersansatz auch die Möglichkeit, ressortspezifische Politik zu überwinden, da in abgegrenzten geographischen Gebieten ein integrativer Ansatz am ehesten implementiert werden kann. Das Quartier wird dabei einerseits als Potential für Sozialkapital wahrgenommen, andererseits aber auch als Gefahr durch Desintegration (vgl. Duyvendak 2004: 158ff.). Räumliche Sozialpolitik soll in der Regel auf beides gleichzeitig wirken: die Gefahren bekämpfen und die Potentiale stärken. Duyvendak schreibt zu diesem hohen Anspruch: „Erstaunlicherweise bleiben die Erwartungen an den Quartiersansatz hoch, obwohl es sich gezeigt hat, dass die bisher realisierten quartiersbezogenen Maßnahmen das anvisierte Problem nicht – oder nur partiell – lösen konnten. Vielmehr noch: Die wachsende Aufmerksamkeit, die den Problemen einzelner Quartiere zukommt, hat die in quartiersorientierte Ansätze gelegten Hoffnungen in ungeahnte Höhen schnellen lassen.“ (ebd.: 159f.).

4.4. Die Konzeption des Raumes im Programm „Soziale Stadt“

Die Programmgestaltung von „Sozialen Stadt“ bezieht sich auf zwei unterschiedliche Konzepte von Raum, indem sie zum einen auf konkrete geographische Quartiere ausgelegt ist, zum anderen in der inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung auf den Sozialraum der BewohnerInnen dieser Quartiere abzielt. Diese Überlagerung spiegelt auch das Zusammentreffen von unterschiedlichen fachlichen Disziplinen bei der Programmkonzeption wider: der am konkreten Raum orientierten Planung (beeinflusst durch Geographie, Architektur und Städtebau) und den stärker am Sozialraum orientierten Disziplinen Politik, Soziologie und Soziale Arbeit.

Die Stadt und ihre Quartiere dienen dem Programm „Soziale Stadt“ – sowohl in geographischer als auch in sozialer Hinsicht – als Bezugsrahmen. Diese politische Bezugnahme auf den Raum steht damit vor der generellen Schwierigkeit, diesen für ihre Zwecke umfassend operationalisierbar zu machen. Raum als politische Handlungsebene bedeutet zunächst administratives Territorium. Ergänzt wird diese Abgrenzung durch statistische und geographische Dimensionen: Raumeinheiten wie Verkehrszellen und Quartiere orientieren sich sowohl an den städtebaulichen Gegebenheiten als auch an der Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung. Das Quartier als politische Handlungsebene entspricht somit weitestgehend einem geschlossenen Modell vom Raum. Um diese Beschränkung zu kompensieren, sieht die inhaltliche Ausgestaltung des Programms „Soziale Stadt“ eine Einflussnahme auf den Sozialraum der BewohnerInnen vor und folgt damit sehr stark einem Lebenswelt-Ansatz (vgl. zum Überblick Schnur 2008a: 27). Der Raum, auf den inhaltlich abgezielt wird, ist also sehr viel stärker relativistisch zu verstehen. Er wird im Wesentlichen durch die Netzwerke, Handlungen und Beziehungen von Menschen strukturiert und nicht durch geographische oder statistische Grenzen. Zwischen der Grenzziehung der Programmgebiete und dem Sozialraum auf den inhaltlich abgezielt wird, gibt es also möglicherweise gravierende Differenzen. In der Praxis der „Sozialen Stadt“ entstehen bei dieser doppelten Konzeption von Raum „Übersetzungsprobleme“. Diese Ambivalenz des Programms soll im Kapitel 8 vertieft werden.

4.5. Zusammenfassung

Die in diesem Kapitel vorgenommene Annäherung an den Raumbegriff spiegelt die Thematisierung dieses Feldes keineswegs vollständig wider, sondern zeigt lediglich einige Aspekte auf. Damit soll vor allem auf die Schwierigkeiten bei der Konzeption von Raum hingewiesen werden, da sich diese auch in jeder raumbezogenen Politik und Intervention zeigen. Raum bedeutet dort zunächst administratives Territorium. Die darüber hinausgehenden Aspekte von Raum lassen sich für politische Interventionen teilweise nur schwierig operationalisieren.

Eine umfassende Theorie des Raumes gibt es nicht. Grundlegend lässt sich zwischen einer Konzeptionalisierung von Raum als geographisches und als soziales Konstrukt (Lebenswelt) unterscheiden. (Geographischer) Raum umgibt uns als konkrete Tatsache, somit kann im Raum agiert werden und konkrete Räume können als Grundlage von Politik genutzt werden. Gleichzeitig ist (sozialer) Raum jedoch abstrakt. Er ergibt sich aus sozialen Netzwerken, Kommunikation, Interaktion und Handlungen. Ein lokaler Ort (wie ein Quartier) ist dabei nicht notwendigerweise der „Behälter“⁹ für einen sozialen Raum, es kann zu vielfältigen Überlagerungen und Verschiebungen kommen. Gleichzeitig sind soziale Handlungen aber immer auch verortet, denn „niemand lebt in der Welt im Allgemeinen“ (Geertz zitiert in Berking 2006: 15).

⁹ Der Raum als Gefäß, Behälter oder Container wurde vor allem von Boustedt und Otremba beschrieben (dazu im Überblick Drilling 2008: 55f.)

Der Raum ist in der Sozialpolitik mit dem Quartiersansatz mittlerweile zu einer bedeutsamen Handlungsebene geworden. Damit geht die Annahme einher, dass die Probleme, die in Quartieren in konzentrierter Form sichtbar werden auch (zumindest teilweise) dort ihre Ursache haben und deswegen auch dort politisch bekämpft werden sollten. Als Bezugsebene der sozialen Stadtpolitik spielt dabei sowohl der konkrete geographische als auch der abstrakte soziale Raum eine Rolle.

An aerial view of a dense city street, likely in New York City, showing tall buildings on both sides, a street with traffic including yellow taxis, and a clear sky. A pink semi-transparent banner is overlaid on the bottom half of the image.

IV

Analyse empirischer Studien zur Wirkung von Quartierseffekten

Analyse der empirischen Studien zur Wirkung von Quartierseffekte

Einleitend werden in diesem Teil in Kapitel fünf die Methodik der Analyse und die Auswahl der Studien vorgestellt. Im sechsten Kapitel werden zwölf empirische Studien einer Sekundäranalyse unterzogen, die Quartierseffekte unter einer ähnlichen grundsätzlichen Fragestellung, jedoch mit unterschiedlichem Fokus und unterschiedlicher Herangehensweise untersucht haben. Es handelt sich dabei um jeweils sechs Studien aus Deutschland und aus anderen Staaten.

Grundsätzlich suchen die Studien nach einer empirischen Annäherung an die Fragestellung, ob das Leben in einem benachteiligten Quartier für die BewohnerInnen eine benachteiligende Wirkung entfaltet. Der Fragestellung widmen sich die Studien mit sehr unterschiedlicher Herangehensweise und Tiefe der Betrachtung. Dabei untersuchen sie vor allem das Quartier als Sozialraum und Sozialisationsinstanz sowie die individuellen Lebenschancen, die soziale Mobilität, die soziale Exklusion der BewohnerInnen und die allgemeinen (physischen) Bedingungen des Quartiers. In drei Wirkungsbereichen, der physischen, sozialen und symbolischen Dimension, werden die Ergebnisse aus den einzelnen Studien zusammenfassend dargestellt.

5. Methodik der Analyse und Auswahl der Studien

5.1. Auswahl und Vorstellung der empirischen Studien

Die Auswahl der empirischen Studien zum Thema Quartierseffekte orientiert sich an unterschiedlichen Kriterien. In die Analyse sollen sowohl deutsche als auch internationale Studien einbezogen werden. Insgesamt beziehen sich sechs Studien auf Deutschland und sechs Studien auf andere Staaten. Darüber hinaus repräsentieren die Studien auch unterschiedliche Untersuchungsdesigns. Sowohl in Hinblick auf die Größe und Zusammensetzung des jeweiligen Samples als auch auf die Methodik unterscheiden sie sich teilweise sehr stark. Dies gewährleistet eine vielfältige und komplexe methodische Basis für die in der Analyse präsentierten Ergebnisse. Einen Überblick über die einzelnen Studien bieten die folgenden Kurzdarstellungen und die Tabelle 1.

Eine frühe Studie zum Thema Quartierseffekte in Deutschland stammt von *Hartmut Esser und Jürgen Friedrichs* aus dem Jahr 1990. Vor dem Hintergrund der sich verstetigenden Präsenz der Migration in Deutschland untersuchten sie mit einem Forscherteam die soziale und kulturelle Lebenswelt der MigrantInnen mit Blick auf deren Integrationsperspektiven. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen dabei die Identität, Gruppenzugehörigkeit und die Sozialisation der MigrantInnen. Die Studie bezieht sich auf Daten aus dem Jahr 1984. Insgesamt wurden 1.846 türkische und jugoslawische Probanden der ersten und zweiten Generation in Duisburg, München, Essen, Nürnberg und Hamburg befragt (vgl. Esser/ Friedrichs 1990). Eine besondere Orientierung auf die Effekte der unmittelbaren räumlichen Umgebung der MigrantInnen als Kontakt- raum legt Hannes Alpheis in seinem Beitrag zur Studie von Esser und Friedrichs: „Ausgehend von der orientierenden Annahme, räumliche Nähe führe zu Kontakten, Kontakte wiederum zur Übernahme von Verhaltensmustern, wird also im Allgemeinen angenommen, dass sich Wohnen in einem Wohngebiet mit niedrigem Minoritäten-Anteil positiv auf alle Aspekte der Assimilation des Angehörigen der Minderheit auswirke. [...] Sollten sich die interethnischen Kontakte als unabhängig von der ethnischen Struktur erweisen, dürfte es schwerfallen, zu begründen, warum sich ethnische Konzentrationen auf andere Aspekte der Assimilation negativ auswirken sollte.“ (Alpheis 1990: 156f.). Um diese Hypothese zu testen, variiert er den Ausländeranteil als unabhängige Variable um die Beziehungen zu anderen Variablen feststellen zu können. Dazu gehören die Sprachkenntnis, die strukturelle Assimilation, das soziale Milieu im Elternhaus, die Schulbildung sowie das Einreisealter. Alpheis beschränkt sich für seine Untersuchungen auf die Gruppe der Türken (vgl. Alpheis 159ff.).

Eine weitere deutsche Studie legte ebenfalls den Fokus auf die Kontakte zwischen MigrantInnen und Einheimischen. Die Studie von *Anita Drever und William Clark* aus dem Jahr 2006 fragt in erster Linie nach der Rolle des Wohngebietes als Ort der Sozialisation: „Does the neighborhood still play a ‚socializing role‘ as improvements in transportation and communication technology have resulted in growing separation between the home, work and recreational spaces where peoples‘ social networks form?“ (Drever/Clark 2006: 3). Diese Fragestellung untersuchen sie anhand von deutschen Probanden in ethnisch gemischten Wohnvierteln, welche sie mit Deutschen außerhalb des Viertels und von MigrantInnen innerhalb des eigenen Wohnviertels vergleichen. Zwischen den Deutschen und den MigrantInnen im Quartier müssten demnach enge soziale Bindungen entstehen, wenn dem Quartier wirklich eine zentrale Rolle für die Interaktion zukommt (vgl. Drever/Clark 2006: 4ff.). Als Grundlage der Studie dienen Daten des Sozioökonomischen Panels von 2001, in dem erstmals Fragen zu sozialen Netzwerken erfasst wurden. Als ethnisch gemischte Quartiere werden Postleitzahlen-Gebiete mit einem Ausländeranteil von mindestens 25 Prozent herangezogen (vgl. ebd.: 7ff.).

Tabelle 2: Studien der Sekundär- und Inhaltsanalyse

Autoren	Jahr	Land	Fragestellung	Sample
Esser / Friedrichs	1990	Deutschland	Wie wirkt sich die soziale und kulturelle Lebenswelt der MigrantInnen auf deren Integrationsperspektive aus?	Befragung von 1.846 türkischen und jugoslawischen ProbandInnen der 1. und 2. Generation
Drever / Clark	2006	Deutschland	Spielt das Quartier noch eine Rolle als Ort der sozialen Kontakte und der Sozialisation?	Befragung von deutschen BewohnerInnen in ethnisch gemischten Wohnquartieren; Daten aus dem sozioökonomischen Panel 2003
Oberwittler	2004	Deutschland	Hat die Konzentration sozialer Benachteiligung im Wohnquartier Effekte auf das abweichende Verhalten von Jugendlichen?	Befragung von 4.800 jugendlichen ProbandInnen in Köln, Freiburg und zwei ländlichen Gemeinden
Kronauer / Vogel	2001	Deutschland	Inwiefern dient das Quartier als Ressource und sozialer Erfahrungsraum für seine BewohnerInnen?	Befragung von ca. 100 ProbandInnen in zwei benachteiligten Quartieren in Hamburg
Farwick	2002	Deutschland	Inwiefern beeinflusst ein von Armut geprägtes Quartier die BewohnerInnen negativ und trägt zur Verlängerung der Armutslage bei?	Sozialhilfedaten der Bevölkerung von Bremen und Bielefeld
Friedrichs / Blasius	2000	Deutschland	Gibt es in benachteiligten Wohngebieten eine zusätzliche Benachteiligung der BewohnerInnen durch die Bedingungen des Wohngebietes?	Befragung von 420 ProbandInnen in vier benachteiligten Quartieren in Köln
Atkinson / Kintrea	2001	Großbritannien	Verstärkt das Wohnen in sozial benachteiligten Quartieren die Benachteiligung der BewohnerInnen und führt es zu sozialer Exklusion?	Befragung von 780 Haushalten in jeweils einem sozial gemischten und sozial benachteiligten Quartier in Edinburgh und Glasgow
Buck	2001	Großbritannien	Sind Personen in ihren individuellen Lebenschancen dadurch benachteiligt, wenn sie in einem benachteiligten Quartier leben?	Langzeitdaten von 5.500 Haushalten seit 1991 der <i>British Household Panel Study</i>
Musterd / Ostendorf / De Vos	2003	Niederlanden	Haben Haushalten, in deren räumlichen Umfeld ein großer Anteil ökonomisch schwacher Haushalte wohnt, schlechtere ökonomische Chancen als Haushalte, in deren Umfeld ein großer Anteil ökonomisch starker Haushalte wohnt?	Daten von etwa 5 Millionen Personen aus den Einkommenssteuererklärungen von 1989 und 1994
Musterd / Andersson	2005	Schweden	In welchem Zusammenhang stehen bauliche und soziale Mischung in benachteiligten Quartieren und wie wirkt sich eine sozialräumliche Benachteiligung auf die soziale Mobilität der BewohnerInnen aus?	Daten von etwa 5,5 Millionen Personen von <i>Statistics Sweden</i> aus den Jahren 1991 bis 1999
Orr et al.	2003	USA	Bringt die Umsiedlung von Familien aus benachteiligten Wohngebieten in Quartiere mit geringer Armutsquote eine positive Veränderung für diese Familien mit sich?	Daten von etwa 8.900 Personen, die an dem Programm <i>Moving to Opportunity for Fair Housing</i> teilgenommen haben
Elliott et al.	2006	USA	Welchen Unterschied für die individuelle Entwicklung von Jugendlichen macht es, in einem benachteiligten, im Gegensatz zu einem stabilen Quartier aufzuwachsen?	Untersuchung von Jugendlichen in Denver und Chicago

Ein anderer Fokus findet sich in der Studie von *Dietrich Oberwittler* aus dem Jahr 2003. Er untersucht, ob es Anhaltspunkte dafür gibt, dass die Konzentration sozialer Benachteiligungen im Wohnquartier Effekte auf das abweichende Verhalten von Jugendlichen hat und ob somit zusätzliche benachteiligende Effekte durch die sozialräumliche Konzentration von Benachteiligung bestehen. Im Zusammenhang damit untersucht er des Weiteren, ob die Effekte des Quartiers auf ein Individuum von dessen räumlicher Orientierung abhängig sind (vgl. Oberwittler 2003: 138, 143f.). Oberwittler nutzt zur Beantwortung dieser Fragen Daten von ca. 4800 jugendlichen Probanden aus Köln, Freiburg und zwei ländlichen Gemeinden im Freiburger Umland, die im Rahmen des Projekts „Soziale Probleme und Jugenddelinquenz im sozialökologischen Kontext“ des Max-Planck-Instituts erhoben wurden. In seine Mehrebenenanalyse zur Hypothese sozialräumlicher Kontexteffekte auf die Delinquenz von Jugendlichen bezieht er jedoch nur die Gruppe der deutschen Befragten mit einem überwiegend im Gebiet angesiedelten Freundeskreis ein, die etwa 1600 Probanden umfasst (vgl. ebd.: 144/160).

Martin Kronauer und Berthold Vogel untersuchen in ihrer Studie von 2001 den Zusammenhang zwischen den Effekten des Quartiers und den Effekten der Lage anhand der Hamburger Großwohnsiedlung Mümmelmannsberg und dem innerstädtischen gemischten Quartier St.Pauli, beides benachteiligte Quartiere (Kronauer/Vogel 2001: 50ff.). Dabei fragen sie danach, inwiefern das Quartier seinen BewohnerInnen als Ressource und sozialer Erfahrungsraum dient. Sie stützen sich dabei auf qualitative Befragungen von insgesamt 103 Personen, die Ergebnisse bieten daher eher einen Eindruck über die Wahrnehmung und Nutzung der Quartiere durch die befragten BewohnerInnen als das sie empirisch repräsentativ wären.

Andreas Farwick (2002) untersucht, inwieweit ein von Armut geprägtes Wohnumfeld die BewohnerInnen negativ beeinflusst und damit zur Verlängerung der Armutslage beiträgt (Farwick 2002: 293). Dazu analysiert er die Sozialhilfedaten für Bremen und Bielefeld. Mithilfe von Längsschnittdaten ermittelt er den Anteil der Haushalte in unterschiedlichen Gebietstypen mit geringem, mittlerem und hohem Anteil von Sozialhilfeempfängern, die nach einer bestimmten Dauer die Armutslage nicht überwunden haben. Dies nimmt er als Hinweis eines Einflusses des Quartiers auf die soziale Lage der BewohnerInnen (Farwick 2002: 293f.).

Als weitere deutsche Studie wird die Untersuchung von *Jürgen Friedrichs und Jörg Blasius* aus dem Jahr 2000 in die Sekundäranalyse einbezogen. Sie untersuchen benachteiligte Stadtquartiere in Köln: „Die zentrale Frage lautet: Gibt es in solchen Wohngebieten eine doppelte Benachteiligung: eine aufgrund der ökonomischen Situation der Bewohner und zusätzlich eine durch die Bedingungen des Wohngebietes?“ (Friedrichs/Blasius 2000: 7). Ihrer Hypothese nach schränkt das Wohngebiet die Handlungsoptionen eines Teils der BewohnerInnen zusätzlich ein; es wirkt also ein Effekt des Quartiers. Dies gelte jedoch nur bei einer weitgehenden Beschränkung des sozialen Netzwerkes und des Aktionsraumes der BewohnerInnen auf das Quartier (vgl. Friedrichs/Blasius 2002: 30f.). Um dies zu untersuchen, betrachten sie vier Wohngebieten in Köln, die sie als Armutsviertel definieren. Die Gebietsabgrenzung ist dabei teilweise sehr eng, es handelt sich jeweils nur um zwei bis fünf Straßenzüge (vgl. ebd.: 7/39ff.). Mithilfe eines Fragebogens wurden die Fertigkeiten, der Lebensstil und die Konsumgewohnheiten, die Wohnungseinrichtung, die Aktionsräume und sozialen Netzwerke sowie die vorherrschenden Normen der BewohnerInnen erhoben. Ergänzt wurden diese Bereiche durch Fragen zur Wohndauer und Wohnzufriedenheit und eine Standarddemographie (vgl. ebd.: 43f.). Insgesamt wurden etwa 420 Personen in den benachteiligten Gebieten befragt (vgl. ebd.: 121).

Die in der Sekundäranalyse einbezogenen internationalen Studien stammen zum überwiegenden Teil aus dem angelsächsischen Raum. Ergänzt werden sie durch jeweils eine Studie aus den Niederlanden und aus Schweden.

In Großbritannien untersuchten sowohl *Rowland Atkinson und Keith Kintrea* als auch *Nick Buck* im Jahr 2001 die Wirkung von Quartierseffekten. Dies geschah in beiden Fällen vor dem Hintergrund der *area based initiatives*, eines sozialräumlich orientierten politischen Handlungsansatzes zur Bekämpfung der Benachteiligung durch den Wohnort. In beiden Studien geht es um die Frage, ob das Leben in einem benachteiligten Wohngebiet die BewohnerInnen in ihren individuellen Lebenschancen zusätzlich benachteiligt und ob dies zu sozialer Exklusion führt (vgl. Atkinson/Kintrea 2001: 2277; Buck 2001: 2251ff.). Atkinson und Kintrea untersuchen dazu jeweils ein sozial gemischtes und ein sozial benachteiligtes Quartier in Glasgow und Edinburgh. Auf der Grundlage von 780 Haushaltsbefragungen erheben sie die Mobilität, die Gründe für die Wahl des Wohngebietes und den Wunsch nach einem Wohnortwechsel, die sozialen Netzwerke und Kontakte, die Bindung an das Wohnquartier, den Grad der Stigmatisierung, den Erwerbsstatus und den Gesundheitszustand der BewohnerInnen als Parameter der Quartierseffekte (vgl. Atkinson/Kintrea 2001: 2280ff.). Die Untersuchung von Buck greift auf ein wesentlich größeres Sample zurück: Er verwendet Langzeitdaten der *British Household Panel Study*, die seit 1991 in ca. 9000 Interviews pro Jahr 5500 Haushalte beobachtet und verknüpft sie mit lokalen Quartiercharakteristika (vgl. Buck 2001: 2259). Der von ihm betrachtete Parameter ist die Armutslage der BewohnerInnen. Er setzt die Chancen, der Armutslage zu entkommen, beziehungsweise in sie zu geraten, mit den sozialen und physischen Gegebenheiten des Quartiers in Beziehung.

Eine wesentlich größere Untersuchungsgruppe wurde von *Sako Musterd, Wim Ostendorf und Sjoerd de Vos* im Jahr 2003 in den Niederlanden in den Blick genommen. Ihre Forschungsfrage war: „Do households living in areas where a large proportion of households have a weak economic position have less favourable economic prospects than households with the same economic position living in areas where a large proportion of households have a stronger economic position, after controlling for other attributes?“ (Musterd/Ostendorf/ De Vos 2003: 879). Die von den drei Forschern erstellte Langzeituntersuchung umfasst fast ein Drittel der Bevölkerung der Niederlanden, also etwa fünf Millionen Personen. Die dafür notwendigen Daten stammen aus den Einkommenssteuererklärungen von 1989 und 1994. Der Fokus der Untersuchung lag auf dem Zusammenhang zwischen dem sozialen Gefüge im Quartier und der ökonomischen Position von Haushalten (vgl. ebd.: 878ff.). Dafür wurde für jeden Haushalt der Anteil der von Sozialhilfe abhängigen Haushalte in einem Radius von 250 Metern um den Wohnstandort ermittelt. In der Studie wurde auf dieser Basis untersucht, ob die ökonomische Lage eines Haushaltes durch den Anteil der Sozialhilfeempfänger im Umfeld beeinflusst wurde. Dabei wurden nur die Haushalte in die Untersuchung einbezogen, bei denen mindestens 100 Haushalte mit Sozialhilfebezug im Untersuchungsradius vorhanden waren (vgl. ebd.: 883ff.).

Eine ähnliche Studie führte *Sako Musterd* auch gemeinsam mit *Roger Andersson* im Jahr 2005 in Schweden durch. Auch hier wurde ein umfangreiches Sample von etwa 5,5 Millionen Personen auf Grundlage der Daten von *Statistics Sweden* aus den Jahren 1991 bis 1999 untersucht (vgl. Musterd/ Andersson 2005: 768ff.). Die Forscher fragten zum einen nach der Verbindung von Bebauungsmischung und sozialer Mischung in benachteiligten Wohngebieten, zum anderen nach der sozialen Mobilität von Personen in sozial homogenen und sozial gemischten Gebieten. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen dabei Nachkriegsquartiere (vgl. ebd.: 762f.). Es wurden Daten über die Herkunft, das Bildungsniveau, den Beschäftigungsstatus, den Familienstand, den Wohnort und Quartierstyp sowie die Wohnform in die Untersuchung einbezogen (vgl. ebd.: 768ff.).

Die Ergebnisse zweier großangelegter Studien aus den USA fließen ebenfalls in die Sekundäranalyse ein. Wie schon im vorangegangenen Kapitel beschrieben, wird den Effekten des Quartiers dort seit den 1980er Jahren eine verstärkte Aufmerksamkeit zuteil. Dies steht vor dem Hintergrund einer sehr viel extremer ausgeprägten Segregation als in europäischen Städten und einer größeren Bedeutung von ethnischen Zugehörigkeiten (*race*).

Die erste Studie ist der Abschlussbericht zu einem sozialen Mobilitätsexperiment großen Ausmaßes: des Programms *Moving to Opportunity for Fair Housing (MTO)*, in dessen Rahmen zwischen 1994 und 1998 insgesamt 4600 Familien aus Baltimore, Boston, Chicago, Los Angeles und New York beobachtet wurden. Ein Teil von ihnen erhielt über Wohnungsgutscheine die Möglichkeit, ihr benachteiligtes Wohnquartier zu verlassen um in ein weniger benachteiligtes Quartier umzusiedeln und ein Teil blieb als Kontrollgruppe im benachteiligten Quartier wohnen. Das Experiment sollte der Frage nachgehen „whether moves to low-poverty areas can bring about positive changes in the lives of poor families.“ (Orr et al. 2003: v). Dabei war MTO zugleich zufallsbasiertes Sozialexperiment und Demonstrationsprogramm. Für den Abschlussbericht untersuchte eine *Forschergruppe um Larry L. Orr* im Jahr 2003 etwa 8900 Erwachsene und Kinder, die als Experiment- oder Kontroll-Gruppe am MTO-Programm teilgenommen hatten (vgl. ebd.: if.).

Eine aktuellere Studie aus den USA nimmt besonders Jugendliche aus benachteiligten Quartieren in den Fokus. Eine *Forschergruppe um Delbert S. Elliott* untersuchte im Jahr 2006, welche Umstände dazu führen, dass manche Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Quartieren eine erfolgreiche Entwicklung haben, während dies auf andere nicht zutrifft. Sie setzen den Fokus damit gewissermaßen auf die Gruppe, die nicht durch potentielle Quartierseffekte benachteiligt wird. Diese Gruppe von Jugendlichen aus benachteiligten Quartieren vergleichen sie mit Jugendlichen aus sozial stabilen Mittelschicht-Quartieren (vgl. Elliot et al. 2006: 3f.). Vor dem Hintergrund der vermuteten Quartierseffekte fragen sie: „How much difference does it make if one grows up in a disadvantaged neighborhood as compared to an affluent neighborhood?“ (ebd.: 55). Die Einflussgrößen des Quartiers auf die Entwicklung der Jugendlichen werden in drei Bereichen untersucht: der demographischen Zusammensetzung des Quartiers, der baulichen Ausstattung und des physischen Zustands sowie der sozialen Organisation und Kultur (vgl. ebd.: 33).

5.2. Methodik der Analyse

Die Sekundär- und Inhaltsanalyse der oben vorgestellten Studien wird anhand von zwei Ebenen gegliedert. Zum einen findet eine Gliederung in unterschiedliche Dimensionen und zum anderen in Hypothesen statt.

Dimensionen der Quartierseffekte

Für die erste Gliederungsebene der Analyse wird in Anlehnung an Nieszery und Häußermann eine Unterscheidung in drei Dimensionen des Raumes vorgenommen: die physische Dimension, die soziale Dimension und die symbolische Dimension (vgl. Nieszery 2008: 109f.; Häußermann 2003: 149). Eine schematische Darstellung findet sich in Tabelle 3.

Die drei Dimensionen können den Lebensraum Quartier natürlich nicht in all seinen Facetten erfassen. Sie stellen in erster Linie eine Konzeptualisierung der hier bearbeiteten Forschungshypothesen dar, die für weitergehende Analysen und Forschungen um weitere Dimensionen und Hypothesen erweitert werden könnte. Desweiteren lässt sich oftmals keine klare Zuordnung und Begrenzung von Dimensionen im Quartier vornehmen, da die Komplexität der Wirkungszusammenhänge mit dem hier vorgestellten Analyseschema nur unzureichend erfasst werden kann. Dennoch ist diese Einteilung geeignet, das Verständnis von Quartierseffekten in den analysierten Studien zu fassen und zu gliedern.

Eine weitergehende Forschung nach den Wirkungszusammenhängen von Quartierseffekten ist für die politische Reaktion auf Quartierseffekte entscheidend. Dabei müssen die Gelegenheitsstrukturen, Ressourcen und Restriktionen auf Quartiersebene für die unterschiedlichen Bewoh-

Tabelle 3: Wirkungsdimensionen von Quartierseffekten

Physische Dimension	
Ausstattung mit Infrastruktur Schulen Art und Zustand der Bebauung Erschließung und Anbindung Gestaltung des öffentlichen Raumes Pflegezustand Qualität der Wohnung Wohnungsmarkt	Wirtschaftliche Möglichkeiten Erholung Versorgung Identifikation Wohnverhältnisse Erreichbarkeit Gesundheit Zugang zum Wohnungsmarkt Ökonomische Teilhabe
Soziale Dimension	
Soziale Mischung Netzwerke Peergruppen Soziales Kapital Soziale Normen / Werte Erziehung Bildungsnähe / -einstellung Sozialisation Delinquenz Arbeitslosigkeit / Sozialhilfeabhängigkeit	Einkommen Bildung Armut Netzwerke Normen / Kultur Soziales Kapital Gesundheit (physische und psychische) Bildung Politische Repräsentanz und Einflussnahme
Symbolische Dimension	
Außendarstellung Innenwahrnehmung Stigmatisierung	Benachteiligung Identifikation Selbstwertgefühl

nergruppen ausfindig gemacht werden, da hier die Ansatzpunkte für politische Interventionen liegen. Die analysierten Studien zu Quartierseffekten untersuchen jedoch größtenteils die Quartierseffekte in ihrer Wirkung und nur in einigen Fällen wird versucht, eine Verknüpfung zwischen Effekten und Ursachen vorzunehmen. Dementsprechend konzentriert sich auch die Sekundäranalyse im Wesentlichen auf die Ergebnisse der Studien zu den Effekten des Quartiers. Die Wirkungszusammenhänge bleiben damit weitestgehend ausgeklammert.

Die Dimensionen der Sekundäranalyse sollen im Folgenden kurz beschrieben werden. In den Studien wird nicht jeder hier genannte Aspekt der Dimensionen thematisiert, daher findet sich auch nicht jeder Aspekt in der Sekundäranalyse wieder. Wenn sie dennoch hier genannt werden, dient dies in erster Linie der Beschreibung und Rahmung des Gegenstandsfeldes.

Die *physische* Dimension von Quartierseffekten umfasst sowohl die bauliche und räumliche Gestaltung und deren Zustand als auch die Ausstattung mit infrastrukturellen Einrichtungen und die Nahversorgung. Zusammengefasst können diese Gelegenheitsstrukturen auch als räumliche Ausstattung bezeichnet werden. Diese kann Ursache für Benachteiligung sein wenn es sich um eine schlechte Ausstattung, Anbindung, Versorgung oder einen mangelhaften Zustand der baulichen Umgebung, des öffentlichen Raumes oder des Wohnraumes handelt. Daraus können Effekte auf die Wohnverhältnisse der BewohnerInnen und den Zugang zum Wohnungsmarkt entstehen. Damit im Zusammenhang stehen auch die Erholungsmöglichkeiten, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen, die Erreichbarkeit und die Anbindungen an andere Teile der Stadt, die Gesundheitsverhältnisse und die ökonomische Teilhabe durch die lokale Ökonomie und den Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten außerhalb des Quartiers.

Eine räumliche Nähe von QuartiersbewohnerInnen ist weder Garant, noch Voraussetzung für eine soziale Nähe der BewohnerInnen. In Quartieren entstehen dennoch soziale Zusammenhänge, die über die reine räumliche Nachbarschaft der BewohnerInnen hinausgehen. Diese Zusammenhänge sollen unter der *sozialen Dimension* von Quartierseffekten betrachtet werden. Durch nachbarschaftliche Kontakte können Freundschaften und Netzwerke gebildet werden, man teilt und nutzt die gleiche Infrastruktur, man lernt miteinander und möglicherweise voneinander. Fraglich ist, inwiefern diese Zusammenhänge die soziale Struktur des Quartiers prägen und potentiell negative Wirkungen auf die BewohnerInnen entfalten können.

Die Wirkung von Quartierseffekten in der sozialen Dimension wird mit der sozialen Zusammensetzung und Verknüpfung der BewohnerInnen eines Quartiers in Verbindung gebracht. Dabei spielen Netzwerke und Freundeskreise eine besondere Rolle. Daneben wird auch der Erziehung durch das Elternhaus und die Bildungseinrichtungen sowie der allgemeinen Einstellung zur Bildung ein Einfluss zugesprochen. Diese Faktoren können das Sozialkapital im Quartier beeinflussen, sofern die Netzwerke eine deutliche Quartiersorientierung besitzen und das soziale Umfeld der QuartiersbewohnerInnen darstellen. Die möglichen Effekte im Bereich der sozialen Dimension sind breit: Sie reichen von Effekten auf die Sozialisation, Kultur, Normen und Delinquenz über Effekte auf die Bildung, Beschäftigung, das Einkommen und damit auch die Armutslage bis zu Effekten auf die psychische und physische Gesundheit und die politische Repräsentanz und Einflussnahme.

In der *symbolischen Dimension* wird vor allem eine Wirkung aus der Darstellung und Wahrnehmung des benachteiligten Quartiers nach Außen und Innen angenommen. Dies könnte Effekte auf die Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem Viertel und ihr Selbstwertgefühl sowie auf eine Stigmatisierung und Benachteiligung aufgrund des Wohnortes, zum Beispiel bei der Arbeitssuche, haben. Dieser Dimension kommt in den Studien insgesamt die geringste Aufmerksamkeit zu, was wohl auch daran liegt, dass die negativen Effekte durch das Image kaum operationalisierbar und empirisch erfassbar sind.

Hypothesen zur Wirkung von Quartierseffekten

Die zweite Gliederungsebene der Sekundäranalyse sind elf Hypothesen, die in Tabelle 4 vorgestellt werden. Es handelt sich dabei um allgemeine Annahmen über die Wirkung von Quartierseffekten. Die Hypothesen sind Positiv-Annahmen, sie gehen also von einer Wirkung von Quartierseffekten aus. In der Analyse werden diese Annahmen mit den Ergebnissen der Studien getestet.

Die Hypothesen ergeben sich zum einen aus den analysierten Studien selbst. Sie spiegeln die dort bearbeiteten Forschungsfragen wider, wobei die hier vorgenommene Zusammenstellung nicht alle Forschungsfragen der Studien beinhaltet und teilweise eine Kombination aus mehreren Hypothesen vorgenommen wurde. Die Hypothesen finden sich zum anderen auch in unterschiedlichen anderen theoretischen und empirischen Arbeiten zu Quartierseffekten und ergeben sich aus der Konzeptionierung des Programms „Soziale Stadt“ (vgl. Kapitel 3). Auch für die Hypothesen gilt, was für die Dimensionen schon festgestellt wurde: Es handelt sich im Rahmen dieser Analyse keineswegs um eine allumfassende und abschließende Darstellung von Hypothesen zu Quartierseffekten sondern auch hier wurde eine Auswahl vorgenommen, die sich an den thematisierten Bereichen der Studien orientiert.

Tabelle 4: Hypothesen zu Wirkung von Quartierseffekten

Physische Dimension	
Hypothese 1	In den benachteiligten Quartieren gibt es eine schlechtere Ausstattung mit physischer und sozialer Infrastruktur als in nicht-benachteiligten Quartieren.
Hypothese 2	Die BewohnerInnen der benachteiligten Quartiere versuchen die schlechtere physische und infrastrukturelle Ausstattung durch Mobilität in andere Quartiere zu kompensieren.
Hypothese 3	Eine Verwahrlosung in den benachteiligten Quartieren spiegelt sich auch in den Wohnungen der BewohnerInnen.
Hypothese 4	Eine schlechte physische Ausstattung in den benachteiligten Quartieren ist Ursache von sozialer und gesundheitlicher Benachteiligung sowie abweichendem Verhalten (Devianz).
Soziale Dimension	
Hypothese 5	Die vorwiegend sozial homogenen Netzwerke in den benachteiligten Quartieren wirken benachteiligend auf die BewohnerInnen.
Hypothese 5a	Die Netzwerke und Freundeskreise von Erwerbslosen in benachteiligten Quartieren setzen sich vor allem aus anderen Erwerbslosen zusammen, was die Chancen auf einen Wiedereinstieg in das Erwerbsleben behindert.
Hypothese 5b	Durch die kleineren und qualitativ schlechteren Netzwerke in den benachteiligten Quartieren fehlen den BewohnerInnen Sozialkapitalressourcen.
Hypothese 6	Die Netzwerke von BewohnerInnen benachteiligter Quartiere beschränken sich (vor allem durch eine eingeschränkte Mobilität) im Wesentlichen auf das Quartier.
Hypothese 7	Räumliche Nähe generiert soziale Nähe.
Hypothese 8	Für Kinder und Jugendliche hat das Quartier – vermittelt durch Schule, Familie und Freundeskreis – eine besonders große Bedeutung.
Hypothese 9	In den benachteiligten Quartieren gibt es ein höheres Maß an und eine größere Duldung von Devianz und Delinquenz durch den Verlust sozial integrierter Gruppen und fehlender positiver Rollenvorbilder.
Symbolische Dimension	
Hypothese 10	Die Stigmatisierung der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere wirkt sich nachteilig auf deren Arbeitsmarktchancen aus.
Hypothese 11	Die Stigmatisierung der benachteiligten Quartiere wirkt sich negativ auf das Selbstwertgefühl der BewohnerInnen, ihre Identifikation mit dem Quartier und ihre Wohnzufriedenheit aus.

5.3. Methodische Schwierigkeiten

Bei der Sekundäranalyse der Studien ergeben sich einige methodische Schwierigkeiten, die einerseits aus den Studien an sich resultieren und andererseits aus dem Vergleich.

Bei der Vorstellung der Studien wurde deutlich, dass es keineswegs eine einheitliche Fragestellung gibt, wenngleich alle Studien gemeinsam versuchen, Quartierseffekte empirisch zu belegen. Dabei liegt der Fokus aber jeweils auf unterschiedlichen Dimensionen. Während die sozialen Netzwerke und das soziale Kapital in einigen Fällen Untersuchungsgegenstand sind, spielen sie in anderen Studien keine Rolle. Während die physische Dimension in manchen Studien als Auslöser und Folge sozialer Benachteiligung mit einbezogen wird, klammern andere diese vollkommen aus. Familie und Schule als zwei zentrale Sozialisationsinstanzen werden in fast allen Studien mit Ausnahme amerikanischen Untersuchungen ausgeklammert. So entstehen trotz der gemeinsamen Fragestellung sehr unterschiedliche inhaltliche Ausrichtungen.

Des Weiteren ergibt sich durch die Unterschiede im Untersuchungsdesign ein großer Unterschied in der inhaltlichen Ausrichtung. Die Studien, die auf der Basis großer Datensätze rein statistische Zusammenhänge herstellen, klammern viele Lebensbereiche aus, da ihnen auf der Quartiersebene dazu meist keine Daten zur Verfügung stehen. Wenn sich die Studien nur auf Daten zur sozialen Lage der Haushalte, den allgemeinen Haushaltsmerkmalen und den Wohnort stützen, wie dies in den Studien von Farwick, (2002), Musterd/Ostendorf/De Vos (2003) und Musterd/Andersson (2005) der Fall ist, sind sie in Bezug auf die sozialräumliche Lebenswelt unterkomplex. Ihre Stärke besteht, besonders im Fall der niederländischen Untersuchung, allerdings darin, dass sie statistische Zusammenhänge auf einer sehr großen Datenbasis aufzeigen. Sie können diese Zusammenhänge jedoch mit den ihnen zur Verfügung stehenden Daten nicht erklären. Dementsprechend sind diese Studien auch besonders anfällig für Fehlschlüsse. Ein statistischer Zusammenhang zwischen der Benachteiligung des Quartiers und der Benachteiligung der Bevölkerung kann zwar ein Hinweis auf einen Effekt des Quartiers auf die soziale Lage der BewohnerInnen sein, es kann sich aber auch um Sortierungseffekte handeln. Hier gilt also die Feststellung von Buck: Der Nachweis von Unterschieden zwischen den Quartieren ist nicht gleichzeitig der Nachweis von Quartierseffekten (Buck 2001: 2252).

Die Konzentrationseffekte stellen sich bei fast allen Studien als problematisch dar. Auch bei einer komplexeren Untersuchung der Zusammenhänge im Quartier kann in den meisten Fällen nicht ausgeschlossen werden, dass die Ergebnisse nicht (zu einem gewissen Teil) aus den individuellen Merkmalen der Bevölkerung resultieren und es sich damit nicht um einen Quartierseffekt handelt. Atkinson/Kintrea schreiben dazu: „[The study; Anm. d. A.] can say something about the characteristics of people within the places, but not much about whether and how the places have changed these people from what they would be if they lived somewhere else. [...] it is possible that some of the effects are a consequence of neighbourhood sorting mechanisms, rather than neighbourhood effects per se.“ (Atkinson/Kintrea 2001: 2296). Auch andere Autoren weisen explizit auf dieses Problem hin. Besonders bei der Studie von Farwick wird jedoch deutlich, dass er des Problem der Sortierungseffekte zwar bei anderen feststellt, dieses aber für seine Studie als gelöst betrachtet, was aufgrund der geringen Datentiefe bezweifelt werden darf (vgl. Farwick 2002: 293). Oberwittler sieht das Problem der Sortierungseffekte (bei ihm: Kompositionseffekte) auch mit Querschnittsstudien nicht gelöst, da sie die Selbstselektion der Haushalte meist nicht berücksichtigen: „Angesichts der methodischen Probleme scheint es insgesamt als ratsam, die Ergebnisse von Querschnittsstudien sehr vorsichtig zu interpretieren und eher von ‚potentiellen‘ denn von ‚wirklichen‘ Effekten auszugehen.“ (Oberwittler 2003: 143). Einige Autoren (Atkinson/Kintrea, Friedrichs/Blasius) begegnen diesem Problem, indem sie die Wohnzufriedenheit und den Umzugswunsch der BewohnerInnen erheben. Mit diesen Aussagen über die Freiwilligkeit der Wohnortentscheidung können sie den Konzentrationseffekt zumindest teilweise eingrenzen.

Ein weiteres methodisches Problem liegt in der unterschiedlichen Konzeptualisierung von Raum. Während die Mehrzahl der Studien das Quartier in erster Linie als Sozialraum versteht, kommt es zu unterschiedlichen geographischen Abgrenzungen vom Quartier: Musterd/Ostendorf/De Vos haben einen sehr starren räumlichen Ansatz, indem sie einen Umkreis von 250 Metern um jeden Haushalt ziehen und diesen als sozialen Nahraum verstehen. Damit werden tatsächliche räumliche und soziale Zusammenhänge unter diesen Radius untergeordnet und bleiben in der Studie unberücksichtigt. Auch der Rückgriff auf formale Gebietsabgrenzungen durch die Kommunen deckt sich in vielen Fällen wahrscheinlich nicht mit der räumlichen Lebenswelt der BewohnerInnen. Zu Ungenauigkeiten kommt es vor allem durch eine Überlagerung von unterschiedlichen räumlichen Ebenen: Während die Daten zur Benachteiligung des Quartiers auf statistischen Erhebungseinheiten basieren, berufen sich die BewohnerInnen in ihren Aussagen nicht notwendigerweise auf diese formalen Grenzen. Für die Übereinstimmung von geographischem Raum und Sozialraum ist auch die Größe des Gebietes entscheidend. Besonders bei Friedrichs/Blasius (2000) fällt auf, dass die Quartiere jeweils nur zwei bis fünf Straßenzüge umfassen. Dafür machen sie jedoch den Versuch, das Quartier nicht nur formal statistisch abzugrenzen, sondern auch anhand von Aussagen der Sozialarbeiter vor Ort und städtebaulichen Zusammenhängen und Barrieren. Fast alle Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die sozialen Kontakte im (räumlich abgegrenzten) Quartier nicht sehr präsent und ausgeprägt sind. Dementsprechend scheint der Sozialraum in vielen Fällen und für viele Gruppen kaum Deckungsgleichheit mit dem geographischen Raum zu besitzen, der als Quartier untersucht wird.

Die Größe des Samples unterscheidet sich in den Studien wesentlich. Während Kronauer/Vogel (2001) nur etwa 100 Probanden befragten, weisen die Studien von Drever/Clark (2006), Musterd/Ostendorf/De Vos (2003) und Farwick (2002) ein sehr großes Sample auf. Vom Datenumfang sind auch die Studien von Oberwittler und Orr et al. hervorzuheben, die etwa 5000 bzw. 9000 Probanden individuell untersuchen. Dennoch kann nicht pauschal davon ausgegangen werden, dass mit einem größeren Sample die Aussagekraft der Studien ansteigt. Des Weiteren ist eine Selektivität des Samples möglich. Musterd/Andersson werfen dies vor allem den Studien aus den USA vor (vgl. Musterd/Andersson 2005: 767). Besonders das MTO-Programm steht im Verdacht, durch die Freiwilligkeit der Teilnahme und die Bewerbungsbedingungen nur eine Positivauswahl im Programm zu erfassen. Eine Selektivität des Samples scheint auch bei Friedrichs/Blasius (2000) vorzuliegen: Der Anteil der BewohnerInnen deutscher Herkunft in den vier untersuchten Gebieten ist im Sample im Gegensatz zu den BewohnerInnen türkischer Herkunft überrepräsentiert. BewohnerInnen sonstiger Herkunftsregionen werden gar nicht in die Untersuchung einbezogen. Besonders für die Untersuchungen zu deviantem Verhalten muss zudem mit dem Problem der Verzerrung bei einer Selbstauskunft der Probanden gerechnet werden. Oberwittler (2004), dessen Studie das delinquente Verhalten Jugendlicher untersucht, umgeht dieses Problem weitestgehend, indem er die Aussagen der Probanden mit den offiziellen Statistiken zur Delinquenz vergleicht.

Bei Langzeituntersuchungen stellt außerdem die Veränderungen des Quartiers über den Zeitraum der Untersuchung ein Problem dar. Diese Veränderungen können kaum in den Untersuchungen berücksichtigt werden. Somit kann es zum vermeintlichen Auftreten von Effekten kommen, die jedoch vielmehr aus den Veränderungen des Quartiers resultieren. Orr et al. (2003) weisen für die MTO-Studie zum Beispiel darauf hin, dass sich der soziale Status der Programmgebiete innerhalb des Programm- und Untersuchungszeitraums geändert hat und es sich bei den Ergebnissen dabei eher um Tendenzen handelt. Des Weiteren spielt der Zeitfaktor gerade bei dieser Untersuchung eine große Rolle, da sich die Effekte des Quartiers auf die BewohnerInnen möglicherweise erst nach einigen Jahren oder sogar Jahrzehnten zeigen: "One potential reason why impacts were not observed for some outcomes is that those impacts have not yet had time to develop. If that is the case, we might expect the final evaluation to find more and larger impacts." (Orr et al. 2003: 158).

Trotz der Schwierigkeiten bemühen sich die Studien darum, methodische Ungenauigkeiten und Fehlschlüsse zu vermeiden. Die Probleme, die dennoch auftreten, sind oftmals eher der Hypothese der Quartierseffekte an sich und der Komplexität der Lebenswelt immanent als den Untersuchungsansätzen. In der Sekundäranalyse können die auftretenden methodischen Schwierigkeiten in den einzelnen Studien durch einen Vergleich von Ergebnissen aus unterschiedlichen Ansätzen zum Teil kompensiert werden. Dennoch spiegeln sich die Probleme auch in der Sekundäranalyse wider und schränken die empirische Aussagekraft der Ergebnisse zum Teil ein. Auch in der Sekundäranalyse handelt es sich damit im Wesentlichen um Tendenzen und Anzeichen hinsichtlich der Wirkung von Quartierseffekten. Zudem wird durch die Kombination von Ergebnissen und Methoden eine weitere Vereinfachung von Zusammenhängen vorgenommen, die diesen Charakter verstärkt.

6. Analyse empirischer Studien zum Thema „Quartierseffekte“

6.1. Physische Dimension

Die aktuellen Untersuchungen von Quartierseffekten verstehen das Quartier sehr viel stärker als Sozialraum denn als physischen Raum. Die Auswahl der untersuchten Quartiere und Bevölkerungsgruppen erfolgt in den Studien zuerst über soziale Parameter, meist die Arbeitslosenquote und die Armutsquote. Erst in einem nächsten Schritt wird die physische Ausstattung des Quartiers einbezogen. Das geschieht entweder über eine erfragte Einschätzung der BewohnerInnen (vgl. Friedrichs/Blasius 2000; Orr 2003; Atkinson/Kintrea 2001), über statistische und typologisierte Einteilungen, wie zum Beispiel die Trennung in sozialen Wohnungsbau und privaten Wohnungsmarkt, Großwohnsiedlungen und gemischte Altbauquartiere oder „guten“ und „schlechten“ physischen Zustand (vgl. Buck 2001; Kronauer/Vogel 2001; Musterd/Andersson 2005; Elliott et al. 2006) oder die physische Dimension wird gar nicht als eigenständige Dimension thematisiert, da das Quartier ausschließlich als Sozialraum untersucht wird (vgl. Drever/Clark 2006; Oberwittler 2003; Farwick 2002; Musterd/Ostendorf/De Vos 2003; Esser/Friedrichs 1990). Die ersten vier Hypothesen spiegeln die Annahmen der Studien zur physischen Ausstattung in den benachteiligten Quartieren. Im Folgenden sollen die Ergebnisse dazu dargestellt werden.

Hypothese 1: In den benachteiligten Quartieren gibt es eine schlechtere Ausstattung mit physischer und sozialer Infrastruktur als in den nicht-benachteiligten Quartieren.

In den meisten Studien wird davon ausgegangen, dass benachteiligte Quartiere auch Quartiere mit einer schlechten physischen Struktur und Ausstattung sind. Diese Annahme ist aber kaum Untersuchungsgegenstand der Studien. Es fällt deswegen schwer, auf Grundlage der analysierten Studien Aussagen zu dieser Hypothese zu treffen. Die Annahme einer Überschneidung von physischer und sozialer Benachteiligung bildet jedoch zum Teil die Basis für weitere Hypothesen.

Orr et al. nehmen in der amerikanischen MTO-Studie die physischen Unterschiede zwischen den benachteiligten und den nicht-benachteiligten Quartieren in den Blick. Dabei stellen sie fest, dass die umgesiedelten Haushalte in den weniger benachteiligten Quartieren eine Verbesserung bezüglich der physischen Gegebenheiten konstatieren: “We found substantial program effects on a wide variety of measures related to housing, neighborhood conditions, and safety. [...] On specific measures of housing quality (problems with vermin and with paint or wallpaper within apartments), neighborhood quality (litter and trash in the area, public drinking), and neighborhood safety (residents witnessing drug transactions, feelings of safety at night), the positive effects for experimental group program movers were particularly large relative to the control mean. [...] Taken together, MTO’s effects in this domain showed clear housing, neighborhood, and safety improvements relative to controls, and they were of great importance to participants whose primary motivation for joining MTO (in many cases) was improved safety.” (Orr et al. 2003: 49).

Im Bereich der sozialen Infrastruktur gibt es in der MTO-Evaluation zudem die Feststellung, dass die sozial weniger benachteiligten Quartiere in höherem Maße über „bessere“ Schulen mit besserer Ausstattung, mehr Muttersprachlern, einem besseren Leistungsschnitt und einem freien Mittagessen verfügen. Dennoch werden durch das MTO-Programm kaum Effekte auf die Bildungschancen und die Bildungseinstellungen der Kinder und Jugendlichen aus den umgesiedelten Familien festgestellt, was zum größten Teil darauf zurückgeführt wird, dass ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen mit dem Wohnort nicht gleichzeitig den Schulort gewechselt hat (vgl. ebd.: 109ff.).

Für den deutschen Kontext lassen sich aus einer Erhebung der Einstellung der BewohnerInnen zum eigenen benachteiligten Wohnquartier von Friedrichs und Blasius Rückschlüsse auf die phy-

sische Ausstattung ziehen. Insgesamt werden dabei mehr negative als positive Eigenschaften des Wohnquartiers aufgezählt. Dazu gehören vor allem Lärm und Verkehr, die Verschmutzung sowie die Nachbarn, der Ausländeranteil und die Angst vor Kriminalität. Als positive Eigenschaften wurden die zentrale Lage, die Nachbarschaft, die Einkaufsmöglichkeiten, die Infrastruktur und die Ausstattung mit Grünflächen betont. Bei den Ergebnissen gibt es jeweils Unterschiede zwischen den vier untersuchten Gebieten. In zwei Gebieten sehen ein Viertel bzw. ein Drittel der Befragten keine positiven Eigenschaften ihres Wohnstandortes (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 51ff.). Mit der Erhebung und Einschätzung der Merkmale des Wohnstandortes durch die BewohnerInnen ist zwar ein wichtiges aber ein unvollständiges Bild der tatsächlichen physischen Ausstattung der Gebiete gezeichnet. Vor allem durch die positive Hervorhebung von vielen physischen Ausstattungsmerkmalen wie Grünflächen, Einkaufsmöglichkeiten, zentraler Lage und Infrastruktur ist fraglich, wie stark sich die empfundenen Mängel des Quartiers in der physischen Dimension verorten lassen.

Die Ergebnisse aus den beiden genannten Studien stützen die Hypothese der schlechteren physischen Ausstattung, sie besitzen jedoch keine verallgemeinerbare Aussagekraft. Dennoch wird in einigen Studien implizit davon ausgegangen, dass die Hypothese für die jeweils untersuchten Gebiete Gültigkeit besitzt ohne dies konkret zu belegen. Dies gilt zum Beispiel für die Studien von Buck (2001) und Friedrichs (1990). Beide weisen darauf hin, dass die physischen Gegebenheiten im Quartier nicht aus der Bevölkerungsstruktur und deren sozialer Lage resultieren, sondern in erster Linie das Ergebnis eines Selektionsprozesses sind, der über den Wohnungsmarkt, Belegungsregulierungen, Ressentiments und Wohnwünsche gesteuert wird (vgl. Buck 2001: 2252f.; Friedrichs 1990: 308).

Hypothese 2: Die BewohnerInnen der benachteiligten Quartiere versuchen die schlechtere physische und infrastrukturelle Ausstattung durch Mobilität in andere Quartiere zu kompensieren.

Die Untersuchungen zur physischen Isolation der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere gehen davon aus, dass eine Beschränkung sowohl auf die baulichen und infrastrukturellen als auch auf die sozialen Gelegenheitsstrukturen der benachteiligten Quartiere für die BewohnerInnen benachteiligende Wirkungen entfalten kann. Dementsprechend sehen sie den Zusammenhang zwischen einer sozialen und einer physischen Benachteiligung, der unter der Hypothese 1 diskutiert wurde, als gegeben an. Anhand der physischen Isolation und des Mobilitätsverhaltens der BewohnerInnen lässt sich zunächst feststellen, ob sie einen lokal verankerten Aktionsradius haben oder ob der Aktionsradius über das Quartier hinaus geht. Rückschlüsse darüber, inwiefern der Aktionsradius eine Reaktion auf die vorhandene oder fehlende physische Ausstattung des Quartiers ist, lassen sich aber nur dann ziehen, wenn die Infrastrukturen und Gegebenheiten des benachteiligten Quartiers gesondert erfasst werden, was, wie schon erwähnt, kaum der Fall ist.

Atkinson und Kintrea finden in ihrer Befragung nach dem Verlassen des Quartiers keine Hinweise darauf, dass die BewohnerInnen der benachteiligten Gebiete physisch isoliert sind: "The results for the measure of isolation adopted do not show that the residents in the deprived neighbourhoods are significantly more isolated than residents in the mixed areas." (Atkinson/Kintrea 2001: 2294). Sie erheben dafür den Autobesitz und das Verlassen des Wohngebietes am vorangegangenen Tag (vgl. ebd.: 2285). Im Gegensatz dazu stellen Friedrichs und Blasius fest, dass sich mit steigender Benachteiligung der Gebiete bei den BewohnerInnen eine zunehmende Konzentration der Aktivitäten auf das Quartier finden lässt und dass sich auch mit steigender Armut der Personen deren Aktivitäten stärker auf das Wohnviertel konzentrieren. Für diese Feststellung führten sie, ähnlich wie Atkinson und Kintrea, eine Erhebung der Aktivitäten für einen Wochentag und einen Sonntag durch (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 78ff.). Sie resümieren: „Damit haben sich zwei zentrale Hypothesen der Studie bewährt, dass sich nämlich die Aktivitäten der Bewohner ärmerer Gebiete und diejenigen der ärmeren Bewohner stärker im Wohngebiet zutragen.“ (ebd.: 86).

Zur oben genannten Hypothese finden sich in den analysierten Studien also zwei einander gegensätzliche Ergebnisse. Die Rückschlüsse aus diesen unterschiedlichen Ergebnissen sind nicht eindeutig: Es wird einerseits auf die fehlende Notwendigkeit hingewiesen, das Quartier zu verlassen wenn es eine ausreichende Ausstattung mit Gelegenheitsstrukturen gibt. In diesem Sinne könnte die Konzentration des Aktionsraumes der BewohnerInnen auf das Quartier ein Hinweis auf eine gute physische Ausstattung sein. Andererseits wird auf die Notwendigkeit verwiesen, mangelhafte Gelegenheitsstrukturen im eigenen Wohnquartier durch die Ausweitung des Aktionsraumes auf andere Quartiere zu kompensieren. In diesem Falle wäre eine Konzentration auf das Quartier ein möglicher Hinweis darauf, dass die BewohnerInnen Gelegenheitsstrukturen nicht wahrnehmen (können), wenn sie weder im eigenen Gebiet vorhanden noch in anderen Gebieten erreichbar sind (vgl. Friedrichs/Blasius 77f.; Atkinson/Kintrea 2001: 2286).

Eindeutige Aussagen zur Hypothese der Kompensation schlechter physischer Ausstattung durch eine Ausweitung des Aktionsradius über das Quartier hinaus lassen sich also nicht treffen. Die Ergebnisse zum Aktionsradius der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere sind ambivalent. Darüber hinaus fehlt ein Zusammenhang zwischen der Mobilität und der physischen Ausstattung der untersuchten Quartiere, um Aussagen über die Notwendigkeit einer Kompensation machen zu können.

Friedrichs und Blasius stellen diesen Zusammenhang vage über eine Selbsteinschätzung des Quartiers durch die BewohnerInnen her. Da in der Befragung mehr negative als positive Aspekte des Wohnquartiers genannt werden, lässt sich vermuten, dass es in der physischen Dimension Restriktionen für die BewohnerInnen geben könnte, die sie durch eine Mobilität in andere Stadtteile auszugleichen versucht sein müssten. Wenn diese Mobilität nicht stattfindet, wie von Friedrichs und Blasius tendenziell festgestellt, läge hier also eine Benachteiligung durch das Quartier vor, der durch die BewohnerInnen nicht entgegengewirkt werden kann. Mit der Erhebung und Einschätzung der Merkmale des Wohnstandortes durch die BewohnerInnen ist zwar ein wichtiges, jedoch nur unvollständiges Bild der tatsächlichen physischen Dimension gezeichnet. Vor allem durch die häufige positive Nennung von speziell physischen Ausstattungsmerkmalen (neben Merkmalen wie den Nachbarn, dem Ausländeranteil und der Angst vor Kriminalität) ist fraglich, ob die negative Beurteilung der Quartiere in erster Linie auf physischen Mängeln basiert (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 51ff.).

Hypothese 3: Eine Verwahrlosung in den benachteiligten Quartieren spiegelt sich auch in den Wohnungen der BewohnerInnen.

Einzig Friedrichs und Blasius untersuchen einen Effekt des physischen Zustandes des Quartiers auf den physischen Zustand der Wohnung. Dabei stellen sie fest, dass sich bei zunehmender Verwahrlosung des Quartiers auch der (Pflege-) Zustand der Wohnungen verschlechtert (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 154f.). Diese Feststellung ist jedoch wenig belastbar, da der Zustand der Wohnungen von den befragenden Personen subjektiv eingeschätzt wurde. Der Pflegezustand der Quartiere wurde zudem gar nicht gesondert erhoben, sondern nur aus der allgemeinen Benachteiligung und der Einschätzung durch die BewohnerInnen abgeleitet (siehe oben).

Hypothese 4: Eine schlechte physische Ausstattung in den benachteiligten Quartieren ist Ursache von sozialer und gesundheitlicher Benachteiligung sowie abweichendem Verhalten (Devianz).

Um diese Hypothese untersuchen zu können, muss zunächst auf eine generelle methodische Schwierigkeit hingewiesen werden, die auch in den Studien immer wieder thematisiert wird: Wenn sich in den benachteiligten Quartieren negative Abweichungen, zum Beispiel in sozialer und gesundheitlicher Hinsicht sowie in Bezug auf Devianz und Delinquenz, feststellen lassen, kann dies durchaus ein Effekt des Quartiers sein. Es kann sich aber auch um einen Sortierungseffekt von Personen mit ähnlicher Disposition in einem benachteiligten Quartier handeln. Gut ausgestat-

tete und gepflegte Gebiete erzielen in der Regel auch höhere Preise auf dem Wohnungsmarkt, wodurch es zu einer Selektion bestimmter sozialer Schichten kommt. Die statusniedrigeren sozialen Schichten sind dabei vor allem auf die schlechter ausgestatteten Quartiere verwiesen, da hier meist auch geringere Bodenrenten anfallen. Damit kommt es zu einer Konzentration von statusniedrigeren Bevölkerungsgruppen in den benachteiligten Quartieren. Diese Konzentration kann mit einer Konzentration bestimmter Eigenschaften (Bildungsabschluss, Einkommen, Lebensstil) einhergehen, was dann unter Umständen zum Sortierungseffekt führt. Obwohl die Studien größtenteils darum bemüht sind, die Quartierseffekte von den Sortierungseffekten zu differenzieren, kann dies nicht immer eindeutig und trennscharf erfolgen. Die Ursache für das gehäufte Auftreten bestimmter Phänomene in benachteiligten Quartieren kann also – sofern es denn der Fall ist – nur teilweise im Quartier verortet werden.

Die eindeutigsten Ergebnisse für den Zusammenhang zwischen der physischen Struktur und Ausstattung des Quartiers und der sozialen Struktur und Benachteiligung kommen aus den Forschungen in den USA. Das Forscherteam um Elliott stellt einen signifikanten Zusammenhang zwischen der physischen Ausstattung im Quartier und der Benachteiligung der BewohnerInnen (in diesem Fall Kinder) fest: “Again, we find that physical differences between neighborhoods turn out to be more important than concentrated poverty for explaining differences in some child-development outcomes.” (Elliott et al. 2006: 7). Sie konstatieren, dass Quartiere mit physischen und städtebaulichen Mängeln eine höhere Rate an Kriminalität, delinquentem Verhalten und Drogengebrauch haben und das der Bereich der physischen Umgebung zugleich derjenige ist, auf den die BewohnerInnen am wenigsten Einfluss haben (vgl. Elliott et al. 2006: 277). Ein belastbares Netz von formalen Institutionen im Quartier (vor allem Schulen, Freizeiteinrichtungen, Unternehmer, Gewerbe und Polizei) und informellen Institutionen (vor allem Nachbarschaftsnetzwerke und Familie) verringert dagegen die Wahrscheinlichkeit für das Etablieren und Erstarben von Gangs und organisiertem Verbrechen. Diese Netzwerke und Institutionen können die schlechte physische Ausstattung im Quartier also zum Teil kompensieren. Gleichzeitig kann die Bildung von effektiven Netzwerken in manchen Fällen durch eine Verwahrlosung des Quartiers behindert werden (vgl. Elliott et al. 2006: 101). Anhand dieser Studie werden durchaus beachtenswerte Zusammenhänge zwischen der physischen Ausstattung sowie der sozialen Struktur und Devianz im Quartier aufgezeigt. Es kann allerdings auch hier nicht ausgeschlossen werden, dass die Unterschiede zwischen den Quartieren nicht (allein) auf die physische Ausstattung zurück zu führen sind, sondern möglicherweise auch durch Sortierungseffekte entstehen.

Auch im MTO-Programm werden Effekte des Quartiers festgestellt: Zu den positiven Effekten eines in physischer Hinsicht besser ausgestatteten Wohngebietes werden vor allem die geringere Wahrscheinlichkeit gezählt, Opfer von Gewalt zu werden und die geringere Präsenz von Drogenhandel und –konsum im Gebiet. Damit steigt auch das allgemeine Sicherheitsempfinden (vgl. ebd.: 65). Es ist jedoch unklar, inwiefern diese Effekte aus der physischen Struktur der Quartiere resultieren. Die besseren Wohnlagen und Wohnungen brachten aber auch einige Probleme für die ProgrammteilnehmerInnen: Sie stellen eine größere Diskriminierung beim Zugang zum Wohnungsmarkt fest (was vermutlich an dem stärkeren Zugang zum privaten Wohnungsmarkt im Vergleich zum überwiegend sozialen Wohnungsbau in den benachteiligten Gebieten liegt) und größere Schwierigkeiten in der ökonomischen Situation durch hohe Wohnnebenkosten (vgl. ebd.: 68). Diese Schwierigkeiten sind jedoch vor allem vor dem Hintergrund des Programms (als Testläufer für ein großangelegtes Umsiedlungsprogramm) relevant und weisen noch einmal auf die Bedeutung der sozialräumlichen Selektion von Bevölkerungsgruppen über den Wohnungsmarkt hin: Eine bessere Ausstattung geht einher mit höheren Mietpreisen.

Für den Zusammenhang zwischen der physischen Ausstattung und dem Gesundheitszustand stellen die amerikanischen ForscherInnen im Rahmen des MTO-Programms fest, dass es durch die Umsiedlung in physisch besser ausgestattete Quartiere keinen Unterschied im Zugang zu medizinischen Leistungen gibt. Auch die verbesserten hygienischen Bedingungen durch weniger

Ungeziefer und eine bessere Pflege des öffentlichen Raumes schlagen sich nicht im physischen Gesundheitszustand der ExperimentteilnehmerInnen nieder. Es gibt also keine Veränderungen hinsichtlich der physischen Gesundheit durch die Umsiedlung. Deutlichen Verbesserungen gibt es jedoch in der psychischen Gesundheit bei Erwachsenen im Experiment, die wahrscheinlich auf das gestiegene Sicherheitsempfinden zurück zu führen sind (vgl. ebd.: 74ff.).

Unter den deutschen Studien untersuchen lediglich Kronauer und Vogel ob es einen Zusammenhang zwischen der physischen Ausstattung und Struktur des Quartiers und der Benachteiligung der BewohnerInnen gibt. Durch ihre Gegenüberstellung einer Großwohnsiedlung und eines gemischten innerstädtischen Altbauquartiers nehmen sie zwei sehr unterschiedliche Bebauungstypen ins Blickfeld. Sie kommen dabei zu dem Ergebnis, dass neben der sozialen Zusammensetzung auch die funktionale Ausrichtung des Quartiers entscheidend für die Benachteiligung ist. Besonders Großwohnsiedlungen gelten dabei als ausgrenzende Orte. Innerstädtische Quartiere enthalten dagegen wegen ihrer baulichen und funktionalen Mischung, „kompensatorische Potentiale“ für ihre BewohnerInnen. Im Fazit stellen sie fest, dass eine institutionelle und infrastrukturelle Unterversorgung die Ausgrenzungsgefahr der BewohnerInnen verschärft, eine gute Versorgung dagegen die benachteiligte Lage erträglicher machen kann. Die Versorgung in der physischen Dimension umfasst dabei die Verkehrsanbindung, die Quantität und Qualität von Schulen, die medizinische Versorgung, die Beratungsstellen und Freizeitangebote und den öffentlichen Raum (vgl. Kronauer/Vogel 2001: 46). Kronauer und Vogel räumen jedoch ein, dass es sich bei ihren Ergebnissen eher um Vermutungen handelt, für die Hinweise in der Studie festgestellt werden. Die sozialen und die physischen Merkmale des Quartiers gehen in beiden Gebietstypen eine unterschiedliche Verbindung miteinander ein, so dass die Effekte der physischen Ausstattung auf die Benachteiligung kaum isoliert dargestellt werden können (vgl. ebd.: 56f.).

Eine ähnliche Gegenüberstellung von Quartierstypen nehmen Musterd und Andersson vor, die dafür den Zusammenhang zwischen der sozialen Benachteiligung im Quartier, der Bebauungsstruktur und der Erwerbstätigkeit der BewohnerInnen untersuchen. Dabei unterscheiden sie zwischen baulich homogenen und gemischten Nachkriegsquartieren in Schweden. Sie kamen zu dem Ergebnis: “[...] that those who live in homogeneous low-income neighborhoods and were employed 1990 have the lowest chance to stay employed throughout the period under investigation and that their chances are lower than for those who live in mixed low-income environments.” (Musterd/Andersson 2005: 780)

Friedrichs nimmt in seiner Studie mit Esser und Anderen nicht die Benachteiligung sondern die ethnische Herkunft und deren Zusammenhang mit der physischen Struktur des Quartiers in den Blick (in Esser/Friedrichs 1990). Die Ausstattung eines Wohnviertels wird von ihm als eigenständige Kategorie für die Chancen und Restriktion im Handeln der BewohnerInnen begriffen. Er weist darauf hin, dass sich die ethnischen Minoritäten bei entsprechender Nachfrage ihre eigenen Angebote schaffen und bestehende Mängel in der Ausstattung somit zu kompensieren suchen (vgl. Friedrichs 1990: 310f.). Dies bezieht sich vor allem auf Infrastrukturen und Versorgungsangebote und weniger auf die bauliche Umgebung.

Zusammenfassung

In der Analyse der Studien zeigt sich, wie schwierig eine Abgrenzung der physischen Dimension von der sozialen und der symbolischen Dimension ist. Die physischen Strukturen im Wohngebiet können vielfältige Wirkungen in anderen Dimensionen entfalten, die weder in den Studien noch in der hier vorgenommenen Sekundäranalyse in diesem Zusammenhang erfasst wurden. Zu viele unterschiedliche Komponenten fließen zusammen, die eine Einordnung in ein Untersuchungs- und Analyseschema erschweren. Es reicht nicht aus, zu untersuchen, ob es eine umfangreichere Ausstattung mit Schulen, medizinischen Einrichtungen oder Grünflächen in einem Quartier gibt, es muss immer auch untersucht werden, ob es eine Ausstattung mit besseren Schulen, medizi-

nischen Einrichtungen und Grünflächen gibt. Physische, soziale, symbolische und weitere Dimensionen (wie zum Beispiel Machtstrukturen und Politik) fließen hier zusammen. Werden also Wirkungen der physischen Struktur und Ausstattung des Quartiers auf die Benachteiligungslage der BewohnerInnen festgestellt, müssen immer auch andere Einflüsse mitgedacht werden. Eine isolierter Zusammenhang zwischen der physischen Dimension und der Benachteiligung und sozialen Situation der BewohnerInnen lässt sich damit kaum herstellen. Dennoch gibt es Hinweise auf Wechselwirkungen, vor allem aus der US-amerikanischen Forschung. Dort wird festgestellt, dass die physische Struktur des Quartiers einen Einfluss auf die Sicherheit und die Bildung von Netzwerken haben kann, woraus weitere Wirkungen entstehen.

Desweiteren kann nicht davon ausgegangen werden, dass die physische Ausstattung und Struktur des Quartiers eine primäre Relevanz für die BewohnerInnen hat. Nur zwei Studien untersuchen das Mobilitätsverhalten der Bewohner, um daraus Rückschlüsse auf deren Aktionsraum zu ziehen – mit unterschiedlichem Ergebnis. Daher bleibt die Frage offen, ob das benachteiligte Quartier und dessen physische Struktur und Ausstattung den primären Aktionsraum für die BewohnerInnen darstellt oder ob deren Aktionsradius über die Grenzen des Quartiers hinaus geht. Es fehlt in allen Fällen eine Analyse der tatsächlichen physischen Gelegenheitsstrukturen im Quartier sowie deren Nutzungsmöglichkeiten, -restriktionen und -frequenzen durch die BewohnerInnen, um gesicherte Aussagen über die Effekte der physischen Ausstattung des Quartiers auf die Benachteiligung der BewohnerInnen machen zu können.

Letztlich lässt sich also feststellen, dass es zwar Anzeichen dafür gibt, dass die physische Gelegenheitsstruktur und Ausstattung des Quartiers Wirkung auf dessen BewohnerInnen entfaltet, dass diese jedoch vor allem für den europäischen Raum in ihren Zusammenhängen kaum eindeutig zuzuordnen ist.

6.2. Soziale Dimension

Auch bei den Quartierseffekten in der sozialen Dimension finden sich Querbezüge zu den anderen Dimensionen der Analyse. Einige Bezüge zur physischen Dimension wurden im vorangehenden Abschnitt schon thematisiert. Auch bei der Analyse in dieser Dimension fällt es schwer, eine systematische Darstellung von möglichen Wirkungszusammenhängen zu geben. Der Fokus richtet sich hier deswegen auf die Darstellung von Effekten des Quartiers und dessen sozialer Zusammensetzung auf die soziale Lage und Situation der BewohnerInnen. Diese Effekte lassen sich grob in vier wesentlichen Bereichen verorten: den Bereichen der ökonomischen Situation (Beschäftigung, Einkommen, Armut), der Netzwerke, der Sozialisation (Bildung, Peers, Normen, Familie) und der Devianz (Normen, Delinquenz).

Hypothese 5: Die vorwiegend sozial homogenen Netzwerke in den benachteiligten Quartieren wirken benachteiligend auf die BewohnerInnen.

Soziale Netzwerke stellen einen sehr umfangreichen Untersuchungsschwerpunkt in vielen der analysierten Studien dar. Sie werden als Basis von Sozialkapital betrachtet, mithilfe dessen die BewohnerInnen benachteiligter Quartiere zum einen ihre benachteiligte Lage erträglicher gestalten und kompensieren und zum anderen die Benachteiligung überwinden können (vgl. Kapitel 4.3.) Die Annahme, in den benachteiligten Quartieren fänden sich vorwiegend homogene Netzwerke von Personen, die alle in einer ähnlichen benachteiligten Lage sind, geht einher mit der Hypothese, dass diese Netzwerke demnach auch keine Ressourcen bereitstellen, um aus der benachteiligten Lage zu entkommen. Die Ergebnisse der Studien zu diesen Annahmen sollen – in zwei Unter-Hypothesen (5a und 5b) aufgegliedert – im Folgenden dargestellt werden.

Hypothese 5a: Die Netzwerke und Freundeskreise von Erwerbslosen in benachteiligten Quartieren setzen sich vor allem aus anderen Erwerbslosen zusammen, was die Chancen auf einen Wiedereinstieg in das Erwerbsleben behindert.

Mehrere Studien untersuchten den Einfluss von Netzwerken auf die ökonomische Situation der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere unter der oben genannten Hypothese. Der erste Teil dieser Annahme wird von Atkinson und Kintrea bestätigt: In den benachteiligten Quartieren setzt sich der Freundes- und Bekanntenkreis von Erwerbslosen vor allem aus ebenfalls Erwerbslosen zusammen. Personen in diesen Gebieten mit Beschäftigung hatten dagegen auch mehr Erwerbstätige in ihrem Bekanntenkreis (Atkinson/Kintrea 2001: 2088f.). Sie beschreiben eine relative Isolation der Erwerbslosen in den benachteiligten Quartieren, die sich jedoch auch auf eine verstärkte Dominanz von Erwerbslosigkeit in den benachteiligten Gebieten zurückführen ließe und damit auch zum Teil die Folge eines Sortierungseffektes sei. Dennoch stellen sie eine große Differenz im Anteil der Erwerbstätigen in den unterschiedlich stark benachteiligten Gebieten fest, die sich nicht allein auf Sortierungsprozesse zurückführen lässt: „[...] the evidence points to the existence of neighbourhood effects in that people in similar positions were less likely to be in work and more likely to be sick or disabled if they live in the deprived areas.” (ebd.: 2295). Worin diese Differenz jedoch ihre Ursache hat, bleibt ungeklärt. Vermutet werden ein Einfluss von Stigmatisierung bei der Arbeitsplatzsuche und das geringere Bildungsniveau in den benachteiligten Quartieren (vgl. ebd.: 2293). Weiterhin wird aus der Untersuchung nicht klar, ob die Netzwerkpersonen der Erwerbslosen auch in deren benachteiligten Wohnquartieren angesiedelt sind. Zum zweiten Teil der Hypothese – den verringerten Chancen auf einen Einstieg in die Beschäftigung durch den überwiegenden Kontakt zu Erwerbslosen – stellen Atkinson und Kintrea fest, dass es keinen Unterschied in der Bedeutung der Netzwerke für den Einstieg in die Erwerbstätigkeit zwischen den benachteiligten Gebieten und den sozial gemischten Quartieren gibt: Die Bedeutung der persönlichen Kontakte für den Einstieg ist jeweils gleich hoch (vgl. ebd.: 2289). Dies legt die Vermutung nahe, dass die Ursache für die Arbeitslosigkeit nicht in einer Verknüpfung von sozialem Netzwerk und Quartier liegt.

Friedrichs und Blasius kommen zu Ergebnissen, die der Annahme, die Netzwerke der erwerbslosen Personen würden sich vor allem aus ebenfalls Erwerbslosen zusammensetzen, widersprechen. Die erwerbslosen deutschen Befragten in ihrer Studie nennen zu 45 Prozent Netzwerkpersonen, die erwerbstätig sind und zu 26,5 Prozent Arbeitslose. Die deutschen Erwerbstätigen nennen zu 70 Prozent Netzwerkpersonen, die auch erwerbstätig sind und zu fünf Prozent Arbeitslose (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 65ff.). Der Unterschied wirkt zwar relativ groß, es muss aber berücksichtigt werden, dass ein Zusammenhang zwischen der Qualifikation der Befragten, der Chance zur Erwerbstätigkeit und der Qualifikation und Chance zur Erwerbstätigkeit der Netzwerkpersonen bestehen kann. Abgesehen davon ist der Anteil von 45 Prozent an erwerbstätigen Personen im Netzwerk der erwerbslosen Befragten nicht unerheblich und es kann somit auf Grundlage dieser Daten nicht davon ausgegangen werden, dass der Anteil der Erwerbspersonen im Netzwerk einen signifikanten Einfluss auf die Chancen zum Wiedereinstieg in das Erwerbsleben hat.

Auch Buck untersucht den Zusammenhang von Netzwerken und ökonomischer Position der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere. Dazu erhebt er die Arbeitslosenquote im Quartier, die erwarteten und tatsächlichen Chancen zum Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit innerhalb eines Jahres sowie den Anteil der Erwerbspersonen unter den drei engsten Freunden. Für die Erwartungen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit spielt weder die Arbeitslosenquote im Quartier noch der Kontakt zu Erwerbstätigen im Freundeskreis eine große Rolle. Die tatsächlichen Chancen zum Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit sind in den Gebieten mit einer hohen Arbeitslosenquote jedoch geringer. Buck weist aber an dieser Stelle darauf hin, dass dies durchaus die Folge einer Konzentration von individuellen Mängeln sein könnte, also auch hier ein Sortierungseffekt vorliegt (vgl. Buck 2001: 2266f.)

Farwick prüft in seiner Studie in Bremen und Bielefeld vor allem den zweiten Teil der Hypothese und kommt zu einem ähnlichen Ergebnis wie Buck: In den Armutsquartieren gibt es eine durchschnittlich längere Verweildauer in der Armutslage (also auch in der Arbeitslosigkeit) als in den Gebieten mit geringerer Sozialhilfedichte. Er untersucht jedoch lediglich die statistischen Zusammenhänge bei den Sozialhilfedaten und bezieht nicht die Netzwerke von Personen in den Armutsgebieten in seine Untersuchung mit ein. Allerdings geht er implizit davon aus, dass der Anteil der in Armut lebenden Personen im Quartier vermittelt über lokale Netzwerke einen Einfluss auf die Armutslage der Haushalte haben kann. Auch Farwick weist bei seinen Ergebnissen darauf hin, dass diese zum Teil die Folge von Sortierungsprozessen sein könnten. Diese Möglichkeit bekräftigt er insbesondere für Bremen – dort gebe es einen erhöhten Anteil von „gefährdeten Haushalten“¹⁰ in den benachteiligten Gebieten, worauf die längere Verweildauer in der Armutslage zurückzuführen sein könnte. Dies gelte jedoch nicht für Bielefeld, wo sich ebenfalls ein Zusammenhang zwischen der Armutskonzentration im Quartier und der Dauer der Armutslage der Haushalte zeige. Dies sei nicht auf eine selektive Migration, Sortierung oder auf spezifisch „gefährdende“ Merkmale der Haushalte zurückzuführen (vgl. Farwick 2002: 295ff.). Farwick untersucht in seiner Studie jedoch nur Haushalte und erfasst damit ausschließlich Haushaltsmerkmale und nicht die individuellen Merkmale der BewohnerInnen. Auf der individuellen Ebene kann also durchaus ein Sortierungseffekt wirken, der auf der Ebene der Haushaltsmerkmale nicht sichtbar wird. Seine Schlussfolgerung, dass die längere Verweildauer in der Armutslage aus der Übernahme destruktiver Verhaltensmuster durch das soziale Lernen im Quartier resultiere, hat deswegen nur eine schwache Basis.

Ebenfalls implizit gehen Musterd, Ostendorf und De Vos von Netzwerken in benachteiligten Quartieren als Vermittler von sozialen Chancen und Restriktionen aus. Sie untersuchten in ihrer Studie – ähnlich wie Farwick – den Zusammenhang zwischen dem Anteil von Erwerbslosen im direkten räumlichen Umfeld¹¹ und dem Erwerbsstatus der untersuchten Haushalte. Besonders deutliche Ergebnisse stellen sie für den Anteil der Haushalte fest, die im Jahr 1989 ausschließlich von Sozialhilfe lebten: Wenn der Anteil der Sozialhilfeempfänger im direkten räumlichen Umfeld dieser Haushalte nur 2% ausmachte, schafften 52,3% der untersuchten Haushalte zum Jahr 1994 den Sprung zu einem Erwerbseinkommen. Wenn der Anteil im Umfeld dagegen bei 50 bis 75% lag, blieben fast 98% der untersuchten Haushalte ohne Erwerbseinkommen. Der Zusammenhang zwischen dem Anteil der erwerbslosen Haushalte im Umfeld und des Erwerbsstatus der untersuchten Haushalte ist jedoch keinesfalls linear (Musterd/Ostendorf/De Vos 2003: 886f.). Deswegen kommen sie zu folgendem Schluss: „The conclusion can be drawn that the chance of escape is dependent on the environment, but only to a minor extent.“ (ebd.: 887). Für die Haushalte mit Erwerbseinkommen stellen sie fest: „[...] it appears that ‘at least a paid job’ households in 1989 living in ‘bad neighbourhoods’ ran a much greater risk of losing their job and becoming dependent on benefits than those in ‘good neighbourhoods.’“ (ebd.: 887). Bezieht man jedoch die Haushaltsgröße mit ein, wird der Quartierseffekt geringer (vgl. ebd.: 888). Die Studie stützt sich auf die Daten der Einkommenssteuererklärungen. Damit bleiben auch hier wie bei Farwick individuelle Merkmale der BewohnerInnen weitestgehend unberücksichtigt, da es sich um Haushaltscharakteristika handelt. Des Weiteren wird ein sozialer Nahraum von 250 Meter Radius für jeden Haushalt festgelegt. Ob dieser Raum jedoch als Quartier gewertet werden kann, darf in vielen Fällen bezweifelt werden, da räumlichen Zusammenhänge wie Barrieren, Zentralitäten, Baustrukturen, symbolische Abgrenzung von Quartieren, Nachbarschaften und Einzugsgebiete von Infrastrukturen mit dieser Methode nicht berücksichtigt werden können.

10 Unter diesen Haushalten versteht Farwick vor allem Alleinerziehende und Familien mit Kindern sowie Familien, die aufgrund familiärer Ereignisse in die Armutslage gekommen sind. (vgl. Farwick 2002: 295)

11 In der Studie von Musterd, Ostendorf und De Vos wird um jeden Haushalt ein Radius von 250 Metern gelegt. Alle Haushalte innerhalb dieses Umkreises werden in der statistischen Auswertung als sozialräumliches Umfeld erfasst.

Auch in der MTO-Studie konnte für den Zusammenhang von Armut bzw. Abhängigkeit von Sozialleistungen und Quartier kein Effekt des sozialräumlichen Umfelds festgestellt werden: “[...] we find no evidence that MTO reduced public assistance receipt or increased average household income, income relative to poverty, or food security. There is also no evidence that any of the sub-groups examined experienced reductions in welfare benefits relative to controls.” (Orr et al. 2003: 135). Dies gilt trotz der erhöhten Wahrscheinlichkeit, dass die Erwachsenen nach der Umsiedlung, im Vergleich zu den im benachteiligten Quartier verbleibenden ProgrammteilnehmerInnen, wenigstens eine Person mit Collegeabschluss und eine Person, die über 30.000 Dollar im Jahr verdient, im Freundeskreis haben. Der erste Teil der Hypothese könnte mit diesem Ergebnis gestützt werden (vgl. ebd.: 114). Dass mit dem verstärkten Kontakt zu Personen im Erwerbsleben auch die eigenen Chancen auf eine Beschäftigung steigen, wird jedoch nicht bestätigt. Durch die Umsiedlung wird zwar ein Anstieg der ökonomischen Möglichkeiten und eine erhöhte Präsenz von Verdienern im Freundeskreis festgestellt, dies hat jedoch keinen Effekt auf die Verdienste oder den Beschäftigungsstatus der ProgrammteilnehmerInnen (vgl. Orr et al. 2003: 115). “Although the experimental [...] group families tended to move to neighborhoods with more favorable employment opportunities and norms more supportive of work than those where controls lived, we found virtually no significant effects on the employment or earnings of either adults or youth in either of these groups. The only significant effect on earnings or employment was a short-term negative effect on employment for the experimental group relative to the control group, an effect that dissipates over time.” (ebd.: 123). Diese Ergebnisse werden jedoch nicht (nur) in Relation zu den Netzwerken der Personen gesetzt. Als Hauptproblem bei der Beschäftigungssuche wurden von den ProgrammteilnehmerInnen vielmehr gesundheitliche Probleme und eine mangelnde Verfügbarkeit von bezahlbarer Kinderbetreuung genannt (vgl. ebd.: 128).

Über die Struktur der Netzwerke von BewohnerInnen benachteiligter Gebiete gibt es aus den Studien keine eindeutigen Aussagen. Während Atkinson/Kintrea und Buck einen erhöhten Anteil von nicht erwerbstätigen Personen im Netzwerk der erwerbslosen BewohnerInnen feststellen, gilt dieses Ergebnis zwar generell auch für Friedrichs und Blasius – jedoch stark relativiert. Hier macht der Anteil der Erwerbslosen nicht den Großteil der Netzwerkpersonen aus. In allen diesen Studien ist zudem unklar, ob es sich um Netzwerkpersonen im Quartier oder außerhalb handelt, ob also die Sozialstruktur des Quartiers diese Netzwerke konstituiert. Ein klarer Zusammenhang zwischen dem Anteil an Erwerbstätigen im Netzwerk der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere und deren Chancen zum (Wieder-) Einstieg in die Erwerbstätigkeit lässt sich mit Hilfe der hier analysierten Studien ebenfalls kaum feststellen. Teilweise wird dieser Zusammenhang widerlegt, teilweise wird ein Zusammenhang festgestellt, vor allem bei Untersuchungen, die nicht direkt die Netzwerke sondern die Sozialstruktur des Quartiers untersuchen, mit der impliziten Annahme, diese repräsentiere auch die soziale Zusammensetzung der Netzwerke. Ob dies jedoch der Fall ist, bleibt fraglich und soll unter der Hypothese Nummer sechs genauer untersucht werden.

Hypothese 5b: Durch die kleineren und qualitativ schlechteren Netzwerke in den benachteiligten Quartieren fehlen den BewohnerInnen Sozialkapitalressourcen¹².

Auch die Hypothese, dass die Netzwerke der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere kleiner und „qualitativ schlechter“ sind, kann nicht eindeutig bestätigt werden. Dafür gibt es jedoch stärkere Anzeichen. Friedrichs und Blasius kommen zu dem Ergebnis, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem Bezug von Transferleistungen und der Zahl der Netzwerkpersonen gibt. Sie

¹² Der Ansatz, soziale Beziehungen als Kapital zu beschreiben, stammt von Bourdieu (vgl. Bourdieu 1983). Er nimmt eine Differenzierung in drei Kapitalarten vor: das ökonomische Kapital, das kulturelle Kapital und das soziale Kapital. Sein Anliegen ist es, aufzuzeigen, wie die Verteilung der verschiedenen Arten des Kapitals als Spiegel der Gesellschaftsstruktur gesehen werden kann und wie sich eine Ungleichheit von Chancen im ökonomischen Bereich auch auf die kulturellen und sozialen Chancen auswirkt. Bourdieu sieht das ökonomische Kapital als Grundlage für die Erfolgchancen von Individuen, will den Kapitalbegriff jedoch nicht nur darauf reduzieren. Daher nimmt er eine Erweiterung um das kulturelle Kapital (Bildung, Verständnis, Bildungsgüter) und das soziale Kapital vor, zu dem vor allem Netzwerkbeziehungen gezählt werden. Bourdieu zeigt Zusammenhänge zwischen den

stellen jedoch einen Unterschied zwischen den vier von ihnen untersuchten Gebieten fest: Mit steigender Benachteiligung des Quartiers sinkt die durchschnittliche Zahl der Netzwerkpersonen der BewohnerInnen (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 66). Ob es sich hierbei aber wirklich um einen Quartierseffekt handelt, kann nicht zweifelsfrei belegt werden. Zum einen ist die räumliche Abgrenzung der Quartiere sehr eng gefasst und somit stellt sich wiederum die Frage nach der lokalen Verankerung der Netzwerke. Zum anderen wurde der Grad der Benachteiligung der vier Gebiete anhand einer Kombination von Sozialdaten und von Beurteilungen durch Sozialarbeiter festgelegt. Da es sich aber generell um vier benachteiligte Quartiere handelt, sind die Abstufungen nicht sehr stark. Generell wurde kein nicht-benachteiligtes oder sozial gemischtes Quartier in die Untersuchung einbezogen.

Stärker belastbare Ergebnisse stammen von der Forschergruppe um Elliott. Sie stellen in ihrer Untersuchung der Organisation und Netzwerkstrukturen in benachteiligten und nicht-benachteiligten Quartieren folgendes fest: „[...] neighborhoods that are Disadvantaged and Deteriorated tend to be poorly organized and have unsupportive, sometimes nonconventional or deviant cultures [...]“, allerdings mit der Einschränkung: “Disadvantaged, Poor Neighborhoods can develop relatively good, supportive organizations and cultures, although this proved to be the exception rather than the rule.” (Elliott et al. 2006: 129). Unter „Organisation“ fassen sie nicht nur Freundschaftsnetzwerke, sondern auch Nachbarschafts- und Unterstützernetzwerke im weiten Sinne. Mit der Feststellung von guten Organisationsstrukturen auch in benachteiligten Quartieren ist die schlechte Organisation also kein notwendiger Effekt der Benachteiligung, auch wenn sie in den meisten Fällen damit einher geht. Weiterhin stützen Elliott et al. den zweiten Teil der Hypothese – die Annahme, dass sich die Qualität und Größe der Netzwerke in den benachteiligten Quartieren negativ auf die Sozialkapitalressourcen auswirke. Sie stellen fest, dass das Leben in einem gut organisierten Quartier im Vergleich zu einem schlecht organisierten Quartier einen positiven Einfluss vor allem auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat (mehr dazu unter der Hypothese 8) (vgl. Elliott et al. 2006: 129).

Auch in der MTO-Studie wurde festgestellt, dass sich die Größe und Qualität der Netzwerke für einige Personengruppen durch eine Umsiedlung in weniger benachteiligte Gebiete verbesserte: Für Kinder konnte durch die Umsiedlung generell ein leichter Anstieg an Kontakten festgestellt werden. Gleichzeitig gab es einen starken Rückgang der Kontakte aus der früheren Wohngegend, der sich vor allem mit der eingeschränkten Mobilität von Kindern erklären lässt (vgl. Orr et al. 2003: 74f.). Gleichzeitig gab es eine erhöhte Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Erwachsenen nach der Umsiedlung wenigstens eine Person im Freundeskreis haben, die einen Collegeabschluss hat und eine Person, die über 30.000 Dollar im Jahr verdient (vgl. ebd.: 114). Für Jugendliche gab es jedoch auch negative Veränderungen in der Qualität ihrer Netzwerke durch die Umsiedlung: “MTO had no effect on the likelihood that a child had friends who were involved in school activities. It also had no effect on the likelihood that a child had a friend who carried a weapon, and it increa-

bis dato als uneigennützig betrachteten Kapitalarten (kulturelles und soziales Kapital) und dem (eigennütigen) ökonomischen Kapital auf. Die verschiedenen Kapitalarten können somit untereinander konvertiert werden. Als einheitliches Messinstrument für den „Wert“ der jeweiligen Kapitalarten, nennt er die Zeit, die für die Erschließung und Nutzung des Kapitals notwendig ist. Bourdieu schreibt, dass sowohl kulturelles Kapital, als auch soziales Kapital vom ökonomischen Kapital abhängig sind, sich jedoch nicht ausschließlich auf ökonomische Parameter reduzieren lassen. Die Erlangung von kulturellem Kapital erfordert Zeit, die wiederum nicht mit Erwerbsarbeit verbracht werden kann und somit auch ökonomische Ressourcen, um diese erwerbslose Zeit zu überbrücken. Der Nutzen des Sozialkapitals für den einzelnen ist wiederum davon abhängig, wie groß das Kapital der Gesamtheit einer Gruppe oder eines Netzwerkes ist und inwiefern es dem Individuum möglich ist, die (exklusiven) Kriterien für den Zugang zu einer Gruppe zu erfüllen und Zeit aufzuwenden, um diese Netzwerkbeziehungen zu pflegen. Aus der Zugehörigkeit zu einem Netzwerk ergeben sich dann sowohl materielle als auch symbolische Profite: „Das Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen. [...] Der Umfang des Sozialkapitals, das der Einzelne besitzt, hängt demnach sowohl von der Ausdehnung des Netzes von Beziehungen ab, die er tatsächlich mobilisieren kann, als auch von dem Umfang des (ökonomischen, kulturellen und symbolischen) Kapitals, das diejenigen besitzen, mit denen er in Beziehung steht.“ (Bourdieu 1983: 190f.).

sed the likelihood that a child had friends who took drugs. Although the demonstration may have been successful in moving families to neighborhoods with norms and values that encouraged and supported educational achievement, it does not appear to have substantially altered the behavior or values of the children's peer networks, the individuals with whom children have the most contact." (Orr et al. 2003: 114f.). Auch diese Tatsache könnte dadurch begründet sein, dass viele der Kinder und Jugendlichen mit der Umsiedlung nicht den Schulort wechselten und damit auch der Freundeskreis weitestgehend unverändert blieb.

Hypothese 6: Die Netzwerke von BewohnerInnen benachteiligter Quartiere beschränken sich (vor allem durch deren eingeschränkte Mobilität) im Wesentlichen auf das Quartier.

Diese Hypothese ist wesentlich für das Verständnis von Sozialraum und sozialräumlicher Politik. Da sozialen Netzwerken eine zentrale Rolle für die Benachteiligung zugemessen wird – sowohl im positiven Sinne als Ressource und Kompensationsmechanismus als auch im negativen Sinne als Restriktion – ist bei einer quartiersorientierten Sozialpolitik die Frage zentral, ob die Netzwerke überhaupt in diesem (geographisch festgelegten) Raum verortet sind oder ob es sich um quartiersunabhängige Netzwerke handelt.

Oberwittler weist in seiner Untersuchung zu Jugenddelinquenz in benachteiligten Quartieren eindeutig auf eine fehlende Übereinstimmung von Sozialraum und Wohnquartier für die Jugendlichen hin. In seiner Studie hat er festgestellt, dass die räumliche Ausdehnung der sozialen Netzwerke von Jugendlichen vom Zuzugszeitpunkt, der räumlichen Entfernung zur Schule, dem Geschlecht, der Familienstruktur, der Schulform, den Freizeitaktivitäten und der Mitgliedschaft in Vereinen abhängig ist. Keinen Einfluss dagegen haben das Alter, die Ethnie, die allgemeine Gewaltakzeptanz und der Sozialhilfebezug bzw. die Arbeitslosigkeit der Eltern. Vielmehr scheinen auch Präferenzen der Jugendlichen und die eigene Beurteilung ihres Wohnviertels eine wesentliche Rolle für die räumliche Ausdehnung des Freundeskreises zu spielen (vgl. Oberwittler 2003: 156ff.). „Die zentrale Bedeutung, die der räumlichen Ausrichtung der Freundesnetzwerke zukommt, legt die Interpretation nahe, dass der Stadtviertelkontext für Jugendliche nur dann bedeutsam ist, wenn ihre Freunde im selben Stadtviertel wohnen; wenn nicht, dann ist der Stadtviertelkontext offenbar völlig bedeutungslos – zumindest der, in dem die Jugendlichen wohnen, wie in beinahe allen Studien angenommen wird.“ (ebd.: 155). Und weiterhin: „Dies bedeutet in der Konsequenz, dass die soziale Segregation der Wohnsitze durch eine von den Jugendlichen selbst gesteuerte soziale Segregation ihrer sozialen Netzwerke und Aktionsräume ergänzt und noch übertroffen wird.“ (ebd.: 160). Bemerkenswert sind diese Ergebnisse für die Gruppe der schulpflichtigen Jugendlichen, da gerade Kinder und Jugendliche im Allgemeinen als relativ immobile Gruppe charakterisiert werden und deswegen davon ausgegangen wird, dass das Wohnquartier auf sie besonders starke Effekte entfaltet (vgl. Hypothese 8).

Auch in anderen Studien lassen sich Ergebnisse finden, die diese Hypothese widerlegen und Anzeichen dafür, dass sich die Netzwerke der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere nicht auf deren Wohngebiete beschränken, sondern sich nach anderen Parametern überlokal zusammensetzen. So kommt zum Beispiel Friedrichs in seiner Studie mit Esser zu dem Ergebnis, dass sich die Netzwerke der BewohnerInnen ausländischer Herkunft nicht vorwiegend auf das eigene Viertel konzentrieren (vgl. Friedrichs 1990: 311). Auch in seiner Studie mit Blasius nennen die deutschen Befragten in den benachteiligten Quartieren nur zu 23,8 Prozent Netzwerkpersonen im eigenen Wohngebiet. Dies steht nicht in Wechselwirkung mit dem Sozialstatus; die Annahme, dass mit steigendem Sozialstatus die Zahl der Netzwerkpersonen im Wohngebiet abnimmt, kann nicht bestätigt werden. Ein anderes Ergebnis liefert die Studie für die türkischen Befragten. Hier scheint es einen Zusammenhang zwischen der Benachteiligung des Wohngebietes und dem Anteil der Netzwerkpersonen im Quartier zu geben: Mit steigender Benachteiligung des Quartiers ist dieser Anteil höher. Die Fallzahlen für die türkischen Befragten sind insgesamt jedoch relativ klein (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 64ff.).

Bei dieser Hypothese kann von einem relativ ausgeprägten Unterschied im Zusammenhang von Quartier und Sozialraum zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Kontext ausgegangen werden. Obwohl die räumliche Ausrichtung der Freundesnetzwerke in den amerikanischen Studien nicht gesondert erhoben wurde, wird hier eine wesentlich stärkere Überlagerung von Wohnquartier und Sozialraum deutlich. Elliott et al. stellen für die Gruppe der Jugendlichen fest, dass sich ihre Netzwerke vor allem im Kontext von Schule und Nachbarschaft bilden, der hier weitestgehend deckungsgleich mit dem Quartier ist (vgl. Elliott et al. 2006: 203f.). Auch beim MTO-Programm wird mit der Umsiedlung ein starker Rückgang der Kontakte aus der früheren Wohngegend besonders für Kinder und Jugendliche festgestellt (vgl. Orr et al. 2003: 74f.). Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass ein Großteil der im Programm involvierten Schüler mit dem Wohnort nicht gleichzeitig den Schulort wechselte. Der Zusammenhang zwischen Wohnort und der Verortung der eng an die Schule gekoppelten Freundschaftsnetzwerke ist also anscheinend auch hier nicht so eindeutig wie zunächst angenommen (vgl. ebd.: 101).

Hypothese 7: Räumliche Nähe generiert soziale Nähe.

Die Ergebnisse zur vorangegangenen Hypothese schränken die Annahme, dass räumliche Nähe soziale Nähe schaffe, schon insoweit ein, als dass die Kontakte von Personen offensichtlich nicht vorwiegend innerhalb des Quartiers angesiedelt sind. Damit ist auch eine gegenseitige soziale Beeinflussung weniger wahrscheinlich. Doch nicht nur die räumliche Verortung der Kontakte und Netzwerke gibt Aufschluss über Hypothese 7, sondern auch der Zusammenhang zwischen sozialer Zusammensetzung der Bevölkerung im Quartier und der sozialen Zusammensetzung von den Netzwerken der BewohnerInnen. Dieser Zusammenhang wurde von Drever und Clark, Friedrichs und Blasius sowie Alpheis anhand der interethnischen Kontakte in ethnisch gemischten Wohngebieten getestet. Mit ihren Ergebnissen kann die Hypothese nicht allgemein bestätigt werden.

Drever und Clark stellen fest, dass zwar jede/r zweite bis dritte MigrantIn Deutsche unter den engsten drei Freunden hat, aber nur fünf Prozent der Deutschen MigrantInnen zu ihrem engsten Freundeskreis zählen. Dies ist unabhängig von der ethnischen Zusammensetzung der Nachbarschaft. Sie stellen deswegen die Vermutung auf, dass ein unterschiedlicher Lebensstil von Deutschen und MigrantInnen in den ethnisch gemischten Gebieten einen sehr viel größeren Einfluss auf die Ausbildung sozialer Kontakte hat als die räumliche Nähe (vgl. Drever/Clark 2006: 10). „In sum, though Germans and persons of immigrant origin share neighborhoods, they don't share the spaces within them.“ (ebd.: 15). Auch Friedrichs und Blasius kommen zu einem ähnlichen Ergebnis: In den von ihnen untersuchten ethnisch stark gemischten Wohngebieten ermittelten sie für die deutschen Befragten einen Anteil von 8,5 Prozent Netzwerkpersonen mit Migrationshintergrund und für die türkischen Befragten einen Anteil von 6,5 Prozent deutscher Netzwerkpersonen (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 73). Es kommt auch bezüglich der Interaktionen und Kulturen kaum zu Überschneidungen der Netzwerke von Deutschen und Türken (vgl. ebd.: 179). Alpheis stellt in seiner Studie mit Friedrichs und Esser ebenfalls fest, dass die Netzwerke der türkischen Bewohner eines ethnisch gemischten Quartiers nicht vom räumlichen Umfeld abhängig sind: die „Kontaktmöglichkeiten, bzw. Kontaktchancen zu Landleuten sind [...] für die Aufnahme interethnischer Kontakte unbedeutend.“ (Alpheis 1990: 169). Demnach könne von einer Bedeutungslosigkeit der ethnischen Struktur des Quartiers für die interethnische Zusammensetzung der Netzwerke und damit für die soziale Assimilation ausgegangen werden (vgl. ebd.: 172). Diese Ergebnisse widerlegen die Hypothese, dass durch räumliche Nähe gleichzeitig auch soziale Nähe entstehe, zumindest für interethnische Kontakte. Andere Parameter als die räumliche Nachbarschaft scheinen eine größere Rolle bei der Bildung von Netzwerken zu spielen. Inwiefern diese Aussagen auch auf andere soziale Parameter als die Herkunft übertragbar sind, kann im Rahmen der analysierten Studien nicht grundsätzlich gesagt werden. Starke Hinweise darauf, dass dies möglich ist, lassen sich aber aus den Ergebnissen zur Hypothese 6 ableiten. Hier gibt es zahlreiche Anzeichen dafür, dass die räumliche Nähe nicht der wesentliche Bezugspunkt für die Kontakte und Netzwerke ist, sondern diese durch andere Bezüge überlagert wird.

Hypothese 8: Für Kinder und Jugendliche hat das Quartier – vermittelt durch Schule, Familie und Freundeskreis – eine besonders große Bedeutung.

Wie schon unter der Hypothese 6 thematisiert, wird für Kinder und Jugendliche ein besonders starker Einfluss des Quartiers auf die Entwicklung der individuellen Lebenschancen vermutet, da sie in ihrer räumlichen Mobilität eingeschränkt seien und zentrale Sozialisationsinstanzen wie Schule, Vereine und Freundeskreis oft lokal im Quartier verortet seien. Somit wären sie in besonderem Maße auf das Quartier verwiesen. Dass diese Annahme nicht ohne weiteres bestätigt werden kann, hat Oberwittler für Jugendliche aufgezeigt (vgl. Oberwittler 2003). Über das Mobilitätsverhalten von Kindern und Jugendlichen und deren Aktionsradius gibt es darüber hinaus in den analysierten Studien kaum Aussagen. Gerade in Zusammenhang mit der physischen Struktur und Ausstattung wären solche Untersuchungen aber von großem Interesse. Im Folgenden wird die Hypothese vor allem in Bezug auf die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen betrachtet. Ein Großteil der Ergebnisse kommt dabei aus den USA, es muss also berücksichtigt werden, dass die Überlagerung von Quartier und Sozialraum dort unter Umständen stärker ist als im europäischen und deutschen Kontext (vgl. Hypothese 6).

Den Erkenntnissen von Elliott et al. nach wird das soziale Lernen von Jugendlichen vor allem durch das geteilte Verständnis über Werte, Ziele und Verhaltensweisen von informellen Institutionen im Quartier vermittelt (Elliott et al. 2006: 101). Bei Jugendlichen haben dabei besonders die Freundschaftsnetzwerke (Peer-Groups) einen großen Einfluss auf ihre Entwicklung. Diese bilden sich meist im Kontext von Schule und Nachbarschaft. Dadurch ist in diesem Bereich ein relativ starker Einfluss des Quartiers auf die Jugendlichen festgestellt worden, der den Einfluss der individuellen Variablen übersteigt. Elliott et al. stellen weiterhin einen Zusammenhang von Peer-Group und Organisation im Wohngebiet fest: In Quartieren mit guten Netzwerken und einer guten Organisation sind generell auch mehr positive Einflüsse der Peer-Group festzustellen (vgl. ebd.: 203f.). Nicht das Quartier und seine soziale Struktur an sich sondern seine informellen Organisationen, Institutionen und Netzwerke üben somit einen starken Einfluss auf die Entwicklung der Jugendlichen aus. Der Unterschied in der Qualität der Peer-Groups ist dabei innerhalb der Quartierstypen wesentlich stärker ausgeprägt als zwischen den benachteiligten und nicht-benachteiligten Quartieren (vgl. ebd.: 277). Des Weiteren stellen Elliott und seine Kollegen fest, dass Jugendliche in Quartieren mit guten Schulen durchschnittlich bessere Entwicklungschancen haben: „Good schools play an important role in a successful course of youth development.“ (Elliott et al. 2006: 283). Gute Schulen zeichnen sich dabei vor allem durch eine positive Lernumgebung und eine hohes Level an Sicherheit für die Kinder und Jugendlichen aus. Sie lassen sich vor allem in Quartieren mit guten Familiencharakteristika finden, wobei die Richtung dieses Zusammenhangs nicht erklärt werden kann (Elliott et al. 2006: 203f.).

Diese allgemeinen Feststellungen werden durch die Evaluation des MTO-Programms zum Teil bestätigt: für die Kinder und Jugendlichen lässt sich ein geringer aber positiver Effekt auf die Schulerfahrungen feststellen, der mit den allgemein besseren Charakteristika der Schulen in den weniger benachteiligten Gebieten zusammenhängt. Da jedoch zum Zeitpunkt der Evaluation etwa 80 Prozent der Schüler eine Schule im gleichen Schuldistrikt wie vor der Umsiedlung besuchten, gehen die ForscherInnen davon aus, dass die Mehrzahl durch die Teilnahme am Programm keine besseren Schulen besuchte als zuvor (vgl. Orr et al. 2003: 101). Daher kann kaum ein Effekt festgestellt werden: “MTO had no effect on how safe children felt at school, how interested they felt teachers at their schools were in their school performance, the extent to which behavior problems interfered with learning, and the amount of cheating at their school. Results also suggest that MTO did not impact the educational resources available to students in school [...]” (ebd.: 115). Auch auf die Bildungseinstellung der Schüler (schwänzen, Verweise, Elterneinberufung, aufgewendete Zeit für Hausaufgaben, Aufmerksamkeit in der Schule) konnten keine Effekte durch die Umsiedlung festgestellt werden (Orr et al. 2003: 115).

Oberwittler vermutet ebenfalls einen wesentlichen Einfluss des Schulkontextes für die Sozialisation von Jugendlichen, der den Quartierskontext überwiegt (vgl. Oberwittler 2003: 165). Drever und Clark bewerten die Schule als zentralen Ort der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. Sie stellen zudem eine ansteigende Schulsegregation fest, die auch einen Effekt auf die sozialen Netzwerke von Kindern und Jugendlichen habe (Drever/Clark 2001: 15).

Der Kontext der Schule scheint für Kinder und Jugendliche also insgesamt wichtiger zu sein als der Kontext des Quartiers. Nur wenn sich Schulkontext und Quartierskontext überlagern, wie es oft und insbesondere bei jüngeren Kindern der Fall ist, gewinnt das Quartier an Bedeutung für die Kinder und Jugendlichen. Insgesamt gibt es aber relativ wenige Aussagen in den Studien über den Zusammenhang von Bildungserfolg, Bildungsorientierung, Schulqualität, Schulsegregation und Quartier. In diesem Bereich liegt ein erheblicher weiterer Forschungsbedarf.

Für die Erziehung gibt es dagegen relativ eindeutige Aussagen, jedoch nur aus den beiden nordamerikanischen Studien. Elliott et al. stellen fest, dass Familien in benachteiligten Quartieren durchschnittlich weniger Ressourcen und eingeschränktere Erziehungsmethoden haben. Gleichzeitig betonen sie aber auch, dass dies nicht aus der sozialen Benachteiligung des Quartiers resultiert, sondern vor allem durch eine schlechte soziale Organisation und Kultur im Quartier bedingt ist: „A positive family context is related to the presence and effectiveness of Informal Support Networks, high levels of Bonding and Control, Institutional Effectiveness, and an absence of Illegal Performance Opportunities in the neighborhood – on both the opportunities and risks present in the neighborhood. [...] This suggests that observed differences in individual family characteristics by level of neighborhood Disadvantage is, at least in part, a selection effect; the result of the type of families that choose or are relegated to particular neighborhoods.“ (Elliott et al. 2006: 161). Dem Quartier an sich kommt also nur eine sehr geringe Erklärungskraft für die Erziehung zu; das Sozialkapital im Quartier ist entscheidender. Elliott et al. stellen gleichzeitig eine wechselseitige Beeinflussung zwischen „guten Familien“ und guten sozialen Netzwerken, institutionellen Verbindungen und einer unterstützenden Kultur fest (vgl. ebd.: 282). Dennoch scheint eine gute Erziehung in benachteiligten Quartieren schwieriger zu sein. Die Erziehung reagiert laut Elliott et al. durch Gefahrenabwehr und Chancenwahrnehmung auf die Umwelt und somit auch auf das Quartier. Damit gibt es einen möglichen negativen Quartierseffekt auf die Erziehung in benachteiligten Quartieren (Elliott et al. 2006: 280f.). Es lässt sich aber auch in sozial benachteiligten Quartieren gute Erziehung finden: „First, good families are not tightly clustered in good neighborhoods. There is some clustering, which accounts for the neighborhood-level findings, but it is relatively modest. [...] Second, the observed neighborhood-level differences in Family Parenting Practices and Family Resources noted earlier, may be in part the result of a selection process [...]“ (ebd.: 282). Die Unterschiede in der Qualität der Erziehung sind dabei innerhalb der einzelnen Quartiere größer als zwischen den Quartierstypen (vgl. ebd.: 282). In der Evaluation des MTO-Programms wird keine Wirkung der Umsiedlung in weniger benachteiligte Quartiere auf die Erziehung festgestellt (Orr et al. 2003: 115). Auch dieses Ergebnis könnte ein Hinweis auf Sortierungsprozesse in den benachteiligten Quartieren sein, die Elliott et al. vermuten.

Hypothese 9: In den benachteiligten Quartieren gibt es ein höheres Maß an und eine größere Duldung von Devianz und Delinquenz durch den Verlust sozial integrierter Gruppen und fehlender positiver Rollenvorbilder.

Neben den klassischen Sozialisationsinstanzen wie Schule, Vereine, Familie und Freundeskreis werden auch Prozesse des sozialen Lernens vermutet, die über allgemeine Kulturen, Normen und Werte des Quartiers vermittelt werden. In dem Moment wo von Kultur, Werten oder Normen im Quartier gesprochen wird, thematisieren die Studien einen Aspekt des sozialen Lernens, der sich kaum eindeutig empirisch abgrenzen und nachweisen lässt. Zum einen ist unklar inwiefern die Präsenz von Verhaltensweisen und Einstellungen im Wohngebiet einen Einfluss auf das eigene Verhalten hat, zum anderen sind sie Ergebnisse von Aushandlungsprozessen und Machtstruktu-

ren. Die unterschiedlichen, präsenten Verhaltensweisen und Einstellungen müssen dabei nicht für alle BewohnerInnen die gleiche Wirkung entfalten. Sie werden jeweils unterschiedlich vermittelt, wahrgenommen und rezipiert. Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse der Studien in Bezug auf deviante Verhaltensweisen im Quartier vorgestellt. Devianz wird dabei in der Regel als Abweichung von den gesellschaftlich vereinbarten Normen, Werten und Verhaltensformen bezeichnet, ist hier aber meist in ihrer stärksten Ausprägung, der Delinquenz, also dem kriminellen Verhalten, untersucht worden. Das scheint auch nachvollziehbar, da weniger starke Ausprägungen fast immer auf normativen Wertungen beruhen. Dies gilt zum Beispiel für die Hypothese, dass BewohnerInnen von Quartieren mit einem hohen Anteil von Arbeitslosen die „Werte“ der Erwerbsgesellschaft, wie Pünktlichkeit, frühes Aufstehen und gepflegtes Auftreten verlernen würden (vgl. z.B. Häußermann 2003: 150). Solche Annahmen spielen zwar oft implizit eine Rolle, werden aber kaum gesondert hinsichtlich ihrer empirischen Nachweisbarkeit untersucht.

Die Einstellung der BewohnerInnen gegenüber Devianz und Delinquenz wird in den Studien getrennt von deren tatsächlichem Auftreten betrachtet. Im Fokus der Betrachtung stehen in diesem Bereich vor allem Kinder und Jugendliche. Es wird angenommen, dass deren frühe Sozialisation die Neigung zu deviantem Verhalten maßgeblich bestimmt und sie deshalb in besonderem Maße von devianten Normen und Delinquenz im Quartier beeinflusst wären.

In Bezug auf die Einstellung gegenüber deviantem Verhalten liefert die MTO-Evaluation die eindeutigsten Ergebnisse: Dort wird ein positiver Effekt des Programms auf die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen festgestellt. In den nicht-benachteiligten Gebieten gibt es demnach eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass Erwachsene Kinder auf das Sprühen von Graffiti, das Schwänzen der Schule oder ähnliche Verhaltensweisen ansprechen und damit deren Verbreitung eindämmen (vgl. Orr et al. 2003: 91/114). Auch die allgemeine Präsenz abweichenden Verhaltens sank für die MTO-ProgrammteilnehmerInnen in den weniger benachteiligte Stadtquartieren: „For measures that specifically asked about the neighborhood, such as hearing gunshots in the neighborhood at least once in the past week, there were significant improvements for both the experimental and Section 8 groups¹³ relative to the control group. There was also a significantly lower fraction in the experimental group in the proportion of youth seeing people using or selling drugs in the neighborhood than in the control group.“ (Orr et al. 2003: 91). Diese Ergebnisse werden jedoch eingeschränkt: „For measures of overall exposure to violence not specific to the neighborhood – including prevalence of gangs, witnessing of stabbings or shootings, or having a knife or gun pulled on the youth – there were no significant effects for either group (with the exception of a significant decrease in gang prevalence for the experimental group).“ (ebd.: 91). Das Quartier scheint also auch hier nicht der einzige Bezugsrahmen zu sein.

Auch Friedrichs und Blasius befragten ihre Untersuchungsgruppe nach der Präsenz, Wahrnehmung und Beurteilung devianten Verhaltens. Die am häufigsten wahrgenommenen Formen devianten Verhaltens in den vier benachteiligten Kölner Stadtgebieten sind Betrunkene, die Beschimpfung durch Jugendliche und informelle Nebenverdienste trotz des Bezugs von Sozialhilfe. Die Bewertung dieser devianten Verhaltensformen ist dabei überwiegend negativ. Eine Vorauswahl von möglichen devianten Verhaltensformen wurde jedoch schon durch die Forscher getroffen (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 88f.). Friedrichs und Blasius kommen zu dem Ergebnis, dass es „[...] nicht gerechtfertigt [scheint; Anm. d. Verf.], im Sinne von Wilson hier von Wohngebieten mit einem hohen Anteil abweichender Normen zu sprechen. Für die Wilson-These spricht, dass eine Reihe abweichender Verhaltensformen sehr verbreitet sind, dagegen jedoch die hohe Ablehnung solcher Verhaltensformen. [...] Mehr Bewohner verurteilen abweichendes Verhalten als das [sic!] sie es in der Nachbarschaft wahrnehmen.“ (Friedrichs/Blasius 2000: 90). Gleichzeitig

¹³ Die „Section 8 Group“ ist eine Gruppe von Programmteilnehmern, die Gutscheine für eine Umsiedlung bekommen haben, diese waren aber nicht, wie bei der Experiment-Gruppe, an die Bedingung geknüpft, in ein nicht-benachteiligtes Quartier zu ziehen. Die Personen der „Section 8 Group“ verteilen sich dadurch sowohl auf benachteiligte als auch auf nicht-benachteiligte Quartiere.

schlussfolgern sie aber auch, dass „[...] diejenigen, die stärker auf das Gebiet bezogen sind, auch im stärkeren Maße deviante Verhaltensweisen vertreten.“ (ebd.: 184). Dies gelte allerdings nur bei einem überdurchschnittlich hohen Anteil an verbrachter Zeit und Netzwerkpersonen im Gebiet (vgl. ebd.: 92). Insgesamt scheint jedoch die Akzeptanz devianten Verhaltens mit steigender Zahl an Netzwerkpersonen zu sinken, unabhängig davon, ob diese im eigenen Quartier wohnen oder nicht (vgl. ebd.: 188f.). Bei einer Kontrolle der individuellen Variablen stellen Sie fest, dass mit steigender Bildung zwar nicht das Ausmaß der Akzeptanz devianten Verhaltens insgesamt sinkt, dafür aber die Akzeptanz von aggressiver Devianz gegenüber der nicht-aggressiven zurückgeht. Eine steigende Akzeptanz von aggressiver Devianz stellen sie mit steigendem Alter, für Männer und für Zusammenlebende fest (vgl. ebd.: 105f.). Die Ergebnisse von Friedrichs und Blasius müssen in ihrer Aussagekraft jedoch stark relativiert werden. Einerseits fragen sie ausschließlich nach der Wahrnehmung und Billigung devianten Verhaltens und nicht nach dem tatsächlichen Vorkommen, andererseits sind die Ergebnisse nicht linear. Auch haben sie keine Vergleichswerte über die Billigung abweichender Verhaltensweisen in nicht-benachteiligten Gebieten. Sie stellen allerdings fest, dass in den Gebieten, die in der Studie als besonders benachteiligt gelten, eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Personen Devianz im Allgemeinen und aggressives Verhalten im Besonderen akzeptieren. In den beiden weniger benachteiligten Quartieren ist die Akzeptanz devianten Verhaltens dagegen niedriger (vgl. ebd.: 103ff.). Trotz der genannten notwendigen Einschränkungen schlussfolgern Friedrichs und Blasius, dass „[...] unabhängig von den soziodemographischen Merkmalen der Individuen, von deren vorhandenen Netzwerken, von ihren Lebensstilen und von den im Gebiet verbrachten Zeitanteilen [...] das Wohngebiet den stärksten Einfluss auf die Einstellung zu devianten Verhaltensweisen [hat; Anm. d. Verf.]“ (ebd.: 193).

Wenn die Aufmerksamkeit von der Wahrnehmung und Bewertung auf die tatsächliche Präsenz von Devianz gelenkt wird, kommen Elliott und seine Kollegen zu folgendem Ergebnis: Sie stellen fest, dass es keinen oder nur einen sehr schwachen Zusammenhang zwischen der Benachteiligung des Quartiers und dem kriminellen und delinquenten Verhalten von Jugendlichen gibt. Wenn dennoch ein erhöhtes kriminelles Verhalten bei benachteiligten Familien festzustellen ist, könne dies oft auf Sortierungsprozesse zurückgeführt werden (vgl. Elliott et al. 2006: 291). Auch Orr et al. stellen keinen signifikanten Unterschied in der tatsächlichen Devianz zwischen den Familien in den benachteiligten und den Familien in den nicht-benachteiligten Wohngebieten fest. Zwar sinkt das riskante Verhalten von weiblichen Jugendlichen in den nicht-benachteiligten Quartieren im Vergleich zur Kontrollgruppe, gleichzeitig kommt es aber zu einem Anstieg dieser riskanten Verhaltensweisen bei den männlichen Jugendlichen¹⁴. Den einzigen signifikant positiven Effekt für männliche Jugendliche beobachteten sie bei der geringeren Anzahl der Verhaftungen aufgrund von körperlicher Gewalt nach der Umsiedlung. Gleichzeitig steigt aber die Zahl der Verhaftungen aufgrund von Eigentumsdelikten (vgl. Orr et al. 2003: 96). „Pooling boys and girls together, there was a significant effect of fewer violent crime arrests in the experimental group than in the control group during the first four years after random assignment. For girls and boys in both the experimental and Section 8 groups, there were no significant effects on other measures of behavior problems, delinquency, arrest, alcohol use, or sexual activity.“ (Orr et al. 2003: 85)

Einzig Oberwittler kommt in seiner Studie zu eindeutigen Ergebnissen, die einen Effekt des Quartiers auf das deviante, bzw. delinquente Verhalten von Jugendlichen nahelegen. Er bestätigt einen Zusammenhang zwischen der sozialen Zusammensetzung in Quartieren und der Jugendkriminalität. Demnach steigt mit der Sozialhilfequote im Quartier auch die delinquente Neigung der Jugendlichen, unabhängig von deren individuellen Variablen. Dies gilt allerdings nur für die Gruppe der deutschen Jugendlichen, deren Freunde überwiegend im eigenen Wohnquartier leben: „Wenn die Sozialhilfequote auf der Stadtviertelebene um eine Standardabweichung (ca. 9

¹⁴ Als riskante Verhaltensweisen werden vor allem Rauchen, Trinken, Drogenkonsum und das Sexualverhalten erfasst. Kriminelles Verhalten wird gesondert erhoben (vgl. Orr et al. 2003: 98).

Prozent) ansteigt, ist dieser Effekt auf die Häufigkeit des schweren Diebstahls größer [...] als der Effekt der individuellen Betroffenheit von längerfristiger Sozialhilfe oder Arbeitslosigkeit [...]. Demnach hat die Konzentration von Sozialhilfeempfängern in sozial benachteiligten Stadtvierteln einen spürbaren zusätzlichen Effekt auf die schwere Eigentumsdelinquenz von Jugendlichen, über den Effekt der individuellen Betroffenheit von Sozialhilfe hinaus. Die Hypothese, dass die Wirkung der strukturellen Benachteiligung auf die Delinquenz durch eine deviante Subkultur vermittelt wird, kann jedoch nicht bestätigt werden [...].“ (Oberwittler 2003: 163). Vielmehr vermutet Oberwittler, dass der Schulkontext für die Sozialisation und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine entscheidendere Rolle spielt als der Stadtviertelkontext (vgl. ebd.: 165). Insgesamt scheinen auch seinen Ergebnissen nach die sozialräumlichen Kontexteffekte gering zu sein; bei einer Differenzierung sind sie für deutsche Befragte jedoch mehr als doppelt so hoch wie für nicht-deutsche Befragte. Außerdem spielt der Anteil der Freunde im eigenen Wohngebiet eine entscheidende Rolle: für Jugendliche, deren Freunde vorwiegend außerhalb des eigenen Wohnquartiers wohnen, lässt sich kein Effekt des Wohnquartiers auf die Delinquenz feststellen (vgl. Oberwittler 2003: 150ff.). „Diese Ergebnisse weisen auf Interaktionseffekte zwischen individuellen Merkmalen – räumliche Nähe der Freunde und Ethnizität – und dem sozialräumlichen Kontext hin [...].“ (Oberwittler 2003: 154). Dennoch bleibt sein Ergebnis: Bei deutschen Befragten, deren Freunde vorwiegend im eigenen Stadtviertel wohnen, gibt es ein erhöhtes Potential für Quartiers-effekte auf die Delinquenz (vgl. ebd.: 153f.).

Zusammenfassung

Unter der sozialen Dimension wird in dieser Analyse ein sehr weiter Bereich gefasst. Sowohl die ökonomische Situation (bestimmt durch die Stellung am Arbeitsmarkt, Einkommen und Bildung), als auch die Bedeutung von Netzwerken als Ressourcen und Restriktionen und ihre räumliche Orientierung, die Sozialisation und deren Instanzen sowie die Einstellungen gegenüber und Präsenz von Devianz im Quartier wurden in diesem Kapitel thematisiert. Dass damit keine umfassende Betrachtung aller möglichen Effekte des Quartiers in sozialer Hinsicht geschehen ist, muss wohl nicht extra erwähnt werden. Die hier getroffene Auswahl ergibt sich aus den zur Analyse herangezogenen Studien und den dort bearbeiteten Themen. Innerhalb dieses Themenspektrums zeigt sich vor allem an zwei Punkten weiterer Forschungsbedarf: Zum einen ist die Bedeutung der Schule als Sozialisationsinstanz und ihre Verankerung im Quartier vor allem für den europäischen Kontext eher marginal untersucht worden. Zum anderen wird bei einigen Studien von einer Übereinstimmung von Sozialraum und Quartier ausgegangen und ein Einfluss der Sozialstruktur im Quartier auf die soziale Lage der einzelnen BewohnerInnen angenommen, was so bisher nicht eindeutig nachweisbar ist.

Gerade diesem Punkt sollte aufgrund der eindrucksvollen Ergebnisse von Oberwittler weitere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wenn die Netzwerke und Kontakte der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere sich – wie durch Oberwittler und andere herausgestellt – gar nicht überwiegend auf das Quartier konzentrieren, stellt sich die Frage, welche Bedeutung das Quartier als Sozialraum für die BewohnerInnen hat. Hier scheint es notwendig, zwischen unterschiedlichen Gruppen und ihrem jeweiligen Quartiersbezug zu differenzieren. Von einer generellen Übereinstimmung von Sozialraum und Quartier kann auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse jedoch nicht ausgegangen werden. Auch die weit verbreitete Annahme des sozialen Lernens durch räumliche Nähe scheint sich nicht pauschal bestätigen zu lassen.

6.3. Symbolische Dimension

Die symbolische Dimension wird in den Studien kaum gesondert thematisiert oder untersucht. Dennoch wird sie in theoretischen Arbeiten über Quartierseffekte als wichtige Einflussgröße des

Quartiers auf die individuellen Lebenschancen der BewohnerInnen vermutet (vgl. Nieszery 2008; Häußermann 2003). Es ist wenig erstaunlich, dass die empirischen Studien diese Dimension weitgehend ausblenden, lässt sie sich doch kaum operationalisieren und messen. Die einzigen Ergebnisse aus den Studien gibt es für die Selbstwahrnehmung und -einschätzung der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere. Damit kann ein Einblick in dieses Feld gegeben werden, es können aber keine Ergebnisse über die tatsächliche Wirkung des Images von benachteiligten Quartieren auf die Lebenschancen der BewohnerInnen erzielt werden. Mögliche Auswirkungen – besonders im Bereich der Beschäftigung durch eine Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt – können somit nur vermutet werden.

Hypothese 10: Die Stigmatisierung der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere wirkt sich nachteilig auf deren Arbeitsmarktchancen aus.

Atkinson und Kintrea untersuchen in ihrer Studie die Stigmatisierung der BewohnerInnen. Sie vermuten einen Einfluss des Stigmas auf die Chancen zum (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt: „One reason for higher levels of unemployment in the deprived areas may be related to stigmatisation and the low reputation of potential workers from these areas and low educational achievement.” (Atkinson/Kintrea 2001: 2293). Im Gegensatz zu den BewohnerInnen sozial gemischter Quartiere sieht ein Viertel bis ein Drittel der in den benachteiligten Quartieren die Stigmatisierung durch das eigene Wohnquartier als bedeutsam bei der Arbeitssuche an. Von denjenigen, die in den benachteiligten Gebieten die Stigmatisierung durch ihr Wohnquartier als Problem bei der Suche nach einem Arbeitsplatz nannten, war etwa ein Drittel beschäftigt. Atkinson und Kintrea schlussfolgern, dass die beschäftigten Personen durch die Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt den Einfluss der Stigmatisierung auf die Arbeitsmarktchancen besser einschätzen können und sich einer möglichen Wirkung stärker bewusst sind. Die Einschätzung zur Stigmatisierung durch das eigene benachteiligte Wohnquartier differiert zudem zwischen unterschiedlichen Haushaltstypen. Außerdem vermuten die Forscher auch ein unterschiedliches Ausmaß der Stigmatisierung von benachteiligten Quartieren in unterschiedlichen Stadttypen. Vor allem in prosperierenden Städten könnten die benachteiligten Quartiere stärker stigmatisiert sein, da es insgesamt weniger von ihnen gibt. (vgl. ebd.: 2290f.). Insgesamt kommen Atkinson und Kintrea zu dem Ergebnis, dass die verstärkte Wahrnehmung von Stigmatisierung in den benachteiligten Gebieten das stärkste Anzeichen für die Wirkung von negativen Quartierseffekten im Rahmen ihrer Studie ist. “The stark findings about the perception of stigma and reputation in the deprived areas, but not at all in the non-deprived ones, is an important finding and one which supports the area effects hypothesis.” (Atkinson/Kintrea 2001: 2295). Dieses Ergebnis repräsentiert jedoch nur eine Selbsteinschätzung der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere. Ob die Reputation dieser Quartiere auch für die potentiellen Arbeitsgeber eine Rolle spielt, wird hier nicht untersucht. Die Benachteiligung am Arbeitsmarkt kann damit auch andere Ursachen haben.

Hypothese 11: Die Stigmatisierung der benachteiligten Quartiere wirkt sich negativ auf das Selbstwertgefühl der BewohnerInnen, ihre Identifikation mit dem Quartier und ihre Wohnzufriedenheit aus.

Auch zu dieser Hypothese lassen sich aus den Studien kaum eindeutige Ergebnisse herauslesen. Die Zufriedenheit der BewohnerInnen mit dem eigenen Wohnviertel wurde von unterschiedlichen ForscherInnen erfragt. Atkinson und Kintrea stellten fest, dass es in den benachteiligten Quartieren insgesamt eine größere Unzufriedenheit mit dem Wohnort gibt. Diese liege vor allem in einem geringeren Sicherheitsgefühl begründet (Atkinson/Kintrea 2001: 2287f.). Auch die Forschergruppe um Orr kommt zu dem Ergebnis, dass die Zufriedenheit mit dem Wohngebiet für die Experiment-Gruppen im MTO-Experiment durch die Umsiedlung in weniger benachteiligte Gebiete insgesamt gestiegen ist, was zu einem großen Teil auf das gestiegene Sicherheitsempfinden in den neuen Wohngebieten zurückzuführen ist (Orr et al. 2003: 65ff.). Die Wohnzufriedenheit scheint in diesen beiden Beispielen also vor allem von der Sicherheit beziehungsweise

dem Sicherheitsgefühl im Quartier abzuhängen. Es kann vermutet werden, dass mit fehlendem Sicherheitsempfinden auch eine Stigmatisierung einhergeht, dies wird in den Studien jedoch nicht untersucht.

Friedrichs und Blasius befragten die BewohnerInnen der vier untersuchten benachteiligten Gebiete in Köln nach den Vor- und Nachteilen ihres Wohnquartiers. In allen vier Gebieten werden insgesamt mehr negative Merkmale des Wohngebietes genannt, darunter vor allem Lärm und Verkehrsbelastung, die Bevölkerungszusammensetzung, die Gefahr durch Kriminalität und die Verschmutzung des Gebietes. Als Vorteile des Wohnstandortes wurden vor allem die zentrale Lage, die gute Beziehung zu Nachbarn, die vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten und die Ausstattung mit Grünflächen und sonstiger Infrastruktur genannt. Dabei unterscheiden sich die Urteile der türkischen BewohnerInnen von denen der Deutschen: insgesamt fallen sie weniger negativ aus (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 52ff.). Des Weiteren konnten Friedrichs und Blasius feststellen, dass die Bezieher von Transferleistungen ihr Wohngebiet negativer beurteilen als Personen, die ein Erwerbseinkommen haben (vgl. ebd.: 60f.). Auch hier wird aber kein Bezug zwischen Wohnzufriedenheit und Stigmatisierung hergestellt.

Auch Kronauer und Vogel befragten die BewohnerInnen der von ihnen untersuchten Stadtteile in Hamburg bezüglich ihrer Einschätzung des Wohngebiets. Dabei bekamen sie unterschiedliche Antworten: Während sich ein Teil der Personen versucht, gegenüber dem Quartier abzugrenzen und ein Gefühl der Stigmatisierung aufgrund des Wohnortes beschreibt, identifizieren und solidarisieren sich andere mit ihrem benachteiligten Wohnviertel. Das Quartier dient ihnen durch die Entwicklung einer „Quartiersidentität“ als Schutzraum (vgl. Kronauer/Vogel 2001: 46f.). Auch Oberwittler zieht ähnliche Schlussfolgerungen. Es komme zu einer „[...] Polarisierung der Jugendlichen in den sozialen Brennpunkten in ‚Anhänger‘ und ‚Gegner‘ ihres Viertels, in solche, die sich an die sozialen Zustände im Viertel adaptieren, und solche, die sich von ihnen distanzieren.“ (Oberwittler 2003: 159). Entscheidend für die Zufriedenheit sei die Anzahl der Freunde im eigenen Stadtviertel: Je mehr Kontakte im Quartier bestehen, desto größer ist die Identifikation. Je höher dagegen der Bildungsstatus der Jugendlichen ist, desto weiter reicht die räumliche Orientierung ihres Freundeskreises über den Stadtviertelkontext hinaus und desto negativer beurteilen sie ihr eigenes Wohnquartier (vgl. ebd.: 159)

Atkinson und Kintrea stellten des Weiteren einen Unterschied in der (vermuteten) Außenwahrnehmung und der Innenwahrnehmung des Quartiers fest. Das vermeintlich schlechte Außenimage ihres Stadtteils nannte eine Mehrzahl der Befragten in den benachteiligten Gebieten als Fehleinschätzung (vgl. Atkinson/Kintrea 2001: 2291f.)

Zusammenfassung

Der Einfluss der symbolischen Wirkung und Stigmatisierung des Quartiers auf die BewohnerInnen wird in den analysierten Studien eher vermutet als nachgewiesen. Zudem wird aus methodischen Gründen nur die Perspektive der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere und deren Einschätzung der Stigmatisierung untersucht. Dass die benachteiligten Quartiere ein negatives Image haben, wird dabei als Voraussetzung angenommen und nicht weiter zum Untersuchungsgegenstand gemacht.



V

Diskussion der
Ergebnisse und
Schlußfolgerungen

7. Diskussion der Ergebnisse: Quartierseffekte und der räumliche Ansatz von Sozialpolitik

Die Sekundär- und Inhaltsanalyse im vorangegangenen Kapitel zeigt, dass ein eindeutiger empirischer Nachweis von negativen Quartierseffekten auf Basis der hier analysierten Studien nicht erbracht werden kann; dass sich also auf Grundlage der zwölf Studien keine klare Existenz negativer Effekte des benachteiligten Quartiers auf seine BewohnerInnen belegen lässt.

Auch wenn es zu keiner klaren Beantwortung der Frage nach den Effekten des Quartiers auf die individuelle Benachteiligung kommt, lassen sich doch bei einer differenzierten Betrachtung unterschiedlicher Aspekte einige Hinweise finden, die für und gegen die Hypothese der negativen Quartierseffekte sprechen.

In der *physischen Dimension* sprechen vor allem Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen der baulich-infrastrukturellen Ausstattung und der Bildung von sozialen Netzwerken für die Wirkung negativer Quartierseffekte: Je schlechter die Ausstattung desto schwieriger scheint die Netzwerkbildung. Gegen die Hypothese spricht, dass sich die Annahme, BewohnerInnen benachteiligter Quartiere seien auf eine schlechtere Ausstattung ihrer Quartiere verwiesen, nicht eindeutig bestätigen lässt. Es kann also nicht davon ausgegangen werden, dass die physische Ausstattung und Struktur in den benachteiligten Quartieren (wenn sie denn generell schlechter ist) notwendigerweise eine Relevanz für die BewohnerInnen hat. Der Aktionsraum der BewohnerInnen scheint, zumindest laut einigen Studien, im Regelfall über die Quartiersgrenzen hinaus zu gehen.

Das klarste Ergebnis gegen die Wirkung negativer Quartierseffekte in der *sozialen Dimension* schließt sich an diese Feststellung an: Die Netzwerke und Freundeskreise der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere scheinen für die meisten Bewohnergruppen nicht vorwiegend im eigenen Wohnquartier verortet zu sein. Von einer generellen Übereinstimmung von Sozialraum und Quartier kann aufgrund der analysierten Studien jedenfalls nicht ausgegangen werden. Damit sind zentrale Annahmen der Quartierspolitik über die Wirkung, Struktur und Potentiale von sozialräumlicher Nachbarschaft stark in Frage gestellt. Für die Wirkung von Quartierseffekten sprechen die Ergebnisse zum Umfang und zur Qualität der Netzwerke von BewohnerInnen benachteiligter Quartiere. Hier gibt es Anzeichen dafür, dass zumindest für einige Personengruppen ein negativer Effekt des Quartiers feststellbar ist.

In der *symbolischen Dimension* lassen sich auf Grundlage der analysierten Studien lediglich Vermutungen formulieren. Ein empirischer Nachweis über den Einfluss einer Stigmatisierung auf die individuellen Lebenschancen konnte nicht erbracht werden.

Ein zentrales Ergebnis der Analyse ist die Feststellung, dass der Sozialraum für die meisten BewohnerInnen nicht deckungsgleich mit dem Wohnquartier ist. Soziale Netzwerke und Sozialkapitalressourcen konstituieren sich also offensichtlich zum überwiegenden Teil über andere Parameter als die räumliche Nähe. Dort, wo es in den Studien Hinweise auf die Wirkung von negativen Effekten gibt, sind diese meist nicht in erster Linie im Quartier sondern im Sozialraum der BewohnerInnen verortet. Das Quartier scheint damit nur für diejenigen Gruppen eine Rolle zu spielen, deren Sozialraum deckungsgleich mit dem Quartier ist. Man kann also auf Grundlage der Sekundäranalyse zu dem Ergebnis kommen, dass es sich bei den Hinweisen auf negative Effekte eher um Wirkungen der mangelhaften sozialen Netzwerke und Sozialkapitalressourcen als um Quartierseffekte handelt.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung aus der Wissenschaft nachvollziehbar, verstärkt den Blick darauf zu lenken, auf wen und unter welchen Umständen das Quartier wirkt und weniger an dem Versuch festzuhalten, Quartierseffekte allgemein nachzuweisen (vgl. Nieszery 2008: 123f).

Dies trägt dem Sozialraumansatz weit mehr Rechnung als die allgemeine Suche nach den räumlichen Effekten auf die BewohnerInnen in einem geographisch abgesteckten Quartier.

Zusammenfassend lässt sich bis hierhin sagen, dass auf der Grundlage der zwölf untersuchten Studien keine eindeutigen Hinweise auf Quartierseffekte gefunden werden konnten. Die Hypothese der negativen Quartierseffekte muss vor diesem Hintergrund als Ausgangspunkt des Programms „Soziale Stadt“ in Frage gestellt werden. Die Existenz von negativen Quartierseffekten kann auf der Basis der Sekundäranalyse aber auch nicht ausgeschlossen werden. In den Studien gibt es einige Hinweise auf mögliche Effekte – vor allem des Sozialraumes – und darüber hinaus Bereiche, in denen Quartierseffekte zwar vermutet werden und plausibel erscheinen, die aber kaum oder gar nicht Gegenstand der hier analysierten empirischen Untersuchungen sind.

Dieses Ergebnis bekommt eine besondere Relevanz wenn man es in Bezug zur sozialen Stadtpolitik setzt. Das Programm „Soziale Stadt“ beruht auf der Annahme, dass aus benachteiligten Quartieren benachteiligende Quartiere für die BewohnerInnen werden können und dem Raum damit eine eigenständige Wirkung bei der Reproduktion sozialer Benachteiligung zukommt. Es hat zum Ziel, diese potentielle zusätzliche Benachteiligung durch das Wohnquartier zu bekämpfen: „Quartierspolitik beruht auf der Annahme, dass es Schwellenwerte im Zustand von Quartieren gibt, deren Überschreitung eine Rechtfertigung für Intervention liefert – sonst müsste man überall eingreifen, wo es überhaupt Armut gibt. Eine Politik zur Verbesserung der Situation von Quartieren würde, wenn diese Annahme stimmt, tatsächlich einen Weg darstellen, die Benachteiligung von Individuen zu verringern. Dies könnte vom Augenschein her bezweifelt werden, wenn man die große Zahl von Armen betrachtet, die in nicht besonders benachteiligten Quartieren leben. Um gebietsbezogene Interventionen rechtfertigen zu können, muss es also eine Evidenz dafür geben, dass individuelle soziale und ökonomische Chancen (z.B. im Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt oder in der Armut) durch das Leben in einem bestimmten Quartier beeinflusst werden, d.h. dass Quartierspolitik auch Verbesserungen der individuellen Lage bewirken kann.“ (Häußermann 2003: 153f.). Gleichzeitig ist die Hypothese der Wirkung von negativen Quartierseffekten jedoch nicht der einzige Ausgangspunkt für Quartiersprogramme. Auch die (über lange Zeit angestrebte und momentan immer stärker in Frage gestellte) Herstellung einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist ein zentraler Ansatzpunkt von Quartierspolitik (vgl. Buck 2001: 2254). Es muss jedoch zwischen zwei inhaltlichen Ausrichtungen unterschieden werden: zum einen ist Quartierspolitik als baulich-investive Intervention in Gebieten mit einer mangelhaften räumlichen Gestaltung und infrastrukturellen Ausstattung zu verstehen und zum anderen als nicht-investiver Ansatz einer Sozialpolitik mit Quartiersbezug. Das Programm „Soziale Stadt“ versucht, beide Ansätze miteinander zu verbinden und somit zu einer umfassenden integrativen Quartierspolitik zu gelangen.

Wie das oben genannte Zitat von Häußermann verdeutlicht, sind individuelle soziale und ökonomische Probleme der wesentliche Ausgangspunkt von Quartierspolitik. Nicht das Individuum, sondern das Quartier ist aber der Adressat der politischen Intervention, da im Quartier die zusätzlichen negativen Wirkungen verortet werden. Somit soll eine indirekte Einflussnahme auf individuelle Problemlagen stattfinden. Fraglich ist an diesem Ansatz jedoch, ob individuelle Probleme, die durch ihre Konzentration im Raum sichtbar werden, auch eine Politik erfordern, die den Raum als Bezugsebene nutzt. Dies wäre nur dann logisch begründbar, wenn der Raum eine eigenständige Wirkung auf die individuellen Problemlagen entfaltet. Schließlich soll durch das Programm lediglich eine weitere Benachteiligung durch den Raum bekämpft werden, nicht die strukturellen Ursachen der Benachteiligung.

Das Quartier büßt vor dem Hintergrund der Ergebnisse der im Rahmen dieser Arbeit vorgenommenen Analyse als politische Handlungsebene an Plausibilität ein. Der Bezug auf den Raum als Verursacher von sozialer Benachteiligung scheint demnach nicht gerechtfertigt. Mit den Er-

gebnissen der Sekundäranalyse kann zwar nicht (zweifelsfrei) ausgeschlossen werden, dass negative Quartiereffekte wirken. In einigen Bereichen gibt es Hinweise darauf und andere wesentliche Bereiche, in denen eine Wirkung vermutet wird, waren nicht Untersuchungsgegenstand der Studien. Die Ergebnisse sprechen in der Gesamtheit aber auch nicht klar für eine Verstärkung der individuellen Benachteiligung durch das Quartier. Eine Politik, die ebendiese Annahme als ihren Ausgangspunkt hat, müsste sich vor diesem Hintergrund neu orientieren.

Im Folgenden soll der Blick auf den Quartiersansatz der sozialen Stadtpolitik gelenkt werden. Vor dem Hintergrund der festgestellten Ergebnisse in der Analyse und unter Einbeziehung einiger nicht untersuchter aber potentiell benachteiligender Wirkungszusammenhänge im Quartier werden vier Aspekte kurz diskutiert, in denen eine Politik gegen potentielle negative Effekte agieren könnte. Dabei werden jeweils mögliche Interventionsansätze und die tatsächlichen Interventionen durch das Programm „Soziale Stadt“ dargestellt.

Infrastrukturelle Ausstattung und physische Struktur

Wenn eine annähernde Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse durch Desinvestitionen im Bereich der physischen und infrastrukturellen Ausstattung nicht (mehr) gewährleistet ist, erscheint eine Benachteiligung durch das Quartier relativ plausibel. Die physische und infrastrukturelle Ausstattung darf dabei nicht nur als einmalige Investition betrachtet werden, sondern muss als Dauerbedarf auch personell und organisatorisch abgesichert sein. Strukturelle Defizite der benachteiligten Quartiere in diesen Bereichen können im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ bisher nicht kompensiert und ausgeglichen werden.

Eine Bestandsaufnahme der Ausstattung, Nutzung und Qualität technischer und sozialer Infrastruktur sowie des räumlichen Umfelds in benachteiligten Quartieren wäre ein erster Schritt um daran anschließend die Restriktionen zu untersuchen, denen die BewohnerInnen möglicherweise aufgrund einer schlechten Ausstattung unterliegen. In diesem Bereich gibt es weiteren Forschungsbedarf.

Wenn sich die weit verbreitete Annahme einer schlechten physischen und infrastrukturellen Struktur und Ausstattung in den benachteiligten Gebieten empirisch bestätigen ließe und diese wiederum negative Wirkungen auf die BewohnerInnen entfalte, läge hier ein wichtiges politisches Interventionsfeld im Quartier. Eine Verhinderung von Benachteiligung würde dann sowohl investive Maßnahmen als auch Maßnahmen der personellen und sachlichen Bestandsicherung erfordern. Der investive Ansatz innerhalb des Programms „Soziale Stadt“ ermöglicht zwar die Kompensation einer schlechten infrastrukturellen Ausstattung in einem sehr begrenzten Umfang, ist jedoch wirkungslos, sobald es sich um gravierende Ausstattungs- und Strukturdefizite, zum Beispiel im Bereich von Schulen, Kindertagesstätten, Ärzten, Krankenhäusern, Schwimmhallen, Bibliotheken etc. handelt. Gerade bei der personellen und organisatorischen Absicherung von Infrastruktureinrichtungen ist das Programm in seiner Handlungsfähigkeit weitestgehend beschränkt. Es unterstützt zwar durch Projektförderung auch die Träger von sozialer Infrastruktur, dies jedoch nur zeitlich begrenzt, wodurch eine stetig gesicherte Betreibung von Angeboten kaum ermöglicht wird. Das Programm verfolgt den Ansatz, selbsttragende Strukturen aufzubauen. Im Bereich der infrastrukturellen Ausstattung heißt das entweder eine betriebswirtschaftliche Betreibung oder – was im Sinne des Programms vor allem angestrebt wird – zivilgesellschaftliches Engagement bzw. die Finanzierung über verschiedene Fördermöglichkeiten und Zuwendungen.

Das Programm kann damit die Aufgaben der Bestandssicherung nicht leisten, da es in erster Linie auf eine Anschubfinanzierung für Projekte abzielt. Im Zuge einer Verstetigungsdebatte zum Programm wird diese Frage derzeit verstärkt diskutiert.

Netzwerke und Sozialkapital

Ein Bereich, in dem eine benachteiligende Wirkung zum Teil empirisch nachgewiesen werden konnte, sind die sozialen Netzwerke und das damit zusammenhängende Sozialkapital der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere. Es gibt sowohl Anzeichen dafür, dass die Netzwerke in benachteiligten Quartieren kleiner und qualitativ schlechter sind, als auch dafür, dass qualitativ schlechtere Netzwerke eine negative Wirkung auf die BewohnerInnen entfalten. Die Anzeichen sind aber nicht so eindeutig, als dass sie verallgemeinerbar wären. Es gibt im Gegenteil auch relativ starke Hinweise darauf, dass die individuellen Chancen zum Beispiel zum (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht vorrangig von der Zusammensetzung der Netzwerke abhängig sind. Netzwerke können also nicht grundsätzlich als Sozialkapitalressource gelten.

Welchen Einfluss das benachteiligte Quartier auf die Qualität und Größe der Netzwerke hat, ist weitgehend ungeklärt. Die in den Studien aufgezeigten Zusammenhänge könnten zum Teil auch auf Konzentrationseffekte zurückzuführen sein. Die eindeutigsten Hinweise über einen Zusammenhang zwischen Quartier und Netzwerken kommen aus den USA, wobei dort zum Teil auch formalisierte Strukturen als Netzwerk erfasst werden, die wiederum eng mit der infrastrukturellen Ausstattung zusammenhängen.

Wesentlich ist die Feststellung, dass sich die Netzwerke und Freundeskreise der BewohnerInnen benachteiligter Quartier – vor allem im europäischen Raum – nicht auf das Quartier zu konzentrieren scheinen. Das Quartier ist also nicht mit dem Sozialraum gleichzusetzen und die direkte Nachbarschaft im Quartier bildet nicht in erster Linie das Sozialkapital, auf das zurückgegriffen wird. Räumliche Nähe erzeugt nicht automatisch soziale Nähe. Daneben ist auch fraglich, inwiefern das soziale Umfeld im Quartier als potenzielles Sozialkapital betrachtet werden kann, da es sich ja größtenteils um benachteiligte Personen handelt. Eine gegenseitige Verbesserung der materiellen Lage, welche über eine Kompensation durch Nachbarschaftshilfe hinausgeht, ist in den Armutsquartieren daher kaum zu erwarten.¹⁵ Doch in Hinblick auf soziale, nichtmaterielle Unterstützung könnten die Netzwerke auch in den benachteiligten Quartieren durchaus profitabel sein. Das Programm „Soziale Stadt“ geht davon aus, dass es in den benachteiligten Quartieren endogene Potentiale gibt, die durch Organisation und Vernetzung der Akteure aktiviert werden können. Durch die Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement und der Verbesserung des Zusammenlebens im Quartier wird sich auch eine Stärkung von Netzwerken erhofft. Durch Begegnungsmöglichkeiten, Straßenfeste, Quartiersräte etc. sollen gemeinsame Interessen und endogene Potentiale „entdeckt“, aktiviert und gemeinsame Handlungen angestoßen werden. Auch in schon vorhandene Netzwerke wird investiert, indem Unterstützung für Projekte von lokalen Trägern und Institutionen bereitgestellt wird. Als aktivierendes Programm will die „Soziale Stadt“ jedoch lediglich den Anstoß für eine selbsttragende Entwicklung und Entfaltung dieser endogenen Potentiale geben.

Eine Politik, die auf eine Verbesserung der Netzwerke und eine Stärkung der Sozialkapitalressourcen der benachteiligten BewohnerInnen abzielt, müsste im Unterschied zum Programm „Soziale Stadt“ am Sozialraum ansetzen und nicht am geographischen Quartier. Das Quartier als Ort des Sozialkapitals hat vor allem für diejenigen eine Bedeutung, deren Freundeskreis im Quartier verortet und deren verbrachter Zeitanteil im Quartier hoch ist. Für alle anderen sind Netzwerke und Sozialkapital zu einem großen Anteil außerhalb des Quartiers angesiedelt. Damit handelt es sich nicht um eine Wirkung, die dem Quartier als Raum zugeschrieben werden kann sondern vielmehr den Netzwerken, also dem Sozialraum. Es ist in diesem Fall also keine Quartierspolitik sondern eine Sozialraum- und Netzwerkpolitik gefragt. Sozialräume und Netzwerke

¹⁵ Der Annahme, durch Kontakte und Netzwerke in den benachteiligten Quartieren ließen sich die Sozialkapitalressourcen der Bewohner stärken, widersprechen zum Beispiel Musterd, Ostendorf und De Vos (2003: 891).

sind als politische Handlungsebene jedoch kaum operationalisierbar, was ein gezieltes Eingreifen in diese Strukturen sehr schwierig macht. Erreicht werden zumeist nur weitestgehend formalisierte Netzwerke, auf Freundschaftsnetzwerke kann dagegen nur wenig Einfluss genommen werden. Darüber hinaus müsste der begrenzten Ressourcenausstattung dieser Netzwerke Rechnung getragen werden, indem materielle Unterstützungen, die vom Netzwerk selbst nicht getragen werden können, über eine erste Anstoßphase hinaus geleistet werden.

Kinder und Jugendliche

Trotzdem für Kinder und Jugendliche allgemein eine verstärkte Wirkung des Quartiers angenommen wird, ist dieser Bereich in den europäischen Studien, im Vergleich zu den amerikanischen Studien, kaum thematisiert worden. Es kann vermutet werden, dass die primären Sozialisationsinstanzen von Kindern und Jugendlichen – Schule, Familie, Freundeskreis und Freizeiteinrichtungen – stärker im Wohnquartier verortet sind als bei Erwachsenen und zudem die selbstständige Mobilität begrenzter ist. Doch auch hier gibt es Ergebnisse, die zeigen, dass für Jugendliche keinesfalls der Sozialraum auf das Wohnquartier beschränkt ist.

Geht man von einer Übertragbarkeit der Hinweise und Annahmen zur benachteiligenden Wirkung des Quartiers auf Kinder und Jugendliche aus, wären wiederum deren Netzwerke und die infrastrukturelle Ausstattung des Quartiers die beiden zentralen Interventionsebenen, um eine Benachteiligung zu bekämpfen. Wenn die Schulen und Kindertagesstätten in den benachteiligten Quartieren angemessen auf die Herausforderungen reagieren können, Freizeitmöglichkeiten und -betreuung in ausreichendem Maße bereitstehen und Rückzugs- und Repräsentationsräume vorhanden sind, könne einer potentiellen Benachteiligung durch das Quartier demnach begegnet werden. Dies gilt es jedoch noch durch empirische Untersuchungen zu bestätigen. Das Programm „Soziale Stadt“ ist auch in diesem Handlungsfeld in seinen Möglichkeiten beschränkt. Obwohl Kinder und Jugendliche stark im Fokus des Programms stehen, kann es kaum direkt auf die Sozialisationsinstanzen einwirken. Lehrplanmodifizierungen, Sozialarbeiter an Schulen oder auch eine dauerhaft abgesicherte Betreuung von kinder- und jugendspezifischer Infrastruktur kann mit dem zeitlich befristeten Ansatz, den begrenzten Mitteln und den beschränkten Interventionsmöglichkeiten des Programms nicht gewährleistet werden.

Ein weiterer Bereich, der bei Kindern und Jugendlichen Ziel einer politischen Intervention sein kann und es im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ auch zum Teil ist, wäre die Prävention und der Schutz vor destruktiven Einflüssen, vor allem im Zusammenhang mit Gewalt und Drogen.

Des Weiteren sind die soziale Lage und die individuellen Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen wesentlich von der sozialen Lage der Eltern abhängig. Eine strukturelle Verbesserung ihrer Situation brächte eventuell auch eine Verbesserung für die Kinder und Jugendlichen mit sich. Damit kommt der strukturellen Interventionsebene zur ursächlichen Bekämpfung der Benachteiligung eine entscheidende Rolle zu. Dies liegt im Wesentlichen außerhalb des Quartiers und des Zuständigkeitsbereiches des Programms „Soziale Stadt“.

Strukturelle Ursachenbekämpfung

Der Versuch einer strukturellen Ursachenbekämpfung ist im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ nicht vorgesehen. Dennoch wird versucht, die strukturellen Bedingungen auf Quartiersebene anzugehen. Dazu gehören vor allem die Bereiche lokale Ökonomie sowie Aus- und Weiterbildung. In diesen Handlungsbereichen werden den Evaluationen zufolge bisher eher mäßige Erfolge erzielt. Der ökonomische Bereich wird ergänzt durch einen starken Fokus des Programms auf die Integration von MigrantInnen durch Sprachkurse und andere Angebote. Eine strukturelle

Bekämpfung der Ursachen für Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung ist aber im Quartier weder möglich noch im Rahmen des Programms angestrebt.

Ob das Quartier letztlich die geeignete Handlungsebene für die Bekämpfung von individuellen Problemlagen ist, kann vor dem Hintergrund der Ergebnisse aus der Analyse und den hier diskutierten Überlegungen hinterfragt werden. Der Wandel des Fokus vom Individuum auf den Raum ergibt sich aus den sozialwissenschaftlichen, politischen und planerischen Forschungen und Debatten über Netzwerke, Sozialräume und die mögliche Wirkung von negativen Quartierseffekten. Dabei wurde das Quartier im Verlauf dieser Debatten immer stärker mit dem Sozialraum gleichgesetzt und als politische Handlungsebene operationalisiert. Dies führte weitestgehend zu einem Container-Modell von Raum: Die Gebietskulisse des Programms „Soziale Stadt“ ist das geographische Quartier. Alles was außerhalb der Grenzen dieses Quartiers liegt, kann mit dem Programm nur schwer erreicht werden. Es liegt hier unter Umständen ein gravierendes Übersetzungsproblem vor: Der sozialräumliche Ansatz des Programms wurde aufgrund einer problematischen Operationalisierbarkeit des Sozialraumes zu einem im Wesentlichen geographisch basierten Quartiersansatz. Diese Übersetzung liegt sicherlich zu einem großen Teil darin begründet, dass sich das Programm „Soziale Stadt“ von Beginn an formell im Bereich der Planung und Stadtentwicklung verortet. Die Ansiedlung beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung macht einen geographischen Quartiersbezug nachvollziehbar. Dem Sozialraumansatz, der im Vergleich zum Individuenbezug als der umfassendere und integrativere Ansatz angedacht war, werden mit der pragmatischen Verengung auf das Quartier wiederum enge Grenzen gesetzt.

Problematisch beim geographisch bestimmten Quartiersansatz in der sozialen Stadtpolitik ist zum einen die schon thematisierte starre Gebietsabgrenzung. Zum anderen hat das Programm „Soziale Stadt“ keine Zuständigkeit für Personen, sondern für Quartiere, dennoch handelt es sich in den Quartieren um eine Konzentration von individuellen Problemlagen. Das Programm „Soziale Stadt“ ist als Anstoßprogramm für andere Politikbereiche konzipiert. Zudem soll das Programm in den Quartieren zeitlich befristet durchgeführt werden. Das Ziel ist der Aufbau von selbsttragenden Strukturen und die Aktivierung endogener Potentiale. Damit folgt es einem Selbsthilfeansatz, der aufgrund der strukturell benachteiligten Lage der BewohnerInnen in seinen Erfolgsaussichten unbestimmt ist. Die strukturellen Ursachen der Problemlagen müssen im Rahmen des Programms weitestgehend ausgeblendet werden. Insbesondere die Aspekte der geographischen Begrenzung und der zeitlichen Befristung sind im Laufe der Zeit auch immer wieder zum Diskussionsgegenstand bei der Programmausgestaltung geworden.

Bei allen Kritikpunkten bietet der Quartiersansatz des Programms „Soziale Stadt“ durchaus auch Potentiale: Durch die Präsenz von Quartiersmanagements in den Quartieren ist eine Kenntnis der Situation, Strukturen und Bedarfe vor Ort gewährleistet. Gleichzeitig dienen diese Büros den QuartiersbewohnerInnen als Anlaufstelle. Für die Herstellung und Wahrung einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sind die Ortskenntnis und der Kontakt zu Institutionen und BewohnerInnen von großem Vorteil. Personen und Gruppen können dadurch zielgenau erreicht werden und die Wahrscheinlichkeit für eine passgenaue Verwendung von Mitteln steigt. Des Weiteren stellen die organisatorische Ausgestaltung und der Governance-Ansatz des Programms eine große Ressource dar. Durch einen integrativen ebenen- und ressortübergreifenden Ansatz übernehmen die Vor-Ort-Büros eine wichtige Moderationsfunktion zwischen den unterschiedlichen Interessen.

8. Fazit

Hat das Wohnquartier eine Bedeutung für die individuellen Lebenschancen? Diese Frage lässt sich kaum mit einem klaren „Ja“ oder „Nein“ beantworten. Zu komplex sind die Zusammenhänge, die einen Einfluss haben. In den vorangegangenen Kapiteln wurde versucht, eine Annäherung an diese Fragestellung zu finden – erstens durch eine Darstellung der Themen Segregation, sozialräumliche Differenzen und Quartierseffekte in der Stadtforschung, zweitens mithilfe der politischen Bearbeitung dieser Fragestellung im Programm „Soziale Stadt“ und drittens durch die Sekundär- und Inhaltsanalyse von zwölf Studien, die nach einem empirischen Nachweis von Quartierseffekten suchen.

Die Hypothese einer benachteiligenden Wirkung des Quartiers ist – zumindest im Rahmen der in dieser Arbeit vorgenommenen Analyse – nicht eindeutig genug nachweisbar um als politikbe gründende Annahme für das Programm „Soziale Stadt“ genügen zu können. Zu diesem Ergebnis kommen auch andere Autoren (vgl. Güntner 2003: 88ff.; Häußermann 2008; Paugam 2004: 72f.). Wie in der Analyse der empirischen Studien aufgezeigt werden konnte, hat das Quartier nicht für alle BewohnerInnen die gleiche Bedeutung. Für bestimmte Gruppen ist die Sozialstruktur des Quartiers relativ irrelevant, da sich ihre Netzwerke unabhängig vom Wohnumfeld bilden. Bei anderen Gruppen kommt es dagegen zu einer stärkeren Überschneidung von Sozialraum und physischem Raum. Werden die Wechselbeziehungen zwischen dem Sozialraum und dem physischen Raum nicht genau analysiert, kann es deswegen leicht zu falschen Annahmen und Plausibilitäten über die Effekte des Quartiers kommen (vgl. Bourdieu 1993: 159). Allgemein gilt: ein gemeinsam geteilter physischer Raum führt nicht automatisch auch zu einem gemeinsamen sozialen Raum. Es kann bei den festgestellten Effekten damit eher von Sozialraumeffekten als von Quartierseffekten gesprochen werden.

Der Sozialraum lässt sich als politische Interventionsebene jedoch kaum operationalisieren während der Quartiersansatz der sozialen Stadtpolitik durch den Bezug auf geographisch begrenzte Räume zu einer Verengung des Sozialraumansatzes führt. Aufgrund dieser Übersetzungsschwierigkeiten und Unklarheiten darf der Quartiersansatz der sozialen Stadtpolitik nicht zu einer Verdrängung des Individuenbezugs in der Sozialpolitik und der strukturellen Bekämpfung von Problemursachen führen. Sonst wäre das Programm „Soziale Stadt“ eine reine „Beschwichtigungspolitik“, wie es ihm Kritiker zum Teil vorhalten. Der Quartiersansatz bietet aber in Ergänzung zur strukturellen Bekämpfung der Ursachen individueller Benachteiligung durchaus Potentiale: Quartiersmanagements vor Ort können dabei helfen, Bedarfe abzuschätzen, zu vermitteln und Ressourcen passgenau zu verteilen und zu nutzen. Der ressortübergreifende und integrierte Ansatz schärft den Blick für räumliche und soziale Zusammenhänge und stellt die Organisationsstrukturen bereit, um zielgenau und effektiv handeln zu können. Gekoppelt mit einem übergreifenden politischen Anspruch auf eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse könnte einer potentiellen Benachteiligung durch das Quartier damit präventiv sehr wirkungsvoll begegnet werden. Eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedeutet dabei nicht die Gleichheit in Ausstattung und Organisation, sondern eine angemessene Reaktion auf die jeweiligen lokalen und sozialen Gegebenheiten in unterschiedlichen Bereichen um eine Chancengleichheit zu gewährleisten. Was in dieser Hinsicht mit dem Programm „Soziale Stadt“ auf Quartiersebene mühsam und mit beschränkten Mitteln versucht wird, sollte viel stärker in der Mainstream-Politik verankert sein.

Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen einen Beitrag zur Diskussion des Quartiersansatzes in der Sozialpolitik, insbesondere im Programm „Soziale Stadt“, leisten. Der Anstoß zielt dabei vor allem auf die Rolle des Raumes als politische Interventionsebene. Als abschließender Gedanke soll ein Perspektivenwechsel angeregt werden: vom Quartier als politischem Interventionsraum – also einem klassischen Quartiersansatz – zum Quartier als Zielgebiet politischer Intervention – also einem politischen mainstream-Ansatz mit Quartiersbezug. Diese Perspektive schaut von oben mit

dem Blick der Verteilung von Ressourcen und von unten mit dem Blick der spezifischen lokalen Bedürfnisse und nicht – wie es mit dem Programm „Soziale Stadt“ derzeit impliziert wird – unter dem Blickwinkel des besseren Ressourcenmanagements und der Aktivierung von Selbsthilfepotentialen in den benachteiligten Quartieren ohne dafür ausreichend handlungsbefähigende Mittel, Kompetenzen und Ressourcen bereit zu stellen. Die Strukturen des Programms „Soziale Stadt“ sind dabei sehr wertvoll für die Erschließung der benachteiligten Quartiere als Adressat der Politik.



VI

Literaturverzeichnis

Literaturverzeichnis

Alisch, Monika (1999): Die reale Chance: städtische Strategien gegen soziale Ausgrenzung. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Modernisieren ohne auszuschließen: Quartiersentwicklung zur Verhinderung einer städtischen Unterschicht. Bonn, S. 19-29

Alpheis, Hannes (1990): Erschwert die ethnische Konzentration die Eingliederung? In: Esser, Hartmut / Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Generation und Identität: theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 147-184

Atkinson, Rowland / Kintrea, Keith (2001): Disentangling Area Effects: Evidence from Deprived and Non-deprived Neighbourhoods. In: Urban Studies, Vol. 38, No. 12, S. 2277-2298

Baugesetzbuch (BauGB) (2005): 37. Auflage. München: Deutscher Taschenbuchverlag

Becker, Heidede (2003): Drei Jahre integrierte Stadtentwicklung. Programm Soziale Stadt – Erfahrungen und Perspektiven. In: PlanerIn Heft 2/2003, S. 5-8

Berking, Helmuth (2006): Raumtheoretische Paradoxien im Globalisierungsdiskurs. In: Ebd. (Hrsg.): Die Macht des Lokalen in einer Welt ohne Grenzen. Frankfurt / New York: Campus Verlag, S. 7-22

Blanke, Bernhard (2001): Aktivierender Staat – aktive Bürgergesellschaft. Eine Analyse für das Bundeskanzleramt. <http://www.isps-online.de/aktstaat/literatur/bas.pdf>, Zugriff am 09.01.2009

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt: Sonderband 2. Verlag Otto Schwarz & Co.: Göttingen, S.183-191

Bourdieu, Pierre (1993/1997): Ortseffekte. In: ebd. et al. (Hrsg.): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: Universitäts-Verlag Konstanz.

Buck, Nick (2001): Identifying Neighbourhood Effects on Social Exclusion. In: Urban Studies, Vol. 38, No. 12 / 2001, S. 2251-2275

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter__armuts__und__reichtumsbericht.pdf, Zugriff am 23.10.2008

Bundestransferstelle Soziale Stadt (2008): Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt. Berlin.

Castells, Manuel (2001): Das Informationszeitalter. Band 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen: Leske & Budrich.

Dangschat, Jens S. (1995): „Stadt“ als Ort und Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 31-32/1995, S. 50-62

Dangschat, Jens S. (1997): Sag' mir wo Du wohnst, und ich sag' Dir, wer Du bist! Zum aktuellen Stand der deutschen Segregationsforschung. In: PROKLA, Heft 109, Vol. 27, Nr. 4, S. 619-647

Dangschat, Jens S. (1998): Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stickworte. Opladen: Leske und Budrich, S. 207-220

- Dangschat, Jens S. (2000): Sozial-räumliche Differenzierung in Städten: Pro und Contra. In: Harth, Annette / Scheller, Gitta / Tessin, Wulf (Hrsg.): Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen: Leske und Budrich, S. 141-159
- Drever, Anita / Clark, William A.V. (2006): Mixed Neighborhoods, Parallel Lives? Residential Proximity and Inter-Ethnic Group Contact in German Neighborhoods. Unveröffentlichtes Manuskript. www.bristol.ac.uk/cmpo/events/2007/berlin/dreverclark.doc, Zugriff am 12.12.2008
- Drilling, Matthias (2008): Die Metapher von Raum als soziale Landschaft: Perspektiven zur Überwindung der Dichotomie von Quartierkonzeptionen. In: Schnur, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 54-68
- Duyvendak, Jan Willem (2004): Spacing Social Work? Möglichkeiten und Grenzen des Quartiersansatzes. In: Kessl, Fabian / Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 157-168
- Elden, Stuart / Crampton, Jeremy W. (2007): Introduction. In: ebd. (Hrsg.): Space, Knowledge and Power: Foucault and Geography. Aldershot / Burlington: Ashgate, S. 1-16
- Elliott, Delbert S. / Menard, Scott / Rankin, Bruce / Elliott, Amanda / Wilson, William Julius / Huizinga, Davis (2006): Good Kids from Bad Neighborhoods. Successful Development in Social Context. Cambridge u.a.: Cambridge University Press
- Engels, Friedrich (1845): Die Lage der Arbeitenden Klasse in England. Leipzig: Verlag Otto Wigand
- Esser, Hartmut / Friedrichs, Jürgen (1990): Einleitung. In: Esser, Hartmut / Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Generation und Identität: theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 11-23
- Farwick, Andreas (2002): Segregierte Armut und soziale Benachteiligung. Empirische Befunde und theoretische Reflexionen zum Einfluss von Wohnquartieren auf die Dauer von Sozialhilfebefähigkeit. In: Mayr, Alois / Meurer, Manfred / Vogt, Joachim (Hrsg.): Stadt und Region. Dynamik von Lebenswelten. Leipzig: Deutsche Gesellschaft für Geographie, S. 292-305
- Foucault, Michel (1967)(1984): Of Other Spaces. <http://foucault.info/documents/heteroTopia/foucault.heteroTopia.en.html>, Zugriff am 30.03.2009
- Franke, Thomas (2008): Wo kann sich die „Sozialen Stadt“ verorten? In: Schnur, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 127-144
- Friedrichs, Jürgen (1990): Interethnische Beziehungen und städtische Strukturen. In: Esser, Hartmut / Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Generation und Identität: theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 305-320
- Friedrichs, Jürgen / Blasius, Jörg (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen: Leske und Budrich
- Göddecke-Stellmann, Jürgen / Kocks, Martina (2007): Die Soziale Stadt – acht Jahre Städtebauförderung für eine sozial orientierte Stadtpolitik. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6.2007: 391-403

Granovetter, Mark S. (1973): The Strength of Weak Ties. In: American Journal of Sociology, Vol. 78. No. 6, S. 1360-1380

Güntner, Simon (2006): Soziale Stadtpolitik: Policy-Making und Institutionalisierung. Dissertation. Berlin

Häußermann, Hartmut (1999): Segregation und Ausgrenzung – Ursachen und Folgen sozialräumlicher Segregation. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Modernisieren ohne auszuschließen: Quartiersentwicklung zur Verhinderung einer städtischen Unterschicht. Bonn, S. 11-17

Häußermann, Hartmut (2003): Armut in der Großstadt. Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4.2003, S. 147-159

Häußermann, Hartmut (2008): Segregation in der Stadt – Befürchtungen und Tatsachen. In: vhw Forum Wohneigentum, Vol. 9, Heft 3.2008, S. 123-125

Häußermann, Hartmut / Siebel, Walther (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin / Siebel, Walter (2004): Stadt am Rand. Armut und Ausgrenzung. In: ebd. (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 11-40

Häußermann, Hartmut / Läßle, Dieter / Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn.

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2004) Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (Hrsg.): Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluation. Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmlaufzeit. Berlin.

Kearns, Ade / Parkinson, Michael (2001): The Significance of Neighbourhood. In: Urban Studies, Vol. 38, No. 12, S. 2103-2110

Krämer-Badoni, Thomas (1992): Die Stadt als sozialwissenschaftlicher Gegenstand. Ein Rekonstruktionsversuch stadtsoziologischer Theoriebildung. In: Häußermann, Hartmut / Ipsen, Detlef / Krämer-Badoni, Thomas / Läßle, Dieter / Rodenstein, Marianne / Siebel, Walter (Hrsg.): Stadt und Raum. Soziologische Perspektiven. 2. Auflage. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 1-29

Krämer-Badoni, Thomas (2003): Die Gesellschaft und ihr Raum – kleines verwundertes Nachwort zu einem großen Thema. In: Krämer-Badoni, Thomas / Kuhm, Klaus (Hrsg.): Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie. Opladen: Leske und Budrich, S. 275-286

Kronauer, Martin / Vogel, Berthold (2001): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte? In: SOFI-Mitteilungen, Nr. 29/2001, S. 45-58

Kronauer, Martin (2004): Quartierseffekte. Einführung und Kommentar. In: Walther, Uwe-Jens / Mensch, Kirsten (Hrsg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt: Schader Stiftung, S. 17-25

Krummacher, Michael / Kulbach, Roderich / Waltz, Viktoria / Wohlfahrt, Norbert (2003): Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit. Opladen: Leske & Budrich.

Kuhm, Klaus (2003): Was die Gesellschaft aus dem macht, was das Bewusstsein und das Bewusstsein der Gesellschaft zum Raum ›sagt‹. In: Krämer-Badoni, Thomas / Kuhm, Klaus (Hrsg.): Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie. Opladen: Leske und Budrich, S. 13-32

Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ vom 02.04.1998: http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band1/1_leitfaden.shtml, Zugriff am 05.05.2009

Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, Stand: 29.08.2005 (pdf-download): <http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/index.phtml>, Zugriff am 08.05.2009

Lessenich, Stephan (2003): Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft. In: *Mittelweg* 36, Nr. 4/2003, S. 80-93

Löw, Martina / Steets, Silke / Stoetzer, Sergej (2007): Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie. Opladen / Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Musterd, Sako / Ostendorf, Wim / De Vos, Sjoerd (2003): Neighbourhood Effects and Social Mobility: A Longitudinal Analysis. In: *Housing Studies*, Vol. 18, No. 6, S. 877-892

Musterd, Sako / Andersson, Roger (2005): Housing Mix, Social Mix, and Social Opportunities. In: *Urban Affairs Review*, Vol. 40, No. 6, S. 761-790

Nieszery, Andrea (2008): Class, race, gender... neighbourhood? Zur Bedeutung von Quartiers-effekten in der europäischen Stadtforschung. In: Schnur, Olaf (Hrsg.): *Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107-126

Oberwittler, Dietrich (2003): Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz. Eine Mehrebenen-analyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz. In: Oberwittler, Dietrich / Karstedt, Susanne: *Soziologie der Kriminalität. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 43/2003*: S. 135-170

O'Connor, Alice (2004): Rasse, Klasse und Ausgrenzung: Das Konzept der Unterklasse in historischer Perspektive. In: Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin / Siebel, Walter (Hrsg.): *An den Rändern der Städte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 43-70

OECD (2008): *Growing Unequal? Income Distributions and Poverty in OECD Countries*. Paris.

Orr, Larry L. / Feins, Judith D. / Jacob, Robin / Beecroft, Erik / Sanbonmatsu, Lisa / Katz, Lawrence F. / Liebman, Jeffrey B. / Kling, Jeffrey R. (2003): *Moving to Opportunity Interim Impacts Evaluation*. Washington D.C.: U.S. Department of Housing and Urban Development, Office of Policy Development and Research.

Park, Robert E. (1925/1964): *The City: Suggestions for the Investigation of Human Behavior in the Urban Environment*. In: Park, Robert E. / Burgess, Ernest W. (Hrsg.): *The City. Suggestions for Investigation of Human Behavior in the Urban Environment*. Chicago: University of Chicago Press, S. 1-46

Paugam, Serge (2004): Armut und soziale Exklusion: Eine soziologische Perspektive. In: Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin / Siebel, Walter (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Frankfurt / Main: Suhrkamp, S. 71-96

Pauser, Wolfgang (2008): Sind unsere segregierten Stadtteile noch zu retten? In: vhw Forum Wohneigentum, Vol. 9, Heft 3 / Juli 2008: S. 149-151

Preis, Wolfgang / Thiele, Gisela (2002): Sozialräumlicher Kontext sozialer Arbeit. Chemnitz: RabenStück Verlag für Kinder- und Jugendhilfe.

Putnam, Robert D. (1995): Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, Vol. 6, No. 1, S. 65-78

Schnur, Olaf (2008a): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Ebd. (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19-51

Schnur, Olaf (2008b): Gute Beziehungen, schlechte Beziehungen: Lokales Sozialkapital und soziale Integration von Migranten im Quartier. In: vhw Forum Wohneigentum, Vol. 9, Heft 3, S. 138-144

Shields, Rob (2006): Knowing Space. In: Theory, Culture and Society, Vol. 23, No. 2-3, S. 147-149

Simmel, Georg (1998): Die Großstädte und das Geistesleben. In: Lichtblau, Klaus (Hrsg.): Georg Simmel. Soziologische Ästhetik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Stichweh, Rudolf (2003): Raum und moderne Gesellschaft. Aspekte der sozialen Kontrolle des Raums. In: Krämer-Badoni, Thomas / Kuhm, Klaus (Hrsg.): Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie. Opladen: Leske und Budrich, S. 93-102

Stern, Mark J. (2004): Unter- und Überbetonung des Raums. Einige Dilemmata bei der Übersetzung der Sozialkapitaltheorie. In: Kessl, Fabian / Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 209-223

Tönnies, Ferdinand (1983): Gemeinschaft und Gesellschaft: Ergebnis und Ausblick. In: Schmals, Klaus M. (Hrsg.): Stadt und Gesellschaft. München: Academic, S. 227-236

VV Städtebauförderung 1999 (pdf-download): <http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/>, Zugriff am 05.05.2009

VV Städtebauförderung 2010 (pdf-download): <http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/>, Zugriff am 26.04.2011

VV Städtebauförderung 2011 (pdf-download): <http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/>, Zugriff am 26.04.2011

Wagner, Eugen (2000): Das Programm „Soziale Stadt“ als wichtiges Element der Stadterneuerungspolitik. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Dokumentation der Starterkonferenz. Arbeitspapiere zur Sozialen Stadt. Band 4. Berlin.

Walther, Uwe-Jens (2002): Ambitionen und Ambivalenzen eines Programms. Die Soziale Stadt zwischen neuen Herausforderungen und alten Lösungen. In: Ders. (Hrsg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur sozialen Stadt? Opladen: Leske & Budrich, S. 23-43

Walther, Uwe-Jens (2005): Irritation und Innovation: Stadterneuerung als Lernprozess? In: Greifenhagen, Sylvia / Neller, Katja (Hrsg.): Praxis ohne Theorie? Wissenschaftlichen Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 111-124

Walther, Uwe-Jens / Güntner, Simon (2007): Vom lernenden Programm zur lernenden Politik? Stand und Perspektiven sozialer Stadtpolitik in Deutschland. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6.2007, S. 349-362

Weber, Max (1983): Die nicht-legitime Herrschaft (Typologie der Städte). In: Schmals, Klaus M. (Hrsg.): Stadt und Gesellschaft. München: Academic, S. 247-257

Wilson, William Julius (1987). The Truly Disadvantaged. The University of Chicago Press: Chicago.

Zimmermann, Karsten (2005): Soziale Stadt und Local Governance. Unveröffentlichte Dissertation. Hannover. http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=979172365&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=979172365.pdf, Zugriff am 07.11.2008

**Weitere Publikationen aus dem
Institut für Stadt- und
Regionalplanung**



Nr. 75

Michael König

Regionalstadt Frankfurt

Ein Konzept nach 100 Jahren Stadt-Umland-Diskurs in Berlin, Hannover und Frankfurt am Main

Die Suburbanisierung führt in Großstadregionen zu erheblichen Stadt-Umland-Problemen, die erforderliche regionale Koordination scheitert aber meist an politischen Widerständen. Diese Arbeit untersucht die Probleme, Konflikte und Lösungen, mit dem Ergebnis, dass Großstadregionen in einer Gebietskörperschaft existent werden müssen. Drei solcher Vereinigungsprojekte (Berlin 1920, Frankfurt 1971, Hannover 2001) werden vorgestellt und der politische Wille der Landesregierung als entscheidender Faktor identifiziert. Aus den Fallbeispielen wird ein Entwurf für eine vereinte Stadtregion Frankfurt abgeleitet. Denn nur durch innere Befriedung und staatliche Unterstützung kann die Region ihre Energien auf den internationalen Metropolenwettbewerb konzentrieren.

2009, 224 S., ISBN 978-3-7983-2114-4

12,90 €



Nr. 74

Mathias Güthling

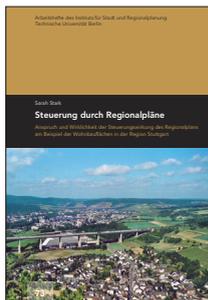
Innerstädtische Brachflächen

Untersuchungen zur Umgestaltung von innerstädtischen Bahnflächen am Beispiel des Reichsbahnausbesserungswerkes Potsdam

Obwohl flächenhafte Bahnliegenschaften weit verbreitet als Potenziale der Stadtentwicklung gelten, haben zahlreiche Kommunen Schwierigkeiten bei der Umstrukturierung ehemaliger Ausbesserungswerke. Diese sind aufgrund ihrer früheren Nutzung und der zugehörigen Bebauungsstruktur gegenüber anderen entbehrlichen Bahnflächen von besonderer Charakteristik. Die vorliegende Arbeit untersucht, ob die brach gefallenen Flächen der Ausbesserungswerke für die betroffenen Städte doch eher Risiken und Belastungen als Chancen und Potenziale darstellen. Sind sie lediglich eine von vielen Flächenreserven oder kann dieser Typus von Bahnbrache einschließlich der prägenden Bebauung als wichtiger Baustein für die Stadtentwicklung fungieren?

2009, 221 S., ISBN 978-3-7983-2107-6

19,90 €



Nr. 73

Sarah Stark

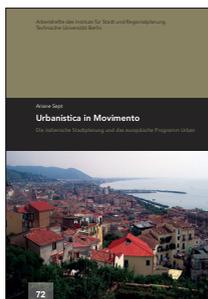
Steuerung durch Regionalpläne

Anspruch und Wirklichkeit der Steuerungswirkung des Regionalplans am Beispiel der Wohnbauflächen in der Region Stuttgart

Das Ziel der Bundesregierung bis 2020 täglich nicht mehr als 30 Hektar Freifläche für Wohn- und Verkehrszwecke in Anspruch zu nehmen, soll durch die Landes- und Regionalplanung umgesetzt werden. Diese Arbeit geht der Frage nach, ob die Regionalplanung mit ihren Instrumenten dies leisten kann. Konkret werden die Instrumente zur Wohnflächensteuerung des Regionalplans 1998 der Region Stuttgart analysiert. Statistische Daten zur Wohnbauflächen- und Bevölkerungsentwicklung werden ausgewertet und durch ergänzende qualitative Interviews mit regionalen Experten interpretiert und bewertet. Im Ergebnis empfiehlt sich die Entwicklung flächensteuernder Instrumente mit absoluten Grenzwerten, soll das Ziel der Bundesregierung erreichen werden.

2009, 190 S., ISBN 978-3-7983-2106-9

12,90 €



Nr. 72

Ariane Sept

Urbanistica in Movimento

Die italienische Stadtplanung und das europäische Programm Urban

Anhand der europäischen Gemeinschaftsinitiative Urban untersucht die vorliegende Arbeit einerseits die zunehmende Bedeutung europäischer Integration für die Stadtplanung und andererseits den Wandel italienischer Stadtplanung seit Beginn der 1990er Jahre. Dabei geht es weniger darum, Problemlagen in italienischen Städten auszumachen und entsprechende Handlungsansätze vorzuschlagen, als vielmehr Prozesse der Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtentwicklung aus dem Blickwinkel einer externen Beobachterin abzubilden.

2008, 153 S., ISBN 978-3-7983-2087-1

15,90 €

Sonderpublikationen



Sylvia Butenschön (Hrsg.)

Garten – Kultur – Geschichte

Gartenhistorisches Forschungskolloquium 2010

Der Tagungsband des Gartenhistorischen Forschungskolloquiums 2010 gibt einen aktuellen Einblick in das von WissenschaftlerInnen verschiedener Disziplinen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtete Forschungsfeld der Gartengeschichte. So behandeln die 20 Textbeiträge Aspekte der Gartenkultur aus einem Zeitraum von über 400 Jahren und einem Betrachtungsgebiet von ganz Europa - von den Wasserkünsten in Renaissancegärten über das Stadtgrün des 19. Jahrhunderts bis zu Hausgärten des frühen 20. Jahrhunderts und Fragen des denkmalpflegerischen Umgangs mit Freiflächen der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts.

2011, 134 S., ISBN 978-3-7983-2340-7

14,90 €



Ursula Flecken, Laura Calbet i Elias (Hg.)

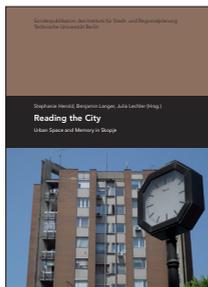
Der öffentliche Raum

Sichten, Reflexionen, Beispiele

Der öffentliche Raum ist zugleich konstituierendes Element und Gedächtnis der Stadt. Er ist in höchstem Maße komplex und unterliegt ständigen Veränderungen. In der Entwicklung der Städte muss er deshalb immer wieder neu verhandelt werden. Raumwissenschaften und Stadtplanung haben als integrale Disziplinen den Anspruch, unterschiedlichste Perspektiven zum öffentlichen Raum zusammen zu führen. Dieser Sammelband bietet ein vielschichtiges Bild der Funktionen, Aufgaben und Bedeutungen des öffentlichen Raumes. Er versteht sich als Beitrag, der die aktuelle Debatte bereichern und voranbringen soll.

2011, 250 S., ISBN 978-3-7983-2318-6

19,90 €



Stephanie Herold, Benjamin Langer, Julia Lechler (Hrsg.)

Reading the City

Urban Space and Memory in Skopje

The workshop "Reading the city" took place in Skopje in May 2009 and followed the hypothesis that every historical, political, and social development and trend is mirrored in the city's built environment. Cities, accordingly, consist of a multitude of narratives and thus become an image of individual and collective memory. Investigating different sites of the city under this focus, the publication shows, how history is mirrored in the urban space of Skopje today, how it is perceived and constructed, and which historical periods influence the city's current planning discourse.

2010, 153 S., ISBN 978-3-7983-2129-8

13,90 €



Adrian Atkinson, Meriem Chabou, Daniel Karsch (Eds.)

Stratégies pour un Développement Durable Local

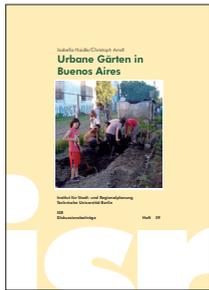
Renouvellement Urbain et Processus de Transformations Informelles

This document contains the output of a conference and action planning workshop that took place in Algiers over five days in early May 2007. The theme of the event was urban renewal with a focus on sustainable development. 62 participants attended the event from 13 countries in the framework of the URDN, sponsored and supported by the École Polytechnique d'Architecture et d'Urbanisme of Algiers. Academics, professionals and government officials from architecture, planning and including the private development sector presented papers and discussed both the technical and institutional issues as to how planning systems and the redevelopment process can be more effective in addressing sustainability issues ranging from the supply of resources, through urban design to concern with appropriate responses to climatic and geographical considerations.

2008, 223 S., ISBN 978-3-7983-2086-4

13,90 €

Diskussionsbeiträge



Nr. 59

Isabella Haidle, Christoph Arndt

Urbane Gärten in Buenos Aires

Im Zuge der Modernisierung und Industrialisierung im letzten Jahrhundert geriet die Praxis des innerstädtischen Gemüseanbaus jedoch weitgehend aus dem Blickfeld der Stadtplanung. In der Realität verschwand sie niemals ganz, sondern bestand informell weiter. Erst die Krisen der Moderne bzw. das Ende des fordistischen Entwicklungsmodells haben weltweit zu einer intensiveren theoretischen Beschäftigung mit kleinteiligen, vor Ort organisierten, informellen Praxen geführt. Die Interaktion der GärtnerInnen mit der Stadtentwicklung und Stadtplanung rückt seit einigen Jahren ins Zentrum des Interesses. Die AutorInnen versuchen zwischen der Planung und den Ideen der GärtnerInnen zu vermitteln, indem sie mögliche Potenziale und Defizite der einzelnen Projekte aufzeigen und Unterstützungsmöglichkeiten formulieren.

2007, 204 S., ISBN 978-3-7983-2053-6

15,90 €



Nr. 58

Guido Spars (Hrsg.)

Wohnungsmarktentwicklung Deutschland

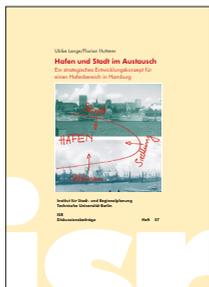
Trends, Segmente, Instrumente

Die Wohnungsmarktentwicklung in Deutschland ist zunehmend von Ausdifferenzierungsprozessen auf der Nachfrage- und der Angebotsseite geprägt. Die Teilmärkte entwickeln sich höchst unterschiedlich. Die Parallelität von Schrumpfung und Wachstum einzelner Segmente z.B. aufgrund > regionaler Bevölkerungsgewinne und -verluste, > der Überalterung der Gesellschaft, > der Vereinzelung und Heterogenisierung von Nachfragern, > des wachsenden Interesses internationaler Kapitalanleger stellen neue Anforderungen an die Stadt- und Wohnungspolitik, an die Wohnungsunternehmen und Investoren und ebenso an die wissenschaftliche Begleitung dieser Prozesse.

Mit Beiträgen von Thomas Hafner, Nancy Häusel, Tobias Just, Frank Jost, Anke Bergner, Christian Strauß, u.a.

2006, 313 S., ISBN 3 7983 2016 0

13,90 €



Nr. 57

Ulrike Lange/Florian Hutterer

Hafen und Stadt im Austausch

Ein strategisches Entwicklungskonzept für eine Hafenbereich in Hamburg

In den zentral gelegenen Hafenbereichen von Hamburg hat in den letzten Jahren ein Umwandlungsprozess eingesetzt, der noch immer andauert. Allgemein zurückgehende Investitionstätigkeit und die unsichere wirtschaftliche Entwicklung, sowie räumliche Besonderheiten des Ortes lassen Zweifel aufkommen, ob die viel praktizierte Masterplanung für eine Entwicklung der Hafenbereiche am südlichen Elbufer geeignet ist. Die vorliegende Arbeit schlägt daher eine Strategie der Nadelstiche vor. Für die Umstrukturierung dieses Hafenbereichs soll eine Herangehensweise angewendet werden, die sich die sukzessiven Wachstumsprozesse einer Stadt zu eigen macht. Durch Projekte als Initialzündungen und ausgewählte räumliche Vorgaben soll unter Einbeziehung wichtiger Akteure ein Prozess in Gang gebracht und geleitet werden, der flexibel auf wirtschaftliche, soziale und räumlich-strukturelle Veränderungen reagieren kann.

2006, 129 S., ISBN 978-3-7983-2016-1

15,90 €



Nr. 56

Anja Besecke, Robert Hänsch, Michael Pinetzki (Hrsg.)

Das Flächensparbuch

Diskussion zu Flächenverbrauch und lokalem Bodenbewusstsein

Brauchen wir ein „Flächensparbuch“, wenn in Deutschland die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung stagniert oder sogar rückläufig ist? Ja, denn trotz Stagnation der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung wächst die Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke. Dies läuft dem Ziel zu einem schonenden und sparsamen Umgang mit der Ressource Boden und damit dem Leitbild einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung entgegen. Das Gut „Fläche“ ist vielseitigen Nutzungsansprüchen ausgesetzt und dessen Inanspruchnahme ist aufgrund divergierender Interessen häufig ein Streitthema. Dieser Sammelband soll die aktuelle Diskussion aufzeigen, die auf dem Weg zu einer Reduktion der Flächenneuanspruchnahme von den verschiedenen Akteuren geprägt wird. Dabei reicht der Blick von der Bundespolitik bis zur kommunalen Ebene und von der wissenschaftlichen Theorie bis zur planerischen Praxis.

2005, 207 S., ISBN 3 7983 1994 4

15,90 €

Das vollständige Programm finden sie unter www.isr.tu-berlin.de



Nr. 35

Denise Nelkert

Wachstum kreativer Räume

Eine quantitative Untersuchung der räumlichen Entwicklung der kreativen Branche in Amsterdam (zwischen 1996 und 2009)

Die Untersuchung bietet erstmals einen quantitativ fundierten Überblick über die räumlichen Veränderungen der kreativen Branche. Durch die Darstellung der zeitlichen und räumlichen Entwicklung konnten einige Vermutungen zu den Standortveränderungen sowie zur Mobilität der Branche bestätigt oder relativiert werden. Zu dem gelang es erstmals das Wachstum kreativer Räume zielgruppenorientiert zu beschreiben. Mit den Forschungsergebnissen können stadtplanerische Maßnahmen auf die Standortdynamik der kreativen Branche abgestimmt und die Entwicklungssynergien für Region und Wirtschaft genutzt werden.

2011, 291 S., ISBN 978-3-7983-2365-0

kostenloser download unter www.isr.tu-berlin.de



Nr. 34

Ulrike Forßbohm

Kriegs-End-Moränen

Zum Denkmalwert der Trümmerberge in Berlin

Mai 1945, in Berlin liegen 75 Millionen Kubikmeter Trümmerschutt, die beseitigt werden müssen. Vieles wird für den Wiederaufbau eingeplant, aber fast ein Viertel ist nicht verwertbar. Dank Reinhold Lingner wird ein Großteil zu Trümmerbergen aufgeschüttet, die heute zur natürlichen Topographie der Stadt zu gehören scheinen. Was wissen wir überhaupt noch über diese Trümmer? Wie sind sie dorthin gekommen, was wurde unternommen, damit daraus Grün- bzw. Erholungsflächen wurden? Und besitzen sie als Symbole einer Zeit des Vergessens und des Neuanfangs einen denkmalpflegerischen Wert? In der vorliegenden Arbeit wird das Freiraumkonzept, das zur Anlegung der Trümmerberge in Berlin führte, vorgestellt und beantwortet, in wie weit die einzelnen Planungen für die Anlagen umgesetzt wurden, heute noch sichtbar sind und welche grünplanerische Bedeutung ihnen beigemessen wird.

2011, 97 S., ISBN 978-3-7983-2343-8

kostenloser download unter www.isr.tu-berlin.de



Nr. 33

Julia Kroll

Mehrfachförderkulisse Stadtzentrum – Ein Puzzle für die Zentrenentwicklung

Das Zusammenwirken von Städtebauförderprogrammen in städtischen Zentren am Beispiel des „Aktiven Stadtzentrums Turmstraße“ in Berlin Moabit

Zentren sind das Rückgrat der Innenstädte und Quartiere, haben aber zunehmend mit Funktions- und Bedeutungsverlust zu kämpfen. Ein wichtiges Instrument zu ihrer Stabilisierung und Stärkung stellt die Städtebauförderung dar, insbesondere mit dem Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren. Als wesentliche Erfolgsfaktoren für die Zentrenentwicklung werden in der vorliegenden Diplomarbeit eine sachlich und räumlich integrierte Vorgehensweise und die Überwindung möglicher Beschränkungen des Zentrenprogramms identifiziert. Es wird untersucht, welche Potenziale dafür Mehrfachförderkulissen bieten. Es werden Handlungsansätze zur Optimierung des Zusammenwirkens der Programme in diesen Räumen entwickelt.

2011, 238 S., ISBN 978-3-7983-2342-1

kostenloser download unter www.isr.tu-berlin.de



Nr. 32

Josiane Meier

Von Autobahnauffahrten und Szenekneipen

**Theorien und Forschung zu Standortwahl und Standortfaktoren
Eine Wissenschaft des Ungefähren im Mantel der Genauigkeit?**

Die Standortwahl von Unternehmen hat erheblichen Einfluss auf die Entwicklung von Städten und Regionen. In der Auseinandersetzung mit Prozessen der Standortwahl spielen Standortfaktoren eine prominente Rolle. Die vorliegende Arbeit beleuchtet die Bandbreite und Wandelbarkeit von Standortfaktoren, bietet einen Überblick zentraler theoretischer Grundlagen und betrachtet eine Vielzahl von Studien im Detail und – soweit möglich – im Vergleich. Dabei setzt sich die Arbeit kritisch mit der Erforschung von Standortfaktoren auseinander und formuliert Empfehlungen zu deren Weiterentwicklung.

2011, 120 S., ISBN 978-3-7983-2341-4

kostenloser download unter www.isr.tu-berlin.de

Jahrbuch Stadterneuerung



2011

Stadterneuerung und Festivalisierung

Seit zwei Jahrzehnten wird das Thema der Festivalisierung der Stadtplanung und der Stadterneuerung kontrovers diskutiert. Kleine und große Festivals und diverse Veranstaltungen unterschiedlichen Formats sind weiter en vogue, und derartige Events werden gezielt als strategisches Instrument der Stadtpolitik eingesetzt. Auch in den letzten Jahren spielen sie als internationale Bauausstellungen, Gartenschauen und ähnliche Ereignisse für Stadtbau und Stadterneuerung eine besondere Rolle. Anlass genug, dieses Thema – inzwischen durchgängig Gegenstand von Stadtforschung und Planungstheorie – in diesem Jahrbuch Stadterneuerung schwerpunktmäßig aufzunehmen und in den einzelnen Beiträgen aus verschiedenen Perspektiven kritisch zu reflektieren. Daneben werden auch in diesem Jahrbuch neben dem Schwerpunktthema Lehre und Forschung theoretische und historische Aspekte der Stadterneuerung sowie auch Praxen im In- und Ausland in den Beiträgen thematisiert.

2011, 378 S., ISBN 978-3-7983-2339-1

20,90 €



2010

Infrastrukturen und Stadtbau

Das Jahrbuch Stadterneuerung 2010 beinhaltet in diesem Jahr den Schwerpunkt „Soziale und technische Infrastruktur im Wandel“. Die Rahmenbedingungen, der Stellenwert und der Zusammenhang von Infrastruktur und Stadterneuerung haben sich in den letzten Jahren gravierend verändert. Schrumpfende Städte, Rückbau, kommunale Haushaltsprobleme und der Niedergang sowie die Schließung von Einrichtungen, die in früheren Stadterneuerungsphasen mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden, machen eine Neubewertung und eine differenzierte Bestandsaufnahme erforderlich, um neue Herausforderungen zu reflektieren. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sind „bewährte“ Strukturen für Bemessung, Bau, Betrieb und Nutzung von Infrastrukturen im Kontext des Stadtbbaus in Frage gestellt. Neben diesem Schwerpunktthema werden Lehre und Forschung, theoretische und historische Aspekte der Stadterneuerung sowie auch neue Praxen im In- und Ausland in den Beiträgen thematisiert.

2010, 376 S., ISBN 978-3-7983-2230-1

20,90 €



2009

Megacities und Stadterneuerung

Das Jahrbuch Stadterneuerung 2009 widmet sich dem Schwerpunkt Stadterneuerung und Stadtbau in den rasch wachsenden Metropolen des Südens. Die wachsende Wohnungsnot, Elendsviertelentwicklung, Verkehrschaos, Umweltprobleme und Klimaschutz erfordern ein Umdenken und machen prekäre globale Abhängigkeiten auch für die „Erste Welt“ deutlich.

Die Beiträge in diesem Band beziehen sich neben theoretischen und historischen Aspekten der Stadterneuerung vor allem auf Einordnungen, Fallstudien und Handlungsansätze von Mega-Städten vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Problemlagen und Akteurskonstellationen. Bisherige Muster und „bewährte“ Konzepte der Stadterneuerung und des Stadtbbaus werden durch die epochale Krise in Frage gestellt, und es gilt stärker denn je nach innovativen Konzepten der Bestandsentwicklungspolitik zu suchen, mit denen auf die weltweiten komplexen Herausforderungen reagiert werden kann. „Yes, we can?“

2009, 343 S., ISBN 978-3-7983-2134-2

18,90 €



2008

Aufwertung im Stadtbau

Stadtbau wird häufig verkürzt mit Rückbau und Wohnungsabrissen gleichgesetzt. Dabei kann ein bedarfsgerechter Umbau im Bestand durchaus mit einer Aufwertung einhergehen, die im Stadtbau eine völlig andere Richtung als etwa in der behutsamen Stadterneuerung einschlagen. Insbesondere in Neubaugebieten, die durch rückbaubedingte Auflockerung gekennzeichnet sind, stellt sich die Frage, ob Aufwertung mehr bedeuten kann als die Herstellung besonders pflegeleichter und vielgestaltiger Freizeitanlagen. Schon der Versuch, in den von Abwanderung betroffenen Quartieren den sozialen Zusammenhalt zu bewahren, stellt große Anforderungen an das Repertoire des Stadtbbaus. Häufig wird durch künstlerische Interventionen versucht, auf die grundlegenden Veränderungen im städtischen Zusammenleben hinzuweisen und zum Nachdenken anzuregen. Vor diesem Hintergrund wendet sich der Schwerpunkt dieses Bands an verschiedenen Stellen auch der Frage zu, welche Beiträge Kunst im Stadtbau leisten kann.

2008, 462 S., ISBN 978-3-7983-2090-1

21,90 €

Das vollständige Programm finden sie unter www.isr.tu-berlin.de

Portrait des Instituts für Stadt- und Regionalplanung

Menschen beanspruchen in sehr unterschiedlicher Art und Weise ihren Lebensraum. Die damit verbundenen Auseinandersetzungen um verschiedene Nutzungsansprüche an den Boden, die Natur, Gebäude, Anlagen oder Finanzmittel schaffen Anlass und Arbeitsfelder für die Stadt- und Regionalplanung. Das Institut für Stadt- und Regionalplanung (ISR) an der Technischen Universität Berlin ist mit Forschung und Lehre in diesem Spannungsfeld tätig.

Institut

Das 1974 gegründete Institut setzt sich heute aus sieben Fachgebieten zusammen: Bestandsentwicklung und Erneuerung von Siedlungseinheiten, Bau- und Planungsrecht, Denkmalpflege, Orts-, Regional- und Landesplanung, Planungstheorie, Städtebau- und Siedlungswesen sowie Stadt- und Regionalökonomie. Gemeinsam mit weiteren Fachgebieten der Fakultät VI Planen Bauen Umwelt verantwortet das Institut die Studiengänge Stadt- und Regionalplanung, Urban Design, Real Estate Management und Urban Management.

Mit dem Informations- und Projektzentrum hat das ISR eine zentrale Koordinierungseinrichtung, in der die Publikationsstelle und eine kleine Bibliothek, u.a. mit studentischen Abschlussarbeiten angesiedelt sind. Der Kartographieverbund im Institut pflegt einen großen Bestand an digitalen und analogen Karten, die der gesamten Fakultät zur Verfügung stehen.

Studium

Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin ist ein interdisziplinärer und prozessorientierter Bachelor- und Masterstudiengang. Die Studierenden lernen, bezogen auf Planungsräume unterschiedlicher Größe (vom Einzelgrundstück bis zu länderübergreifenden Geltungsbereichen), planerische, städtebauliche, gestalterische, (kultur-)historische, rechtliche, soziale, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge zu erfassen, in einem Abwägungsprozess zu bewerten und vor dem Hintergrund neuer Anforderungen Nutzungs- und Gestaltungskonzepte zu entwickeln.

Traditionell profiliert sich das Bachelor-Studium der Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin durch eine besondere Betonung des Projektstudiums. Im zweijährigen konsekutiven Masterstudiengang können die Studierenden ihr Wissen in fünf Schwerpunkten vertiefen: Städtebau und Wohnungswesen, Bestandsentwicklung und Erneuerung von Siedlungseinheiten, örtliche und regionale Gesamtplanung, Raumplanung im internationalen Kontext oder Stadt- und Regionalforschung.

Internationale Kooperationen, unter anderem mit China, Italien, Polen, Rumänien und dem Iran, werden für interdisziplinäre Studien- und Forschungsprojekte genutzt.

Forschung

Das Institut für Stadt- und Regionalplanung zeichnet sich durch eine breite Forschungstätigkeit der Fachgebiete aus. Ein bedeutender Anteil der Forschung ist fremdfinanziert (sog. Drittmittel). Auftraggeber der Drittmittelprojekte sind die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Europäische Kommission, Ministerien und deren Forschungsabteilungen, Bundesländer, Kommunen, Stiftungen und Verbände sowie in Einzelfällen Unternehmen. Eine weitere wichtige Forschungsleistung des Instituts sind Dissertationen und Habilitationen.

Die Ergebnisse der Forschungsprojekte fließen sowohl methodisch als auch inhaltlich in die Lehre ein. Eine profilgestaltende Beziehung zwischen Forschungsaktivitäten und Studium ist durch den eigenen Studienschwerpunkt „Stadt- und Regionalforschung“ im Master vorgesehen.

Sowohl über Forschungs- als auch über Studienprojekte bestehen enge Kooperationen und institutionelle Verbindungen mit Kommunen und Regionen wie auch mit anderen universitären oder außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen.

Weitere Informationen über das ISR finden Sie auf der Homepage des Instituts unter: <http://www.isr.tu-berlin.de/> und in dem regelmäßig erscheinenden „ereignIS.Reich“, das Sie kostenlos per Mail oder Post beziehen können.